Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Nr. 18 · Mai-Juli 2003 · 3€

Immer wieder Neumünster:

Neonazi-Aufmärsche, RechtsRock-Konzerte

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Brandaktuell:

RechtsRock
Bestandsaufnahme und Gegenstrategien
rat

Dieser Band zu rechter Musik und rechtem Lifestyle hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen:

Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Möglichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

Das neue Standardwerk

544 Seiten, viele Abbildungen
ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

Argumente.Netzwerk antirassisischer Bildung e.V. (Hg.)

... in der Mitte angekommen

Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern



1. Auflage 2002
80 Seiten, A4
Versandbedingungen:
1 Ex 3 € plus 1 € Versand
10 Ex 25 € inkl. Versand

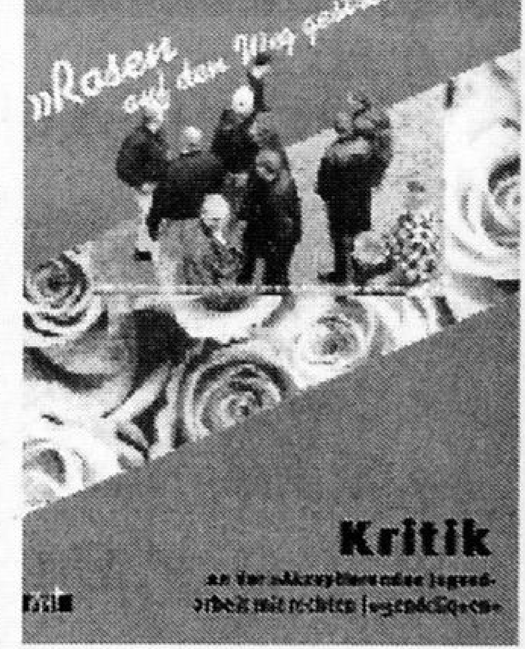
»Das Ergebnis dieses Projekts ist beeindruckend und dürfte in M-V seinesgleichen suchen. Es ist nicht nur das professionelle Design der Broschüre, das beeindruckt. Vor allem die Tiefgründigkeit und Vielgestaltigkeit der behandelten Themen machen aus dem Heft ein Arbeitsmaterial genauso wie ein Dokument der Zeitgeschichte. [...] Vier Schwerpunkte setzen die AutorInnen. Es geht um... die Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen ... die Frage nach vernünftiger Jugendarbeit ... Sinn bzw. Unsinn unterschiedlicher Ansätze von Gewerkschaften, Netzwerken, Initiativen und der Landesregierung gegen Rechts ... den Stand der Organisation der Neonazis ...«

Likedeeler – Zeitschrift aus Greifswald, März 2002

Norddeutsche Antifagruppen (HG.)

Rosen auf den Weg gestreut

Eine Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen



5. Auflage 2001
48 Seiten A5
Versandbedingungen
1 Ex. 2 € plus 1 € Versand
10 Ex. 15 € incl. Versand

Anlaß für diese Broschüre sind die Erfahrungen, die insbesondere in ländlichen Gegenden mit der »akzeptierenden Jugendarbeit« gemacht werden. In den meisten Fällen führte diese Form der Jugendarbeit, die rechtsradikale Einstellungen bei Jugendlichen akzeptiert statt sie in Frage zu stellen und gegen sie zu intervenieren, zur Stärkung rechtsradikaler Strukturen und zur Verdrängung andersdenkender Jugendlicher. An Hand von konkreten Beispielen wird in der Broschüre der Bogen geschlagen zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Heitmeierschen Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen.

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien

1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16 Euro

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

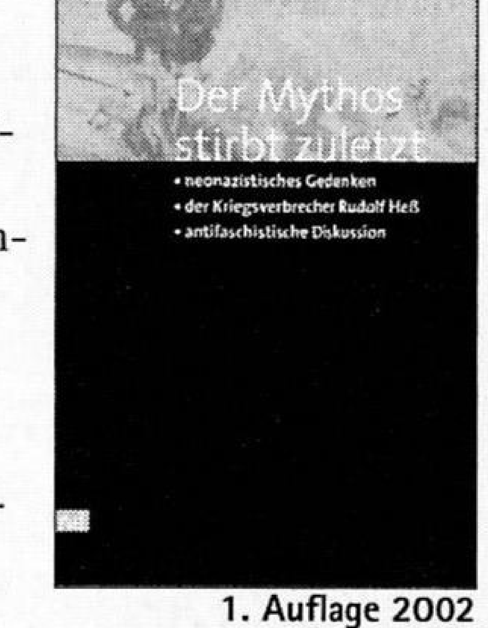
»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.
In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biogafie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.



1. Auflage 2002
56 Seiten · 3€
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25 € incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 € bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

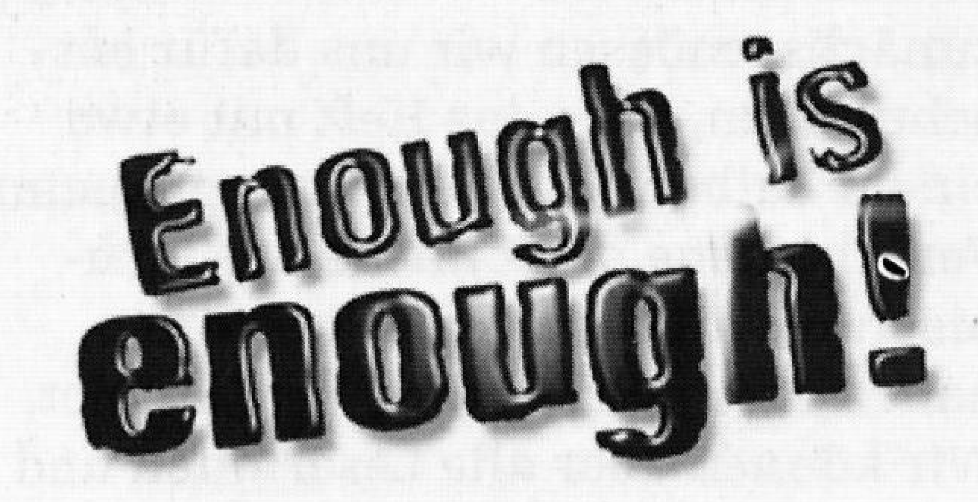
Meine Adresse	( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
Name	( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
	( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Der Mythos ( ) Rosen ... ( ) in der Mitte...
Straße	( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse
PLZ	( ) Ästhetische Mobilmachung ( ) RechtsRock
Wohnort	( ) zusätzliche Broschüren ( ) Der Mythos ( ) Rosen ... ( ) in der Mitte...

Ich habe der Sendung ( ) € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 18

Inhalt



Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT
reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4 mal pro Jahr

Abo

13,- Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

Liebe Leserinnen liebe Leser,

zunächst müssen wir uns dafür entschuldigen, dass das Heft mit etwa einem halben Jahr Verspätung kommt. Verschiedene persönliche wie technisch/organisatorische Umstände haben diese Verspätung verschuldet. Wir können aber alle Leserinnen und Leser beruhigen und versprechen die nächste Ausgabe pünktlich herauszubringen. Wir wollen versuchen, zwischen den beiden Ausgaben noch eine im Umfang reduzierte Sondernummer fertigzustellen, die eingehend über Ereignisse der ersten Jahreshälfte berichtet. Oft verlieren Berichte bis zur jeweiligen Fertigstellung und Verkauf der Enough deutlich an Aktualität. Dies bereitet uns sowohl bei der Produktion als auch bei der Auswahl von Artikeln Schwierigkeiten. Trotzdem halten wir auch eine verspätete Berichterstattung für wichtig und notwendig, jedenfalls bei Ereignissen, denen über die Tagesaktualität hinaus Bedeutung zukommt. Wir bitten auch insofern um Verständnis und hoffen, dass der teilweise dokumentarische Charakter solcher Artikel auch auf Zustimmung stößt.

Am 18. Dezember 2002 hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts das geplante Zuwanderungsgesetz gestoppt. Ausschlaggebend hierfür waren offiziell »Verfahrensfragen«, d.h. die Durchführung und Bewertung des Abstimmungsverfahrens bzw. -verhaltens bei der Abfrage der Stimme(n) des Landes Brandenburg. Nicht, dass es aus humanitären Gründen oder gar aus antirassistischer Sicht Grund oder Anlass gibt, das Gesetz zu verteidigen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Möglichkeiten für eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik damit noch geringer geworden sind. Selbst zahlreiche Vertreter der s.g. ›aufgeklärten Mittelschichten‹, die noch im Jahr 2000 der Aussage, dass Deutschland (seit langem) ein Einwanderungsland sei, zustimmten, haben sich zurückgezogen oder der reaktionären Grundstimmung angepasst. Offensiv treten derzeit nur diejenigen auf, die die wenigen relativen Verbesserungen des gescheiterten Gesetzes (Anerkennung der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung als Asylgrund, die Härtefallregelung und die Gleichstellung der Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention mit Flüchtlingen nach Artikel 16 A Grundgesetz) auch noch beseitigen wollen. Die CDU jedenfalls hat bereits am Tag des Karlsruher Urteils angekündigt, mit 91 Forderungen in die Verhandlungen um das Gesetz zu gehen. Schärfere Restriktion und Repression sind die Begriffe, die den Geist dieser Forderungen auf den Begriff bringen. So möchte die CDU beispielsweise das Nachzugsalter ausländischer Kinder von den geplanten zwölf Jahren auf zehn Jahre senken und den Aufenthaltstitel ›Duldung‹ beibehalten.

In der Nazi-Szene tobt derweil ein heftiger Streit, bei dem es mal um die Frage geht, wie mit Spitzeln umgegangen werden soll und ob mit der NPD in dieser Sache eine gemeinsame Lösung gesucht werden soll, mal um die Frage, ob Verdächtigungen und konkrete Beschuldigungen, wer sich wann wo mit Mitarbeitern der politischen Polizei oder der Geheimdienste getroffen hat, anonym verbreitet werden dürfen oder nicht. In bislang ungewohnter Weise wird dabei auch Christian Worch öffentlich kritisiert, der weiterhin daran festhalten will, so oft wie möglich neonazistische Aufmärsche durchzuführen. Andere, wie das Aktionsbüro Norddeutschland um Thomas Wulff und Tobias Thiessen, treten hingegen für wenige, dafür stärker in lokale Kampagnen eingebundene Demonstrationen ein. Möglicherweise ist die um diese Streitfragen stattfindende Fraktionsbildung auch mitverantwortlich für manch niedrige Teilnehmerzahl bei Nazi-Aufmärschen der letzten Zeit.

Dafür gibt ein Urteil des Verwaltungsgerichts im bayerischen Ansbach dem Nazi-Pack Grund zum Jubeln. Dort war eine Klage des NPD-Landesvorsitzenden Ralf Ollert verhandelt worden, nach der die Polizei am 27. Oktober 2001 falsch gehandelt habe, als sie angesichts einer gegen den Marsch von 350 NPD-AnhängerInnen gerichtete Blockade von 3.000 Menschen, darunter auch lokale SPD-Funktionäre, deren Räumung nicht ernsthaft versucht habe. Vor Gericht hatte die Einsatzleitung betont, dass die Stimmung unter den BürgerInnen, die an der Blockade teilnahmen, viel explosiver gewesen sei als vorher vermutet. Der Vorsitzende Richter des Ansbacher Verwaltungsgerichts gab der NPD recht: die Polizei sei zu zögerlich gegen die Demonstrierenden vorgegangen, die Polizei hätte auch in dieser Situation körperliche Zwangsmittel ergreifen müssen. Entsprechendes Polizeiauftreten – Schlagstockeinsatz, Hundebisse, Wasserwerfer – kennen viele AntifaschistInnen, die nicht zur örtlichen Politprominenz gehören, aus vielen Situationen. Dennoch wird das Urteil für die entsprechenden Momente nicht folgenlos bleiben. Das Urteil wird die große Zahl Polizeiführer, die schon bisher antifaschistische GegendemonstrantInnen als eigentlichen Gegner ansahen, zu noch härterem Durchgreifen ermutigen. Andere, die aus politischen Opportunitätsgründen nicht bei jeder Blockade hart durchgriffen, werden hierfür weniger Spielraum sehen – es sei denn, sie sind bereit, auch negative Bewertungen in ihrer Personalakte und damit einen langsameren Karriereaufstieg in Kauf zu nehmen. Aber sind solche Fälle je vorgekommen?

Insgesamt also noch einmal erschwerte Bedingungen für erfolgreiche antifaschistische Gegenwehr.

Diese war trotz solch widriger Begleitumstände zahlreich und phantasievoll auch am 5. April 2003 in Neumünster gefragt, als die Neonazis um Peter Borchert zu einer »internationalen Großdemo« gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht aufgerufen haben. Auch hier setzte die Polizei diese Linie fort: allein vor dem Jugendzentrum wurden mehr als 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Gewahrsam genommen. Dies geschah unter dem falschen Vorwurf, Polizeibeamte wären angegriffen worden. Stundenlang wurden die Festgenommenen festgehalten, während gleichzeitig die Neonazis nach ihrer Demonstration noch ein Konzert durchführten. Es ging der Polizei also offensichtlich darum, antifaschistischen Protest von dem Nazikonzert fernzuhalten und gleichzeitig die Kriminalisierung von Nazigegnern zu betreiben.

Die Neonazis nutzen den ihnen gesellschaftlich, politisch, juristisch und polizeilich zugestandenen Raum entsprechend ihren Möglichkeiten aus. Immer öfter treten Kameradschaften unter dem Begriff »nationale Sozialisten« auf, und bei Aufmärschen wird der Slogan »Nationalsozialismus« offensiv verbreitet. Mit dem in Lübeck zur Kommunalwahl antretenden »Bündnis Nationaler Sozialisten« ist erstmals seit längerer Zeit der Versuch unternommen worden, mit einer – in der Agitation, in den historischen Bezügen und in erheblichen Teilen der Programmatik – offen nationalsozialistischen Gruppierung zur Wahl anzutreten. Dass dies auf vergleichsweise wenig Protest und Widerstand trifft, ist den Neonazis sehr wohl bewusst und wird sie zu noch offensiverem Auftreten ermutigen ... Daran wird auch das Verbot nichts ändern, das der Landesinnenminister am 7. März erlassen hat – nachdem die Wahl gelaufen war und nur wenige Tage vor der Selbstauflösung dieser Nazi-Gruppe. Ob diese Maßnahme des Innenministers dazu taugt, eine gelungene Alibi-Aktion gemäß dem Motto »Wir tun was gegen rechts« zu werden, hängt auch von der Reaktion der AntifaschistInnen ab. So wäre in jedem Fall zu fordern, dass die AntifaschistInnen, die sich noch bis zuletzt gegen das öffentliche Auftreten der nun verbotenen Nazi-Gruppe gewehrt haben und dabei von Polizei und Justiz behindert, angegriffen und kriminalisiert wurden/werden, nicht nur keine Verurteilungen o.ä. erfahren, sondern auch politisch rehabilitiert werden.

Die Redaktion, April 2003

Veranstaltungshinweis

Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland

Verschiedene politische Ereignisse und Diskussionen der letzten Jahre, wie etwa die Walser-Debatte und die Aktivitäten Möllemanns, haben gezeigt, dass der Antisemitismus in seinen verschiedenen Formen in der Bundesrepublik Deutschland noch immer äußerst lebendig ist. In vielen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und in der Medienberichterstattung tauchen antijüdische und antisemitische Bilder, Figuren und Gedankengänge auf. Diese zu erkennen, zurückzudrängen und den Antisemitismus zu bekämpfen, bleibt eine wichtige Aufgabe der antifaschistischen Bewegung. Die Veranstaltung Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland will hierzu einen Beitrag leisten.

31. Mai 2003

20.00 Uhr
pumpe (Haßstraße 22) · Kiel

Vortrag und Diskussion mit Alfred Schobert vom DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung)

Kostenbeitrag: Euro 1,50

Veranstalter: Enough is enough, Avanti

Bundesverfassungsgericht stellt Verfahren ein

NPD-Verbotsverfahren endgültig geplatzt

Mit Beschluss vom 18. März dieses Jahres hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Verbotsanträge der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrats eingestellt. Diese spektakuläre Entscheidung wurde rein formal begründet. Ein Einstellungsantrag der NPD wurde mit einer Mehrheit von vier gegen drei Verfassungsrichtern zwar abgelehnt, gemäß § 15 BVG-Gesetz ist in einem Verbotsverfahren für eine Entscheidung zu Lasten der zu verbietenden Partei jedoch immer eine 2/3-Mehrheit notwendig. Folglich galt der Einstellungsantrag formal als nicht abgelehnt.

Eine Entscheidung über die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD und Ihrer Ziele ist damit unterblieben. Ebenso unterblieb eine Entscheidung darüber, ob die Bundesinnenministerien mit ihren Ämtern für Verfassungsschutz (VS) in ihrem NPD-Engagement rechtswidrig gehandelt haben. Damit kann zumindest der VS aufatmen. Ihre offensichtlich verfassungsfeindlichen Tätigkeiten sind damit einer weiteren Überprüfung entzogen.

Die NPD hatte im November 2002 die Einstellung des Verbotsverfahrens beantragt. Sie hatte vorgetragen, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass dem Bundesvorstand der Partei Personen angehören, die für die Geheimdienste gearbeitet hätten und anlässlich des Vebotsverfahrens lediglich »abgeschaltet« wurden, also jederzeit wieder aktiviert werden könnten und damit ihre während des Verbotsverfahrens gewonnenen Erkenntnisse übermitteln könnten. Insofern sei kein beeinflussungsfreies Verfahren garantiert.

Drei Richter folgte diesem Argument: Ob die Erklärung der Antragsteller, es sei nach der Antragstellung durch den Bundesregierung keine V-Leute mehr im Bundesvorstand geführt worden, tatsächlich glaubhaft sei könne dahingestellt bleiben; unklar sei weiterhin, ob tatsächlich der Kontakt zu den betroffenen V-Leuten dauerhaft beendet sei. Darüber hinaus seien mit dem ehemaligen Landesvorsitzenden in Thüringen Timo Brandt nach jahrelanger V-Mann-Tätigkeit und angeblicher endgültiger »Abschaltung« im Januar 2001, noch im gesamten Jahr 2001 so genannte »Nachsorgegespräche« geführt worden. Solche »Nachsorgegespräche« habe es auch mit dem Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Frenz gegeben. Schließlich habe noch nach Stellung der Verbotsanträge ein Anwerbeversuch bezüglich des Bundesvorstandsmitglied Jürgen Distler stattgefunden. Daneben habe Bundesvorstandsmitglied Udo Holtmann bis Januar 2002 für den VS gearbeitet. Damit sei das Recht der NPD auf eine freie, selbstbestimmte Prozessführung nachhaltig verletzt.

Nach der bereits ausführlich sowohl hier (Sonderausgabe NPD-Verbot 2002) aber auch andernorts erfolgten Darstellung des Verbotsverfahrens war ein Scheitern absehbar. Die Folgen einer Sachentscheidung für die Bundesrepublik wären unter Umständen enorm gewesen. Was hätte beispielsweise geschehen sollen, wenn zwar die Verfassungswidrigkeit der Partei festzustellen gewesen wäre, gleichzeitig aber auch eine maßgebliche Mitwirkung der Geheimdienste. U.U. hätte dies dazu geführt, dass mit dem Segen des BVG die NPD als kämpferisch verfassungsfeindliche Partei erlaubtermaßen hätte weiterwirken können, da erst der staatliche Einfluss zu dieser Verfassungsfeindlichkeit beigetragen hat. Insoweit kommt der rein formale Abschluss des Verfahrens sowohl dem BVG als auch den Antragstellern gelegen.

Insbesondere die Bundesregierung muss sich fragen lassen, warum sie nach der Verfahrenseinstellung keinen weiteren Antrag ankündigt. Es müsste ein leichtes sein, den vorliegenden Antrag von Aussagen ehemaliger V-Leute zu säubern, noch vorhandene Mitarbeiter abzustoßen und mit weiterem vorhandenem Material zu ergänzen. Spätestens bis Jahresfrist könnte somit ein neuer Antrag, frei von den bisher vorhandenen Mängeln, vorliegen. Der Einstellungsbeschluss nimmt sehr konkret Bezug auf die Zusammenarbeit mit NPD-Funktionären nach Verbotsantragstellung. Dies könnte sogar als Aufforderung verstanden werden, ein neues Verfahren unter Vermeidung dieser Fehler zu unternehmen.

Bundesinnenminister Schily hat allerdings mehr als deutlich gemacht, dass für ihn mit der Einstellung die Frage eines NPD-Verbots erledigt ist. Er stellte die Einstellungsbegründung so dar, als sei auf dieser Grundlage auf lange Zeit hin ein Verbotsverfahren nicht erfolgreich durchführbar. Da dies dem Beschlusswortlaut nicht zu entnehmen ist bleiben eigentlich nur zwei Möglichkeiten die eine solche Einschätzung rechtfertigen könnten: entweder Schily ist froh, das Thema ohne weitere inhaltliche Problematisierung der Tätigkeit des VS los zu sein, oder es standen noch weitere Enttarnungen von V-Leuten bevor, die letztlich eine deutliche Steuerung der NPD durch staatliche Stellen dokumentiert hätten.

Die Antragsteller können ihrerseits auf der Basis der nun getroffenen Entscheidung munter ihr widerliches Spiel der versteckten Steuerung rechtsextremer Gruppen weitertreiben. Seit den 80er-Jahren ist bekannt, dass auf manchen Versammlungen neonationalsozialistischer Organisationen mehr Geheimdienstmitarbeiter als »einfache« Mitglieder sitzen. Geschadet hat dies bisher keiner dieser Organisationen. Diese Praxis wird in Zukunft noch ein weiteres Rechtfertigungsargument vorweisen: wir können sie ja nicht verbieten, also müssen wir sie um so gründlicher Durchsetzen. Das eine solch massive »Beobachtung« selbst ohne bösen Willen zu einer indirekten Mitsteuerung und Förderung führt, liegt in der Natur der Sache.

Untrennbar:

Antifaschismus und Friedenskampf

Krieg im Irak

Der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus hat den Aufruf des Kieler Anti-Kriegs-Bündnisses gegen einen Überfall auf den Irak unterzeichnet. Zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen und -vorstände haben sich gegen den drohenden Krieg ausgesprochen. Der wachsenden Friedensbewegung in den USA gilt unsere Solidarität.

Die US-Regierung will den Krieg gegen den Irak. Nicht für Menschenrechte, sondern für den direkten Zugriff aufs Erdöl und zur Sicherung geostrategisch wichtiger Positionen. Die Bundesregierung, die den Krieg so nicht führen möchte, hat im Nahen Osten und anderswo prinzipiell keine anderen Interessen, und Krieg als Mittel wird grundsätzlich bejaht. Aber sie verfolgt diese Interessen zunehmend nicht mehr als nachrangiger Bündnispartner der USA, sondern eigenständig. Am Krieg wird sie sich dennoch beteiligen, deutsche Soldaten werden am Boden und in der Luft, in Deutschland, Kuweit und anderswo Hilfestellung leisten. Ein Protest gegen den Krieg muß den Protest dagegen einschließen.

Die deutschen Militärs und Politiker, die die »Freiheit Deutschlands« gegebenenfalls »auch am Hindukusch« verteidigen möchten, sind keine Partner der Friedensbewegung. Der Kampfeinsätze bereits einschließende Ausbau der Bundeswehr zu einer in aller Welt einsatzfähigen Armee, der Aufbau einer EU-Armee unter deutscher und französischer Vorherrschaft und durchaus in Konkurrenz zu den militärisch sicher noch lange weit überlegenen USA weisen der Friedensbewegung Aufgaben zu, die zu erkennen und denen sich zu stellen ihr allein Zukunftsfähigkeit sichert.



»Die deutsche Friedensbewegung darf rechts keine Verbündeten haben, nur Todfeinde.«

Die antifaschistische Bewegung ist konfrontiert mit den Begleiterscheinungen dieser Politik: dem beschleunigten Abbau grundlegender demokratischer Rechte im Innern, dem Ausbau des Überwachungsstaats, der Förderung faschistischer Gruppen und faschistoider Politik.

Die deutschen Faschisten versuchen zur Zeit, sich antiimperialistisch zu geben, rufen gar zur Teilnahme an Friedenskundgebungen auf. Ihre Demagogie folgt einfachen Mustern: Deutsche Soldaten sollen nicht »für die USA« sterben. Für »deutsche Interessen«, für den deutschen Zugriff auf die Energiereserven in aller Welt schon. Und vor dem Sterben: morden. Ganz in der Tradition der Soldaten der Hitlerwehrmacht, für deren »Ehren«-Rettung die Nazis immer wieder unter Polizeischutz marschieren. Auf solchen Demonstrationen rufen die Nazis auch gern »Solidarität mit Palästina!«, und es geht ihnen doch nicht um die dort leidenden Menschen, sondern nur um eins: Die Juden ins Meer zu treiben, die Existenz Israels zu vernichten, ein Ziel, das sie tatsächlich mit islamistischen Terroristen verbindet. Und den Irak preisen sie als antiimperialistisches Bollwerk. »Der Irak gilt« - weil er sich den USA widersetzt - »als Symbol einer freien, anderen Welt«, heißt es auf einer Internetseite des faschistischen *Aktionsbüro Norddeutschland.*

Die deutsche Friedensbewegung hat rechts keine Verbündeten, nur Todfeinde. Zur Solidarität verpflichtet ist sie der revolutionären Bewegung im Irak, die für den Sturz der Diktatur kämpft und den US-Krieg ablehnt, und ebenso der israelischen Friedensbewegung, die sich gegen die Politik Scharons wendet. Die Gewerkschaften als Teil der Friedensbewegung haben eine besondere Verpflichtung, über die Ländergrenzen hinweg die Solidarität der arbeitenden Menschen im Kampf gegen Krieg und Militarismus zu organisieren. Sie müssen dazu gegen alle Bundeswehr-Einsätze, gegen Militarismus und Kriegsproduktion im eigenen Land eine Macht werden. Und sie müssen in diesem Kampf ihre ureigenen Mittel einsetzen. Wo bleibt der Aufruf zu Arbeitsniederlegungen (spätestens und nicht nur) am »Tag X«?

D.L

Aufgepasst:

Anti-Kriegs-Demagogie der Nazis

Je näher der Angriff einer USA-geführten Kriegsmaschinerie gegen den Irak rückt, desto mehr nimmt sich auch die extreme Rechte dieses Themas an. Mit Flugblättern und durchden Besuch von Veranstaltungen der Friedensbewegung versucht sie sich als ›wahre‹ Friedensbewegung zu profilieren und anhand der aktuellen Auseinandersetzung Nationalismus und Antisemitismus zu schüren. Für den Tag der Eröffnung der Kampfhandlungen (Tag X) rufen verschiedene Neonazi-Organisationen zu Protestkundgebungen auf.

Unter dem Stichwort »Wort-Ergreifungsstrategie« sind die Faschisten in letzter Zeit wieder stärker dazu übergegangen, Veranstaltungen anderer gesellschaftlicher Kräfte (z.B. SPD, Friedensgruppen) gegen den Krieg bzw. zur US-amerikanischen Außenpolitik zu besuchen und dort mit Redebeiträgen sowohl antiamerikanische bzw. antisemitische und nationalistische Positionen zu vertreten als auch für ein ganz breites (auch sie selbst umfassendes) Bündnis gegen den Krieg zu werben. So geschehen im Januar in der Nähe von Ludwigslust anlässlich einer Veranstaltung mit einem US-Diplomaten – Tenor der Presseerklärung des NPD-Kreisverbandes Ludwigslust: »Wir Nationaldemokraten möchten uns in diesem Zusammenhang noch einmal beim SPD-Ortsverein Ludwigslust bedanken, der uns die Möglichkeit gab, die Ammenmärchen der USA einer breiten Öffentlichkeit offenzulegen.« – als auch in Lütjenburg (Kreis Plön), wo Jens Lütke und Peter von der Born an einer Anti-Kriegs-Veranstaltung teilnehmen konnten.

Die Faschisten der Jungen Nationaldemokraten und Teile der NPD starten in diesen Tagen eine Kampagne, in deren Rahmen durch Flugblätter, Infostände und Mahnwachen für die sogenannte »nationale Friedenspolitik« geworben werden soll. Wird dabei »imperialistische Außenpolitik« kritisiert, so gilt dies immer nur für die (früheren) Kriegsgegner Nazi-Deutschlands, insbesondere die USA, niemals aber für dieBundesrepublik Deutschland. Deren Regierung wird hingegen vorgeworfen, nicht deutlich genug so genannte \`nationale Interessen\` zu vertreten, d.h. nicht nachdrücklich genug auf eigenen Großmachtkurs zu gehen.

In der aktuellen Auseinandersetzung um den Krieg gegen den Irak stellen sich die Neonazis einhellig an die Seite des Irak, stellt dieser doch ihrer Ansicht nach den Hauptwidersacher Israels in der Region dar. Und weil in der weltverschwörerischen und antisemitischen Weltinterpretation der Neonazis Juden die Außenpolitik der USA bestimmen, werde der Krieg auch deshalb geführt, um ein »Großisrael« zu ermöglichen. Der Irak sei der Hauptgegner der »Großmachtgelüste des Kleinstaates«. Die im ersten Krieg gegen den Irak und später immer wieder durch Bombenflugzeuge der britischen und der US-amerikanischen Armee durchgeführten Bombardierungen sind den Nazis eine Parallele zur Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg. Mit dem Verweis auf das Leid der betroffenen Bevölkerung im Irak soll die Einstellung, dass Deutschland schon immer Opfer war und sich aus dieser Rolle nun befreien müsse, hervorgerufen werden. So heißt es in einem Neonazi-Bericht zum Aufmarsch in Magdeburg Mitte Januar diesen Jahres: »So war der diesjährige Gedenkmarsch auch ganz bewußt in Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen gestellt worden: Damals wie heute – der Terror kommt aus Amerika, lautet das Motto im Hinblick auf den drohenden Krieg gegen Irak. Wir Deutschen wissen, wovon wir reden. Das Deutsche Reich war das erste Opfer der globalen Machtansprüche der USA.« Geht es nach den Neonazis, dann hat nicht Deutschland (neben Japan) mit seinen imperialistischen Herrschaftsplänen die Welt in einen Zweiten Weltkrieg gestürzt, sondern wurde unschuldiges Opfer der USA. So soll das Gerede über den Terror der USA auch die Vernichtung des europäischen Judentums und den Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion vergessen machen. Statt vom Tod als Meister aus Deutschland soll nur noch vom »alliierten Terror – einst und jetzt« die Rede sein.

Für den 23. Februar rief der s.g. »Nationale Widerstand« zu einer Demo unter dem Motto »Amis raus – Freiheit rein!« in Hamburg auf. In dem kurzen Aufruf ist u.a. in antisemitischem Tenor die Rede davon, dass die Kriege der USA dazu dienten, »die wirtschaftliche Macht der US-Konzerne und der weltweiten Geldverleiher auszubauen«. Im Anschluss wird behauptet, dass heute mit dem Irak dasselbe passiere wie »vor knapp 60 Jahren mit Deutschland«. Die politischen und militärischen Aktionen der Anti-Hitler-Koalition, die schließlich zur Befreiung Europas vom deutschen Faschismus geführt haben, werden bei den Neonazis als »politische Rufmordkampagnen gegen eine unabhängige Regierung (...), Wirtschaftsembargo und dann Bombenterror« denunziert.

Ganz konkret haben die Faschisten in Süddeutschland in den letzten Jahren bereits mehrfach Aktionen vor/gegen US-Stützpunkte, so in Kaiserslautern und Spangdahlem, durchgeführt. Solche Kundgebungen sind nicht davon bestimmt, gegen die alltägliche Militarisierung des Lebens aufzutreten und z.B. die Stilllegung von Truppenübungsplätzen (der Bundeswehr) zu fordern. Die Faschisten treten nur dort als ›Friedensfreunde‹ und ›gegen das Militär‹ auf, wo sich dies mit nationalistischer oder antiamerikanischer Propaganda verknüpfen lässt. Wenn es etwa gegen Landbeschlagnahmungen

für den Ausbau von militärisch genutzten Liegenschaften geht (wie derzeit bei einem US-Stützpunkt im Süden Deutschlands), oder um die Überflugrechte für US-Kriegsflugzeuge, dann wollen die Faschisten vor allem das Denken in Kategorien nationaler Souveränität befördern, für die es einzutreten gelte. Auch hier hätten ›die Deutschen‹ ihre Souveränität gegen die USA durchzusetzen.

Für die extreme Rechte haben die USA in Europa grundsätzlich nichts zu suchen. Dabei wäre es freilich ein Irrtum anzunehmen, in der Abgrenzung - ja man muss wohl in vielen Fällen von Feindschaft sprechen – zu den USA bzw. zu Amerika ginge es nur um ökonomische und politische Dimensionen. Es sei – insbesondere seit der Auflösung der Sowjetunion und der DDR – Zeit, sich von den USA zu lösen, denn: »Eine organisch gewachsene Wertegemeinschaft zwischen Deutschen und Amerikanern gibt es nicht. Eine alte Hochkultur lässt sich nicht mit einer seelenlosen Plastik-Zivilisation vereinbaren.« Für die extreme Rechte ist die Frontstellung gegen die USA – ausgedrückt etwa in der Gegenübersetzung von *Kultur* hier, *Zivilisation* dort – fundamental; denn ihr gilt Amerika als Hort der Verwilderung, als negative Projektionsfläche für Entwicklungen, die die extreme Rechte als Dekadenz, Hort der Kriminalität oder als multikulturelle Gesellschaft bezeichnet.

Den Versuchen der Faschisten, dem Kampf gegen den Krieg und die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft einen nationalistischen und anti-amerikanischen, d.h. auch: antisemitischen Stempel aufzudrücken, muss entschlossen entgegengetreten werden. Sie haben bei Anti-Kriegs-Aktionen im Saal und auf der Straße nichts zu suchen.



Faschistische »Anti-Kriegs«-Demagogie - rechts: Demonstration in Lübeck am 30. März 2002 links: Banner auf einer Nazi-Web-Site

Faschistische »Anti-Kriegs«-Demagogie -

Datum	*Ort*	*Motto von Aufmärschen von NPD/Neonazis*
02.01.1999	Neustrelitz	»Gegen Bombenterror und US-amerikanische Kriegstreiberei! Für ein souveränes Irak!«
27.03.1999	Würzburg	»Gegen den NATO-Angriffskrieg in Serbien«
17.04.1999	Magdeburg	»Keine deutschen Pässe für Ausländer! Kein deutsches Blut für fremde Interessen – NATO und USA raus aus Europa«
29.05.1999	Schwerin	»Gegen Kolonialisierung der Völker Europas durch US-Imperialismus, NATO und EU«
11.06.1999	Lüneburg	»Für ein Europa freier Völker – Gegen NATO und EU«
14.04.2001	Jena	»Für ein Welt freier Völker – Solidarität mit Irak und Palästina«
16.04.2001	Hagen	»Nationaler Ostermarsch – Für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit«
09.06.2001	Kaiserslautern	»Antiimperialistisches Fest«
21.07.2001	Landstuhl	»Nein zum Ausbau der Völkermordbasis Ramstein! – Ami go home!«
01.09.2001	Greifswald	»Gegen Krieg und militärischen Größenwahn«
01.09.2001	Leipzig	»1. September – damals wie heute: Für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung!«
22.09.2001	Neuruppin	»Frieden schaffen ohne Waffen«
03.10.2001	Berlin	»Frieden für Deutschland – keine Stimme den Kriegsparteien«
13.10.2001	Wismar	»Frieden schaffen ohne Waffen – Freiheit den Völkern!«
27.10.2001	Oldenburg/Old.	»Für den Frieden und die Freiheit aller Völker«
10.11.2001	Gera	»Stoppt die Kriegstreiber! Frieden für Deutschland!«
09.02.2002	Demmin	»Arbeitsplätze für Millionen – statt Geld für Kanonen«
23.03.2002	Erfurt	»Gegen die Beteiligung der BW am Krieg in Afghanistan«
14.09.2002	Iserlohn	»Für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung – Deutschland uns Deutschen«
23.11.2002	Potsdam	»Gegen US-Terror – kein Blut für Öl«
28.12.2002	Bitburg	»Stoppt die Angriffspläne der USA – Verhindert den Ausbau der Kriegsbasis Spangdahlem!«

Schwarz-Schill:

Alarmierende Bilanz Hamburger Flüchtlingspolitik

Im Folgenden ist ein Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Flüchtlingsarbeit und der Flüchtlingsbeauftragten der Nordelbischen Kirche auszugsweise dokumentiert, das anlässlich des Tages des Flüchtlings am 4. Oktober 2002 in Hamburg vorgestellt wurde.

Positionspapier

Auch unter dem rot-grünen Senat gab es viele Kritikpunkte an der Migrations- und Flüchtlingspolitik: die Unterbringung von Flüchtlingen auf den "Wohn"Schiffen, die Abschiebungspolitik, die Arbeitsweise der Ausländerbehörde Hamburgs, die mangelnden Beratungsangebote für Menschen ohne Papiere, die defizitäre Betreuung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Der Katalog war lang.

Doch wir lernen dieser Tage, dass kein Schrecken groß genug ist, als dass er nicht noch steigerungsfähig wäre. Denn unter Schwarz-Schill greift eine Politik der Zerschlagung jeder solidarischen Unterstützung von Flüchtlingen. (...)

Neben der Politik einer weltoffenen Hansestadt, die sich für Olympia bewirbt, stehen immer wieder neue fremdenfeindliche Politikkonzepte des Senats und rassistische Äußerungen einzelner Bürgerschaftsabgeordneter im Mittelpunkt. Die von interessierten Medien multiplizierte und in der Gesellschaft geschürte Fremdenangst vergiftet langfristig das soziale Klima der Stadt und wird auch für den Handel und den Bildungsstandort Nachteile mit sich bringen.

Es greift eine Politik, die Flüchtlinge generell unter ordnungspolitischen Vorzeichen behandelt wissen und nicht länger dafür eine soziale Kompetenz aufbringen will. Alle städtischen Beratungsangebote werden unter die alleinige Verwaltungshoheit der Behörde geordnet, die auch in der Vergangenheit immer wieder Anlass massiver Kritik von unabhängigen Beratungsstellen war: Die Ausländerbehörde des Einwohnerzentralamtes und damit die Innenbehörde.

1. Abschaffung von Institutionen, die die Integration in der Stadt förderten:

Als sichtbare Kehrtwende in der Migrationspolitik wurde die Stelle der Ausländerbeauftragten und ihr Kompetenzbüro abgeschafft. Das ist besonders bitter, denn das Büro der Ausländerbeauftragten stand für eine differenziert kritische und parteiunabhängige Sicht zugunsten der Rechte von MigrantInnen.

Aufgaben und Praxis waren: Einzelentscheidungen unter Akteneinsicht prüfen, Förderung des Dialogs zwischen den Religionen und Migrationsverbänden, Entwicklung und Förderung von zweisprachigen Schulmodellen, sprachliche Frühförderung im Kindergarten, Unterstützung und Begleitung integrativer Ansätze.

Das Büro betrieb eine engagierte und erfolgreiche, den Respekt zwischen den Kulturen und die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft fördernde Öffentlichkeitsarbeit. Es wurde abgeschafft, ohne die MitarbeiterInnen adäquat unterzubringen. Dies macht deutlich, dass es sich nicht um eine Einsparung handelt, sondern eine klare Zerschlagung von Beratungsangeboten für Flüchtlinge zum Ziel hat. Der als Alternative erdachte sogenannte Integrationsbeirat unter Vorsitz der Sozialsenatorin wird dagegen keinerlei Befugnisse haben, aktiv in die Ausländerpolitik der Stadt gestaltend einzuwirken. Alle wirksamen Entscheidungen werden allein in der Innenbehörde getroffen.

Wir fordern die Wiederherstellung des Büros der Ausländerbeauftragten.

2. Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburgs zentraler Erstaufnahme

Die Schiffe, die bisher als zentrale Erstaufnahmeeinrichtung in Hamburg dienen, bezeichnete die damalige federführende Sozialsenatorin als ein »einmaliges Projekt dieser Größenordnung in der Bundesrepublik Deutschland«, das »durch die hohe Nutzungsintensität und -flexibilität sehr wirtschaftlich« sei. Sie boten Platz für ca. 1 200 Menschen und waren z.T. mit ca. 1 800 Menschen belegt. Diese Form der Unterbringung bedeutete für die Flüchtlinge katastrophale Wohnbedingungen. Auch wurde mehrfach belegt, dass eine Unterbringung im sozialen Wohnraum eindeutig kostengünstiger wäre.

Inzwischen sollen die Schiffe unter dem neuen Senat abgeschafft werden. Doch ist dies nicht als Erfolg zu werten, denn die dafür geplante Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung mit 780 Plätzen wird faktisch ein Ausreisezentrum sein. Es sieht kein unabhängiges Beratungsangebot vor und soll laut Entwurf sowohl massiv zur »Förderung der freiwilligen Rückkehrbereitschaft« drängen als auch zur Abschiebung genutzt werden. (...)

3. Abschiebungshaft für Flüchtlinge und Kriminalisierung von illegalisierten Menschen

Wir lehnen Abschiebungshaft grundsätzlich ab. Im Angesicht der Tatsache, dass es sich um unschuldige Menschen handelt, die sich in Zivilhaft und nicht in Strafhaft befinden, sehen wir mit großer Bestürzung, wie dadurch Flüchtlinge kriminalisiert werden.

Es bleibt ein Skandal, wenn

- Minderjährige, Mütter mit Kleinkindern, Traumatisierte, Schwangere, Kranke, Behinderte und alte Menschen in Abschiebungshaft genommen werden.



Abschreckung in letzter Konsequenz Hier: Abschiebehaftanstalt Rendsburg

- die Kosten der Abschiebungshaft den Häftlingen in Rechnung gestellt werden.

- Die Abschiebung aus Mangel an Haftplätzen über Haftanstalten anderer Bundesländer stattfindet.

Abschiebungshäftlinge werden bei einem solchen »Abschiebungstourismus« vieler Rechte beraubt, denn weder Angehörige noch Anwälte können die z.T. sehr weiten Wege auf sich nehmen (Eisenhüttenstadt und Hannover).

Auch die Nordelbische Kirchenleitung lehnt Abschiebungshaft ab.

4. Betreuung und Behandlung traumatisierter Flüchtlinge

Wir und andere Fachberatungsstellen sehen einen dringenden Bedarf an Einrichtungen, die sich insbesondere an traumatisierte Flüchtlinge wenden. Es bedarf einer auf traumatisierte Flüchtlinge zugeschnittenen, qualifizierten sozialen, medizinischen und psychotherapeutischen Beratung und Behandlung. In Hamburg ist dieser Bedarf besonders im therapeutischen Bereich nicht gedeckt.

Im Gegenteil wurden die wenigen Praxen, die sich der Begutachtung angenommen haben, staatsanwaltschaftlich auf Ansinnen der Ausländerbehörde wegen s.g. »Gefälligkeitsgutachten« unter Generalverdacht genommen, ohne dass ein Ermittlungsverfahren gerichtlich zum Abschluss gebracht worden wäre. Auch Amtsärzte mussten sich diese Verfolgung gefallen lassen.

So stehen wir jetzt vor einer prekären Situation: Kein Amtsarzt bestätigt oder verwirft zukünftig noch im Auftrag der Ausländerbehörde ein psychiatrisches Gutachten. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass dadurch auch schwerstkranke Menschen abgeschoben werden.

Die einzigen Anlaufstellen für traumatisierte Flüchtlinge brauchen dringend Unterstützung:

Die Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V. ist ein seit 1985 bestehendes Projekt der MigrantInnenselbsthilfe im Rahmen der psychosozialen Betreuung. Es sind zwei PsychologInnen auf jeweils halben Stellen sowie mehrere SozialberaterInnen tätig, die auch muttersprachlich beraten. Das bestehende Angebot deckt den Bedarf nicht. Lange Wartezeiten für die Aufnahme neuer PatientInnen sind die Folge.

Das Projekt freihaven e.V. hat ein Konzept zur Einrichtung eines Behandlungszentrums für traumatisierte Flüchtlinge entwickelt. Der Verein wurde von SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen und PsychologInnen gegründet und betreut seit Anfang 1999 in einem »Notprogramm« eine kleine Zahl von PatientInnen im Sozial- und Gesundheitzentrum St. Pauli (SGZ).

Nur wenige niedergelassene ÄrztInnen verfügen über Fremdsprachenkenntnisse oder DolmetscherInnen und haben Erfahrung mit PatientInnen aus verschiedenen Kultur- und Religionskreisen sowie Folteropfern. (...)

Um die Versorgungslücke zu schließen, ist die Einrichtung eines Behandlungszentrums für traumatisierte Flüchtlinge in Hamburg dringend notwendig.

5. Minderjährige Flüchtlinge

Die Plätze für Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge wurden radikal reduziert. Das systematische »Ältermachen« von asylsuchenden Kindern und Jugendlichen durch die Ausländerbehörde hat gegriffen. Die Beweislast und die Kosten für die gerichtsmedizinische Untersuchung liegen bei den Kinderflüchtlingen selbst.

Die kriminalisierende Gleichsetzung von Jugendlichen und Drogendealern durch Innenbehörde und Presse zum Einen und eine aggressive Politik zum Anderen führten zum Verstummen von öffentlichem Interesse und Protesten. Gerade in Bezug auf Jugendliche und Rechte von Flüchtlingen findet ein rasanter faktischer Abbau statt.

Die drastischen Ausweisungen und die sinkende Zahl einreisender Kinderflüchtlinge pro Monat werden im Oktober zu massiven Entlassungen vornehmlich von engagierten Sozialarbeitern im Jugendbereich führen. Die Pläne des Senats sehen vor, Kinderflüchtlinge von 12 bis 15 Jahren in einem geschlossenen Heim in Abschiebungsgewahrsam zu nehmen. 16-jährige kommen bereits in reguläre Abschiebungshaft. Dagegen protestieren wir als kirchliche Mitarbeiter schärfstens.

Generell sollte kein 16-jähriger Kinderflüchtling ins normale Asylverfahren und die Rechtsfolgen wie ein Erwachsener tragen müssen. Es müssen die



gleichen Rechte für Kinder und Jugendliche gelten wie für deutsche Kinder.

6. Hamburger ausländerbehördliche Verwaltungspraxis

Eine exzessive Abschiebungspolitik des Rechtssenats hat seit Herbst 2001 jegliche Hemmungen abgelegt und nimmt keinerlei Rücksicht auf vorliegende Erkenntnisse zu Rückkehrgefährdungen, auf entsprechende Stellungnahmen von internationalen Menschenrechtsorganisationen oder auf Positionen des UNHCR. Das Bundesverfassungsgericht hat im Mai 2002 erneut bestätigt, dass Inhaftnahmen nicht ohne richterlichen Beschluss stattfinden dürfen. Dies hat im Verwaltungshandeln der Ausländerbehörde noch keine sichtbaren Spuren hinterlassen.

Der Innensenator selbst hat die Maßgabe vorgegeben, die Zahl von 2400 abgeschobenen Menschen im Jahr 2001 auf 3000 in diesem Jahr zu erhöhen. Mitte des Jahres hat er noch einmal die Zahl auf 500 Abschiebungen pro Monat angehoben, ohne auf Einzelschicksale oder Gesundheitszustände Rücksicht zu nehmen. Ein rigoroses Vorgehen gegen Familien, getrennte Abschiebungen, Nacht- und Nebelaktionen, Abschiebungen im Morgengrauen ohne Vorankündigungen, Inhaftnahme bei Duldungsverlängerungen, Abschiebungen trotz nachgewiesener Krankheiten sind an der Tagesordnung. Nur wenige Einzelfälle gelangen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Eine umfassende Dokumentation dieser Zustände ist von den Beratungsstellen kaum noch zu leisten. Jeden Tag erreichen uns neue Hilferufe von Menschen, die durch diese Politik in Not geraten.

Anstatt dem guten Beispiel der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu folgen und seinen BehördenmitarbeiterInnen mit gezielten Schulungsmaßnahmen auf rassistisches Verwaltungshandeln zu reagieren, kündigt der Hamburger Rechtssenat MitarbeiterInnen der unabhängigen solidarischen Flüchtlingshilfe staatsanwaltliche Ermittlungen an, redet der Kriminalisierung des "Kirchenasyl" das Wort und droht kranken Flüchtlingen mit Internierung.

Angesichts des bald in Kraft tretenden Zuwanderungsgesetz hat die Ausländerbehörde offenbar ihre MitarbeiterInnen angewiesen, von der Möglichkeit gem § 30 Ausl.Ges generell keinen Gebrauch zu machen. Dies bedeutet einem Verzicht auf die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis. Hintergrund: Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz könnten mehr Menschen ein Bleiberecht erhalten. Es sieht so aus, als sollte vorher die Zahl der hier lebenden Menschen deutlich reduziert werden.

Die Passbeschaffung muss von unabhängigen Gruppen, Kirchen und Rechtsanwälten begleitet werden.

Die generelle Kriminalisierung von Flüchtlingen darf so in der Öffentlichkeit nicht fortgesetzt werden, um integrativen Ansätzen in dieser Stadt nicht zu schaden.

7. Akuter Beratungsnotstand in Hamburg

In Hamburg leben vor allem Flüchtlinge mit nicht oder noch nicht abgesichertem Aufenthaltsstatus (Gestattungen, Duldungen und Befugnissen). Man kann auch von einer steigenden Zahl von Menschen ohne Aufenthaltstitel ausgehen.

1. Aufgrund der politischen Rahmenbedingungen haben sich die "Beratungsgegenstände" verändert: Es geht zunehmend weniger um Beratung im Kontext von Asylverfahren, immer häufiger dagegen um eine umfassende, auf ausländerrechtliche Probleme bezogene Beratung. Hilfe bei der Durchsetzung humanitärer Abschiebungshindernisse oder akute Interventionen bei ausreisepflichtigen Personen haben eine herausragende Größenordnung.

2. Auch soziale und medizinische Faktoren müssen immer häufiger beachtet werden. Das bedeutet eine zeitaufwendige Kooperation mit Unterstützungsgruppen, Sozial- und Gesundheitsbehörden, ÄrztInnen und PsychologInnen.

3. Als besonders arbeitsintensiv erweist sich für die Beratungsstellen und Gerichte die Erfahrung, dass auch beim Vorliegen eindeutiger Rechtsansprüche zu deren Durchsetzung sehr häufig der Rechtsweg beschritten werden muss. Es kann nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden, dass eingereichte Anträge oder Mitteilungen ordnungsgemäß zur Akte genommen werden und behördliche Berücksichtigung erfahren.

4. Die »Beratungsfälle« sind bei reduzierten Erfolgsaussichten komplexer und komplizierter geworden.



Defizite in der Versorgung:

Beratung mit dem Schwerpunkt Asylverfahrensbegleitung und Hilfe beim Beschreiten des Rechtsweges im Asylverfahren sowie das Geltendmachen humanitärer Abschiebungshindernisse wird mit ausschließlichem Schwerpunkt nur von der Beratungsstelle des DRK und Fluchtpunkt in Hamburg angeboten.

Beratung zum Allgemeinen Ausländerrecht, insbesondere zur Familienzusammenführung werden vom Fluchtpunkt, von der Beratungsstelle des DRK und der AWO angeboten. Der Senat plant, die Betreuung der städtischen Unterkünfte zentral in die Innenbehörde zu verlegen. D.h. aber auch, dass eine Sozialarbeit, die sich zum Wohle von Flüchtlingen tätig begriff, nun zum Kontrollorgan umgewandelt wird.

Die Nordelbische Evang-Luth. Kirche hat dem vorhandenen Beratungsnotstand vor Jahren durch die Einrichtung von hauptamtlichen kirchlichen Flüchtlingseinrichtungen im KK Niendorf (1992), im Kirchenkreis Stormarn (1993) und im Kirchenkreis Altona (1994) angefangen Rechnung zu tragen. Im Süderelberaum gibt es keine unabhängig hauptamtliche Flüchtlingsberatungseinrichtung. Längst aber sind die kirchlichen Einrichtungen inzwischen nicht mehr in der Lage, dem Beratungsbedarf zu entsprechen.

Im Bereich der Rechtsberatung ist die personelle Überlastung offenkundig. Insbesondere in den peripheren Stadtteilen fehlen dezentrale Beratungsangebote. Diese Beratungsangebote in den städtischen Unterkünften müssen behördenunabhängig sein und sollten in die Trägerschaft der in diesem Beratungs- und Hilfebereich erfahrenen unabhängigen Einrichtungen gegeben werden.

Das Beratungs- und Therapieangebot muss mittels Bereitstellung öffentlicher Förderung der Freien und Hansestadt Hamburg erweitert werden.

Hamburg muss die im Zuwanderungsgesetz vorgesehene Möglichkeit einer Härtefallregelung umsetzen und eine adäquate Härtefallkommission einrichten

8. »Illegalisierte« in Hamburg

Dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht »Illegale« bzw. »Illegalisierte« genannt werden, ist irreführend. Ein Wort, das gewöhnlich die Assoziationskette Kriminelle-Mafia-Schlepperbanden auslöst. »Das einzige, was sich die allermeisten von ihnen zuschulden kommen lassen, ist: hier zu sein,« sagt der alte Justizminister Niedersachsens, und ehemalige Leiter des Kriminologischen Instituts in Niedersachsen, Professor Christian Pfeiffer, (zitiert nach MOPO vom 10.2.1997).

Die UN sprechen von WanderarbeiterInnen, zu deren Schutz die Weltorganisation 1990 eine Konvention erlassen hat. Die Bundesrepublik hat sie nie unterzeichnet. »Illegalisierte« leben in der Hansestadt in einem menschenrechtlichen Niemandsland. Nur nicht auffallen, so gut wie unsichtbar sein. Trotzdem leben sie immer in der Angst vor der Entdeckung durch die Behörden und damit vor der Abschiebung. Wer in dieser Schattenwelt lebt, ist recht- und schutzlos der Ausbeutung ausgeliefert. Wohnungsvermieter verlangen von »Illegalisierten« oft horrende Wuchermieten – gewissermaßen als Schweigegeld. Für drei oder vier Euro die Stunde leisten sie Schwerstarbeit in Restaurantküchen, auf dem Bau, als Putzhilfen oder auf Autoschrottplätzen. Nicht selten wird ihnen nach getaner Arbeit der Lohn verweigert oder ein Tipp an die Polizei weitergegeben. In unserem Wirtschaftssystem sind diese Billigst-Arbeitskräfte fest mit eingeplant und erwirtschaften einen nicht unerheblichen Teil des Bruttosozialprodukt.

Die massive Abschiebungspolitik wird zur Folge haben, dass sich das Milieu weiter verschlechtert. Mehr kriminelle Machenschaften sind nötig, um überhaupt ins Land zu gelangen. Mafiaähnliche Strukturen werden zur Lebenssicherung benötigt. Alle Unterstützergruppen, wie Kirchengemeinde, Beratungsstellen und deren haupt-und ehrenamtliche MitarbeiterInnen werden zukünftig unter dem neuen Zuwanderungsgesetz kriminalisiert werden.

Wir halten daran fest:

- Hamburg sollte Personen ohne Aufenthaltstitel regelmäßig als Klientel hilfeorientierter Beratung akzeptieren und in die Bedarfskalkulation von Beratungsangeboten einbeziehen.
- Keine Kriminalisierung von Menschen, die anderen in Not beistehen.

Weitere Informationen unter:
www.hamburgasyl.de

Das Diktat von Law-and-Order

Zur Sozialpolitik des Hamburger Rechtssenats

Hamburg, 16. April 2002. Ein kalter, trüber Tag, typisches Hamburger Schmuddelwetter mit leichtem Dauerregen, der erst gegen Nachmittag aufhört. Ein paar hundert DemonstrantInnen warten um 16.30 Uhr fröstelnd auf der Moorweide, dem Ort der Auftaktkundgebung. 45 Minuten später, als es endlich nach mehreren Verzögerungen losgeht, setzen sich zwischen 8.000 und 10.000 Menschen in Bewegung. Die Demonstration »Der Senat kann einpacken! Für eine solidarische Sozialpolitik« ist der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Protestaktionen gegen die Sozial- und Bildungspolitik des Senat: Am 8. März demonstrierten ca. 2.000 Frauen gegen die Streichungen bei den Frauen- und Mädchenprojekten. Am 10. Juni waren fast 50.000 SchülerInnen, Eltern und Lehrer auf der Straße, um gegen den Kahlschlag im Bildungsbereich zu demonstrieren.

Für viele kam diese neue soziale Unruhe durchaus überraschend, denn die Kürzungsorgien in der Sozial- und Bildungspolitik sind beileibe nicht neu. Die Sozialpolitische Opposition Hamburg etwa hatte sich im Herbst 1997 als Ausdruck des Widerstandes gegen die neue rot-grüne Koalition und ihre Politik des Plattsparens gegründet. Beinahe ritualhaft ist seit dem in jedem Herbst pünktlich zu den Haushaltsberatungen immer wieder gegen Sozialabbau protestiert worden. Die Kürzungspläne des neuen Rechtssenats sind daher objektiv lediglich eine Fortsetzung und dramatische Zuspitzung einer Politik der Haushaltskonsolidierung und der Standortsicherung, die in Hamburg seit den 90er-Jahren Tradition hat. Allerdings: Die meisten Einrichtungen des sozialen Hilfesystems sind inzwischen finanziell soweit ausgeblutet, dass weitere Einsparungen nicht mehr kompensiert werden können. Gerade kleineren Einrichtungen droht jetzt der Kollaps.

34,7 Mio EUR werden dieses Jahr im Sozialbereich eingespart, weitere 225 Mio. EUR sollen in den nächsten beiden Jahren folgen. Frauen- und Mädchenprojekte sowie Integrationsarbeit für MigantInnen sind im Jahr 2002 um bis zu 50% gekürzt worden. Frauenberatungsstellen mussten genauso geschlossen werden wie die Deutsch-Ausländische Begegnungsstätte in Billstedt. In der Arbeitsmarktpolitik sind die Löhne in den Beschäftigungsmaßnahmen an und unter die Sozialhilfegrenze abgesenkt worden. Im nächsten Jahr sind durch die Streichung der Mittel für die bezirkliche Jugendhilfearbeit in manchen Bezirken Bau- und Abenteuerspielplätze, Häuser der Jugend und andere Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit bedroht. In der Drogen- und Suchthilfe sollen 800.000 Euro eingespart werden, was u.a. dem Fixstern im Schanzenviertel den Kopf kosten wird. Die bezirkliche Behindertenberatung wird bis auf eine Stelle zusammengestrichen, und die Sozialhilfeausgaben pro Kopf sollen noch weiter abgesenkt werden, obwohl die Anzahl der Hilfeberechtigten weiter steigt. Die Jugendberufshilfe steht genauso vor dem Aus wie die Aidshilfe oder die Frauenhäuser oder Migrantinnenprojekte wie Aizan oder INCI. Vom Personalabbau im öffentlichen Dienst bis zur Streichung unzähliger Zuwendungen könnte die Giftliste beliebig weitergeführt werden.

Der rot-grüne Vorgängersenat hatte bereits mit der Privatisierungen öffentlicher sozialer Dienstleistungen begonnen. Der Schwarz-Schill-Senat sattelt hier ungehemmt drauf: Neben der Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser steht die Berufsschulen ins Haus. Sie sollen in eine GmbH umgewandelt und direkt der Handels- und der Handwerkskammer überstellt werden. Die bezirkliche Schuldnerberatung wird – vermutlich an das Diakonische Werk – verkauft, und die staatlich betriebenen Freizeitbäder und Saunen der Bäderland GmbH sollen ebenfalls privatisiert werden. Dies bedeutet nicht nur den Abschied aus der öffentlichen Sicherung sozialer Dienstleistungsstrukturen. Es bedeutet auch, dass Menschen und Familien mit wenig Geld von bestimmten Hilfen und Dienstleistungen ausgeschlossen werden – weil sie sie sich nicht mehr leisten können (Dies ist umso gravierender, wenn man bedenkt, dass etwa die Hallenbäder in armen Stadtteilen wie St. Pauli für viele BewohnerInnen auch die Funktion öffentlicher Duschen haben.)

Die Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen des Senats haben also in der Tat gravierende Folgen. Das soziale Hilfesystem in der bisher bekannten Form wird gegen die Wand gefahren. Dennoch sind sie nicht das eigentlich Neue und Spezifische dieses Senats. Die Fokussierung auf Sozialkürzungen wird deshalb zum einen dem tatsächlichen Ausmaß der sozialpolitschen Veränderungen nicht gerecht und verschleiert zum anderen die Kontinuität dieser Kahlschlagpolitik über die letzten Jahre.

Das Spezifische an dem neuen Senat, das »sozialpolitische Modell CDU-FDP-Schill« liegt nämlich nicht in den gravierenden Kürzungen sondern in der inhaltlichen Neuorientierung der Sozialpolitik. Sozialpolitik unter Schwarz-Schill ist nämlich keine Politik der Hilfe mehr sondern ganz erklärtermaßen ein Instrument von Disziplinierung, repressiver Normalisierung und von Ausgrenzung. Eine Politik, für die darüber hinaus nicht so sehr der Name Schill steht, sondern die CDU und ihre Sozialsenatorin Schnieber-Jastram. Zum einen sind die Sozialeinsparungen im Jahr 2002 mit einer gleichzeitigen Umverteilung in den Justiz- und Polizeiapparat sowie in eine autofreundliche Verkehrspolitik verbunden gewesen: Zusätzliche Polizeistellen oder der Neubau eines



»Sozialpolitik unter Schwarz-Schill ist nämlich keine Politik der Hilfe mehr sondern ganz erklärtermaßen ein Instrument von Disziplinierung, repressiver Normalisierung und von Ausgrenzung.«

Megaknastes sind hier die Stichworte. Gleichzeitig hat Schnieber-Jastram in einer programmatischen Rede Ende Januar deutlich gemacht, dass sich Sozialpolitik in Zukunft stärker an gesellschaftlichen Normalitätsphantasien orientieren soll, an "normalen" Familien, an »normalen Erwerbstätigen« (vorzugsweise deutsch und mit heterosexueller Orientierung), an »normalen MieterInnen« (oder besser EigenheimbesitzerInnen) etc. Die ersten Gruppen, für die Sozialpolitik in Zukunft explizit nicht mehr da sein sollen: Für Frauen und Mädchen, denn dafür gibt es die Familienpolitik, und für MigrantInnen, denn nach 30 Jahren Integration sei Integrationsarbeit überflüssig. Die Abschaffung der Stelle der Ausländerbeauftragten passt nahtlos in diese Philosophie.

Das soziale Hilfesystem wird unter dem Diktat von Law- and-Order neu geordnet. Sozialpolitik legitimiert sich nicht mehr über die Verbesserung der Lebensbedingungen der Betroffenen sondern über ihre Disziplinierung und »Normalisierung« bzw. über Kriminalprävention. Symbolische Kerne dieser reaktionären Wende in der Sozialpolitik sind die Wiedereinführung der geschlossenen Heime für Kinder und Jugendliche, die forcierte Brechmittelvergabe gegen vermeintliche Drogendealer, die brutale Auflösung der Bauwagenplätze oder auch die Wiedereinführung der Pflicht zu gemeinnütziger Arbeit für 1 Euro pro Stunde für SozialhilfeempfängerInnen. Für viele Einrichtungen und Träger, die in den vergangenen Jahren mühselig fortschrittliche und liberale Inhalte in der Kinder- und Jugendpolitik, in der Drogenarbeit, in der Beschäftigungspolitik etc. durchgesetzt haben, geht es heute im doppelten Sinne um ihre Existenz: Sie werden gnadenlos zusammengestrichen. Und andererseits sollen nun ausgerechnet sie es sein, die die Law-and-Order-Linie in der Sozialpolitik umsetzen sollen.

Die neue Sozialpolitik ist in erster Linie eine Kampfansage an eine parteiisch-solidarische Sozialarbeit sowie an die liberalen Reformansätze in der Nachfolge der 68er-Bewegung. Und die neue Sozialpolitik ist eine Kampfansage an Bevölkerungsgruppen, die den herrschenden Normalitätsphantasien nicht entsprechen (wollen). Wo rotgrün sich bei aller Repression noch an der gesellschaftlichen Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen orientiert hat (und sei es in Form einer Zwangsintegration), setzt der neue Senat nur noch auf die »Normalität der Mitte«. Wer da nicht reinpasst, für den/die gibt es kein Geld, der/die wird explizit ausgegrenzt. Der neue Senat bringt eine seit langem vorangetriebene Umdefinition von »sozialer Gerechtigkeit« auf den Punkt: Soziale Gerechtigkeit im Sinne sozialer Absicherung ja, aber nur für die »normalen und fleißigen Deutschen« (wie Schill das in seinem Auftritt im Bundestag formuliert hat). Die »normalen Deutschen« sind dabei durchaus dehnbar. Sie dürfen im Zweifel auch schwullesbisch sein (wenn denn ansonsten alles »ordentlich« und unauffällig ist), und sie dürfen sogar einen nicht-deutschen Pass haben, sofern sie ansonsten voll integriert, angepasst und »nützlich« sind.

Der neue Senat setzt seine Politik rigoros durch. Kritische Stellungnahmen der Fachöffentlichkeit oder gar Demonstrationen beeindrucken ihn überhaupt nicht. Darin zeigt sich durchaus ein im Vergleich zu vorher anderer Politikstil. SPD und Grüne haben stets versucht, gesellschaftliche Gruppen, insbesondere Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände, in ihre Politik einzubinden. Gespräche mit Einrichtungen, Trägern, Verbänden und Gewerkschaften waren integraler Teil des politischen Geschäfts, auch wenn in vielen Fällen deren Position übergangen wurde. Wenn jetzt von einzelnen Einrichtungen bis zur Gewerkschaft ver.di darüber geklagt wird, dass man über Kürzungsmaßnahmen erst aus der Zeitung erfahre, so belegt dass den Umstand, dass der neue Senat z.Z. auf jede Form der Vermittlung verzichtet. Er exekutiert den (vermeintlichen) Volkswillen, punkt, aus.

Die Perspektive dieses sozialpolitischen Modells ist keineswegs an die Person Schill gebunden, möglicherweise noch nicht einmal an diesen Senat. Es ist zu befürchten, dass der hegemoniale Erfolg von Schwarz-Schill auch bei rot-grün Nachahmer findet. Es war Olaf Scholz, der 2001 die Brechmitteleinsätze in Hamburg eingeführt hat. Seit langem liebäugelt auch die SPD mit geschlossenen Heimen für Kinder und Jugendliche. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion macht sich inzwischen auch für modifizierte Bürgerwehren stark, und wiederum Scholz forderte in markigen Worten Strafen gegen Schüler und Eltern beim Schule schwänzen. Die »Partei von Sicherheit und Ordnung« ist sehr viel größer als die jetzigen Regierungsfraktion. Das ist das Problem bei jeder vorschnellen Fokussierung auf Schill und seinen Rechtspopulismus. In der Sozialpolitik zumindest kann die Forderung deshalb nicht sein »Schill muss weg!« Hier geht es darum, der herrschenden Normalitätsphantasie eigene Gerechtigkeitsvorstellungen inhaltlich entgegenzusetzen und auf der Aktionsebene sichtbar zu machen. Und das aus einer gesellschaftlich minoritären Position heraus. Darunter geht's leider nicht.

Dirk Hauer
(Der Autor ist aktiv bei der Sozialpolitischen Opposition Hamburg und bei der Gruppe Blauer Montag Hamburg)

Eindeutiges Bekenntnis des »Bündnis Nationaler Sozialisten« zum Nationalsozialismus: Das Demonstrationsmotto »Sozialismus ist braun«



»Bündnis Nationaler Sozialisten für Lübeck« verboten

Nur wenige Tage nach der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl, bei der die Gruppierung in Lübeck immerhin 0.8% der Stimmen für sich verbuchen konnte, wurde am 7. März 2003 die Wählergemeinschaft »Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck« vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein verboten. Das Verbot erfolgte nur wenige Tage vor der bereits angekündigten Selbstauflösung der Gruppe um die den »Freien Nationalisten« zuzurechnenden NPD-Mitglieder Jürgen Gerg und Jörn Lemke. Was das Innenministerium dazu bewegt hat, der Gruppe zunächst einen rassistischen und gewalttätigen Wahlkampf unter massiver Verwendung Nationalsozialistischer Parolen zu ermöglichen bleibt bislang im Verborgenen. Die Durchführung von Flugblattaktionen sowie von Demonstrationen wurden so von der Polizei unter Einsatz massiver Gewalt und Kriminalisierung hunderter AntifaschistInnen durchgesetzt.

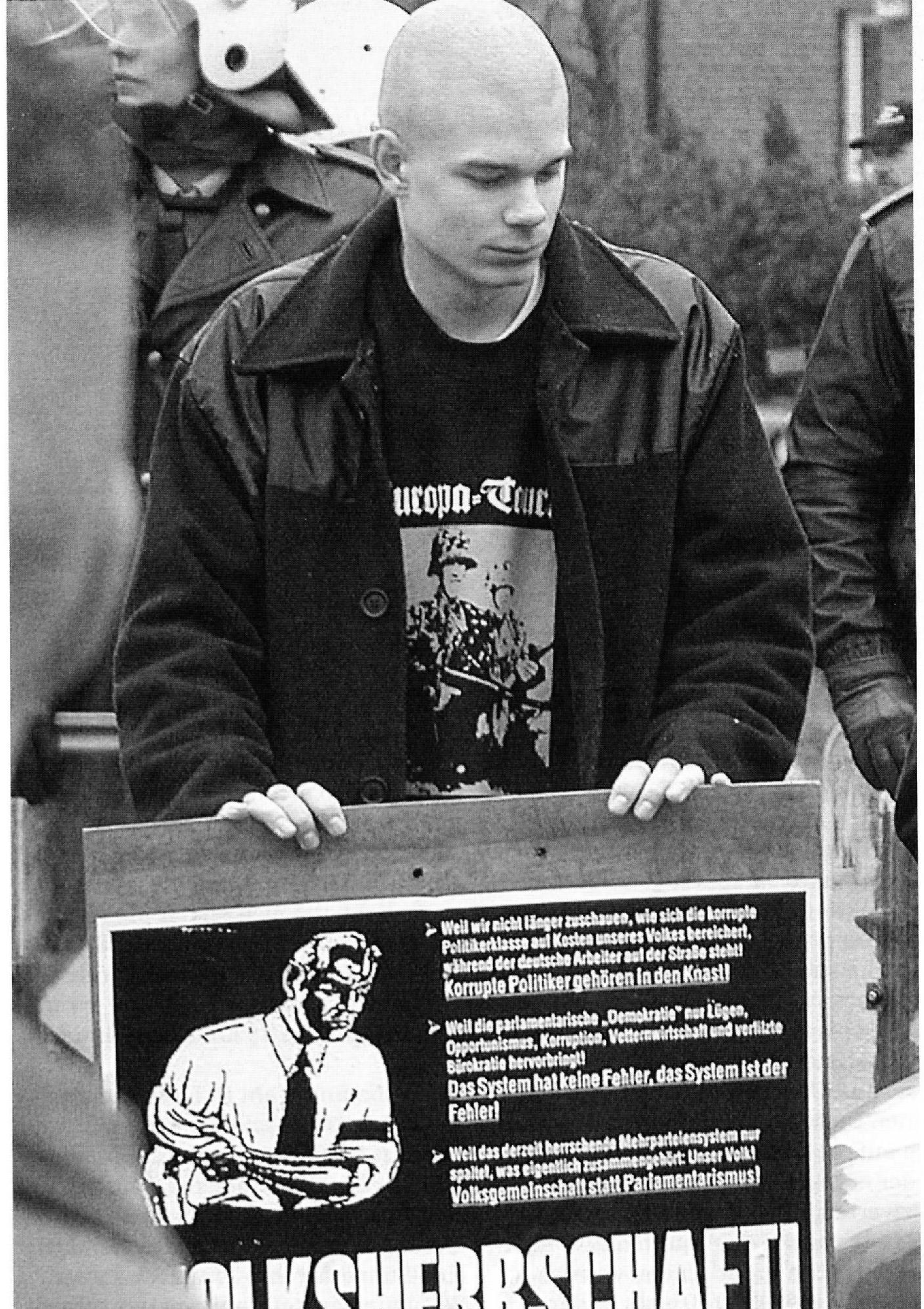
Der Wählergemeinschaft stand das Kainsmal des Verbots allerdings bereits bei ihrer Gründung deutlich ins Gesicht geschrieben. Nicht nur AntifaschistInnen, sondern auch der notorische NS-Anhänger und Leitfigur der »Freien Nationalisten« Christian Worch stellte schon früh fest, dass nicht nur der Name sondern insbesondere auch große Teile des Wahlprogrammes reinste nationalsozialistische Weltanschauung beinhalteten. Dies dürfte auch den besonderen Reiz des Projekts für die Aktivisten dargestellt haben, die zuletzt durch die gelungene Unterwanderung der schleswig-holsteinischen NPD und die versuchte Unterwanderung eines Lübecker Schill-Partei-Ablegers von sich reden gemacht hatten.

Gegründet wurde die Wählergemeinschaft im Oktober 2002 mit dem ausschließlichen Ziel der Teilnahme an der Kommunalwahl. Fünf Jahre zuvor hatte bei der Kommunalwahl 1998 die Liste Bündnis Rechts für Lübeck (BRL) noch 3,6 Prozent der Wählerstimmen gewonnen. Bei der diesjährigen Wahl erreichte das BRL lediglich 0,5%. Die Neonazis blieben also auch zusammengerechnet deutlich unterhalb ihrer Möglichkeiten.

Für den Misserfolg sorgten die Nazis selbst. Offensichtlich kam es den »Nationalen Sozialisten« gerade darauf an mit nationalsozialistisch angehauchten Parolen Stimmung zu machen. Dagegen wollte das BRL, das wieder mit dem wegen seiner rechten Umtriebe entlassenen Verwaltungsangestellten Dieter Kern antrat, mit Parolen wie »Für eine saubere Hansestadt«, »strenges Vorgehen gegen Wandbeschmierer und Schmutzfinken« sowie »Kommunales Wahlrecht nur für mündige Deutsche« ›seriöse‹ rechte Politik machen. Der Streit eskalierte in einer öffentlich ausgetragenen Schlammschlacht. So ließ Bündnis-Rechts-Spitzenkandidat Kern auf einer Wahlveranstaltung in Lübeck Jörn Lemke und Jürgen Gerg durch die Polizei aus dem Saal werfen.

Der Streit hat nicht nur regionale und persönliche Gründe. Dieter Kern steht programmatisch für den Versuch eines seriösen Bündnisses mit der NPD und allen Gruppierungen rechts davon. Kern wendet sich allerdings gegen eine offene Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und offen erklärte Gewaltbereitschaft. Dagegen verfolgen Lemke, Gerg und ihre Kameraden seit längerem eine aggressive, gegen die angebliche »Verbürgerlichung« der NPD gerichtete Politik, und provozieren damit gewollt eine Spaltung. Innerhalb der NPD Schleswig-Holstein haben sie sich maßgeblich an der Unterwanderung und Übernahme durch die »Freien Nationalisten« beteiligt.

Eine ähnlich akzentuierte Teilnahme von »Freien Nationalisten« an der Komunalwahl war ursprünglich auch für Neumünster geplant. Auch hier sollte eine Wählergruppe, hier gruppiert um die Aktiven des Club 88, mit



Wahlpropaganda des »Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck« auf der Demonstration am 25.1.2003 in Lübeck: Auf dem T-Shirt wird der Angriffskrieg der deutschen Wehrmacht als »Europa-Tournee« verharmlost, auf dem Stellschild »Volksherrschaft statt Parlamentarismus« gefordert.

offen nationalsozialistisch geprägten Parolen an der Wahl teilnehmen. Offensichtlich hatte man sich jedoch kräftemäßig überschätzt. Die Notbremse zog Peter Borchert, der nach einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung erklärte, die Polizei habe die notwendigen Unterlagen für die Wahlkampfteilnahme beschlagnahmt, eine Wahlteilnahme könne daher nicht stattfinden.

Unterstützung erfuhr das Lübecker Wählerbündnis nicht nur von den Kräften der »Freien Nationalisten« Schleswig-Holstein. Auch Christian Worch stellte sich öffentlich klar auf ihre Seite. Er verweigerte zwar – unter Hinweis auf das drohende Verbot – eine direkte Unterstützung, beteiligte sich jedoch zumindest an einer emonstration und machte klar, daß die Kritik Kerns aus seiner Sicht inakzeptabel war. Kein Wunder – entspricht doch die von den »Nationalen Sozialisten« nach außen getragene Propaganda im Kern der politischen Strategie Michael Kühnens. Kühnen, Worchs inzwischen verstorbener langjähriger Weggefährte und ›Chef‹ hatte bereits in den 70er-Jahren die Wiederzulassung der NSDAP zum zentralen Ziel seiner Politik gemacht. Erreicht werden sollte dies mit der kontinuierlichen Verwendung Nationalsozialistischer Propaganda, die dauerhaft zu Gewöhnung, Duldung und schließlich zu Akzeptanz führen sollte. Vor diesem Hintergrund ist die jahrzehntelange Verbreitung von Hakenkreuz-Propaganda durch die in den USA ansässige und eng mit Kühnen und Worch verbundene NSDAP/AO zu sehen. Vor dem selben Hintergrund erfolgte auch die provokative Verwendung und Verbreitung von Auschwitzleugner-Propaganda. Zu erinnern ist hierbei neben den zahllosen Veröffentlichungen an die Hamburger »Eselsmasken-Aktion«, bei der Mitglieder der damaligen Aktionsfront Nationaler Sozialisten, bei denen auch Worch organisiert war, mit Eselsmasken und Schildern mit der Aufschrift »Ich Esel glaube noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden« durch Hamburg marschierten. Diese Aktion war das Startsignal für die in den folgenden Jahrzehnten mit großem Aufwand betriebene Revisionismus-Kampagne. Vor dem selben Hintergrund ist auch der von Worch proklamierte und von der NPD inzwischen zumindest programmatisch aufgenommene »Kampf um die Straße« zu verstehen. Vor dem Hintergrund der veränderten politischen Situation erkannte Worch Ende der 90er-Jahre, dass nunmehr sowohl rechtlich als auch gesellschaftlich die Durchführung von Nazidemonstrationen möglich war. Er startete daher mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die bis heute andauernde Demonstrationskampagne. Ziel ist es hierbei nicht unbedingt, möglichst viele Menschen auf den Demonstrationen zusammenzubringen um etwa Mehrheiten zu gewinnen. Ziel ist es bis heute, und das versteht mancher seiner Kameraden nicht, überall in Deutschland Nazidemonstrationen zu etwas Normalen, Alltäglichen werden zu lassen. Die Menschen sollen sich schließlich mit der massiven Anwesenheit von Nazis und ihren menschenverachtenden Parolen auf der Straße abfinden und daran gewöhnen. Dies soll im Ergebnis dazu führen, daß auch die solchermaßen verbreiteten Inhalte breitere Akzeptanz finden oder zumindest als »zulässige Meinung« geduldet werden.



Demonstration in Lübeck am 25.1.2003:
die Demonstration wird angeführt von Christian Worch, rechts mit Brille: Jörn Lemke

Was auf der Straße beinahe schon gelungen scheint, findet bei der offenen Bezugnahme auf nationalsozialistische Parolen bislang jedoch immer noch seine Grenzen. Insofern stellt die Wahlteilnahme der Lübecker Neonazis eine gelungene Provokation und eine strategische Fortsetzung der bestehenden Strategie dar. Um so verwunderlicher und abstoßender war die Tatsache, daß die Wahlteilnahme keineswegs zu wirklich breiten Gesellschaftlichen Entrüstungsstürmen führte. Der Lübecker Wahlausschuss, unter Leitung von SPD-Bürgermeister Saxe, gab sich zwar ablehnend, ließ die Nationalsozialisten jedoch unter Verweis auf Formalien zur Wahl zu. Nur formale Fehler oder ein Verbot hätten demnach die Wahlteilnahme verhindern können. Zivilcourage oder auch nur eine intelligente Abstimmung mit dem Innenministerium hätten hier leicht Abhilfe schaffen können. Die Einleitung des Verbotsverfahrens durch das Innenministerium muss ja bereits sicherlich vor der Zulassung erfolgt sein. Doch sogar ohne Kenntnis von dem geplanten Verbot hätten es politischer Anstand und Aufrichtigkeit geboten, sich mit jedem Mittel gegen die Wahlteilnahme einer solchen Gruppierung zu stellen. Selbst wenn eine Wahlteilnahme durch die Verwaltungsgerichte gestattet worden wäre, wäre die politische Stimmung in der Stadt durch eine geschlossene Verweigerungshaltung sicherlich beeinflusst worden. Auch die lieblosen Verbotsverfügungen gegen die Demonstrationen der »Nationalen Sozialisten« zeugten nicht wirklich von Verhinderungswillen. Anstatt dafür zu sorgen, dass sich große Teile der Bevölkerung den Nazis tatsächlich entgegenstellen, beteiligte man sich letztlich argumentativ sogar an der Kriminalisierung aktiver AntifaschistInnen, und nahm dabei sogar die Diskreditierung einer SPD-Ortsgruppe in Kauf.

Die Politik der Landesregierung, also das bewusste verspätete Verbot, das einen nationalsozialistisch geprägten Wahlkampf in Lübeck ermöglichte, setzt die seit etwa 1997 eingeschlagene Linie fort. Im Kern steht das Bemühen, antifaschistische Gegenaktionen zu kriminalisieren und sich selbst als »Law and Order«-Vertreter zu präsentieren. Diese Strategie beruht vermutlich auf der Tatsache, dass zumindest in der ersten Hälfte der 90er-Jahre Naziveranstaltungen in Schleswig-Holstein regelmäßig durch aktive AntifaschistInnen unterbunden wurden. Dies ließ die Polizei oftmals in der Öffentlichkeit ziemlich schlecht aussehen. Im Vorfeld der erstmaligen Teilnahme des Bündnis Rechts für Lübeck an der Kommunalwahl 1998 wurde daher offensichtlich der Beschluss gefasst, solches in Zukunft nicht mehr zuzulassen, und die SPD/Die Grünen-Regierung als Hüterin von Recht und Ordnung zu präsentieren. Bei zwei Demonstrationen des BRL im Jahr 1998 wurde diese Strategie erstmals ohne Kompromisse durchgesetzt. Insgesamt wurden bei diesen beiden Demonstrationen zusammen ungefähr 1000 AntifaschistInnen festgenommen, und die Nazidemonstrationen teilweise unter massivem Gewalteinsatz durch protestierende AntifaschistInnen hindurchgeprügelt. Die Landesregierung sieht sich in ihrer Strategie scheinbar so erfolgreich, dass sie diesmal sogar völlig unnötigerweise zunächst die Demonstrationen und Aktionen der »Nationalen Sozialisten« ermöglicht, um sich später als »Ordnungsmacht« zu präsentieren. Ein rechtzeitiges Verbot, dessen Voraussetzungen von anfang an deutlich erkennbar vorlagen, hätte all dies verhindert.

Die Kommunalwahl in Lübeck muss für aktive AntifaschistInnen im Moment zweierlei bedeuten: einerseits muss in der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, dass die Landesregierung hier wissentlich den Neonazis eine Bühne für ihre Propaganda zur Verfügung gestellt hat, anstatt schnell und sachgerecht ein Verbot zu erlassen. Hierfür muss die Landesregierung zur Rechenschaft gezogen werden, schon um zukünftige Wiederholungen zu vermeiden. Andererseits muss eine breite Initiative gestartet werden, alle im Zusammenhang mit dem Wahlkampf des »Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck« eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen einzustellen. Es geht hierbei um die Legitimität antifaschistischer Aktionen gegen erklärte Nationalsozialisten. Eine Kampagne mit dieser Stoßrichtung könnte auch die Spielräume für zukünftige Aktionen erweitern und eine moralisch-politische Deligitimation von Polizeieinsätzen gegen AntifaschistInnen bewirken.

Fünf-Euro-Borchert wieder einmal davongekommen ... oder:

Wes Brot ich ess´, des Lied ich sing ...

Mal wieder wurde der NPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Peter Borchert, am 24. Oktobers im Rahmen einer Hausdurchsuchung in seiner Privatwohnung in Neumünster festgenommen. Gleichzeitig fand eine Hausdurchsuchung bei seinem Freund Thorsten Krüger in Eckernförde statt. Dieser wurde ebenfalls festgenommen. Außerdem durchsuchte ein Sondereinsatzkommando der Eutiner Polizei und des LKA die Räumlichkeiten der Neonazikneipe Club 88 in Neumünster nach Waffen und Diebesgut.

Hintergrund des Ganzen waren zwei Tankstelleneinbrüche Anfang Oktober in Rieseby und Vogelsang-Grünholz bei Damp, die Borchert und Krüger gemeinsam begangen haben sollen, sowie Verstöße gegen das Waffengesetz. Nachdem die beiden am 4. Oktober zunächst vergeblich versucht haben sollen, in das Gebäude der Tankstelle in der Nähe von Damp einzudringen, brachen sie stattdessen einen Münzautomaten auf und entwendeten den schwindelerregenden Betrag von 5 (fünf!) Euro. Dabei wurden die beiden Maskierten zwar beobachtet, konnten jedoch entkommen. Bei der Tankstelle in Rieseby bei Eckernförde sollen sie dann wenig später erfolgreicher gewesen sein. Allerdings wurde sie auch hier beobachtet und als kurz darauf Polizei eintraf, waren die beiden zwar verschwunden, sinnigerweise stand ihr Auto mitsamt dem Diebesgut noch immer vor der Tankstelle. Sie konnten allerdings noch in der Nacht festgenommen werden und nach ihrer Vernehmung wurden beide wieder auf freien Fuss gesetzt.

Knapp drei Wochen später erließ das Amtsgericht Kiel Haftbefehl gegen die beiden 29-jährigen und sie wurde erst mal festgenommen. Bei den Razzien in ihren Privatwohnungen sowie dem Club 88 wurde nach Angaben der Kieler Staatsanwaltschaft umfangreiches Beweismaterial sichergestellt. Aufgrund ihrer widersprüchlichen Aussagen bei der mehrstündigen Vernehmung der beiden Nazis, bestätigte ihnen die Staatsanwaltschaft hinreichenden Tatverdacht und der Haftbefehl gegen Thorsten Krüger wurde vorläufig vollstreckt. Borchert hingegen, trotz seiner zu dem Zeitpunkt noch laufenden Bewährungsstrafe, wurde sofort wieder entlassen. Sein Haftbefehl wurde, laut Oberstaatsanwalt Uwe Wick, »unter engmaschigen Auflagen außer Vollzug gesetzt«. Um welche Auflagen es sich dabei handeln soll, verriet er nicht. Abgesehen von seinem immensen Vorstrafenregister, war Borchert Ende 2000 zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden, die für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Damals hatte er eine Kieler Disco mit einer halbautomatischen Selbstladewaffe und zweimal 13 Schuss Munition in der Tasche betreten und war an der Taschenkontrolle der Türsteher gescheitert. Am 5. Oktober 2001 wurde er vom Amtsgericht Ahrensburg zu einer weiteren Strafe von insgesamt 1 Jahr und 2 Monaten verurteilt. In diesem Urteil wurde die Kieler Strafe zu 1 Jahr mit einbezogen und um zwei Monate erhöht. Anlass für diese Strafe war die Durchführung einer nicht genehmigten Demonstration am 1.5.1999 in Ahrensburg. Lustigerweise begründet das Amtsgericht die erneute Aussetzung der Strafe zur Bewährung damit, Borchert habe sich seit dem letzten Urteil ja nichts zu Schulden kommen lassen und sei in vergleichsweiser Tätigkeit für eine Partei oder ähnliche Organisation nicht mehr tätig, so dass eine Wiederholungsgefahr nicht vorliege.« Ein Schelm der böses dabei denkt.

In der Zwischenzeit sammelte er weitere Verfahren, u.a. mehrfach wegen Körperverletzung etc., ohne dass er in irgendeiner Form dafür behelligt worden wäre. Ein Verhandlungstermin wurde zuletzt im Februar auf Bitten der Staatsanwaltschaft von der zuständigen Amtsrichterin nicht festgelegt, weil angeblich noch zwei weitere Anklagen gefertigt werden sollen.

Dafür trat er bei seinen Verfahren gegen beteiligte »Kameraden« schon immer gerne als »rechtschaffener« (Kron-) Zeuge auf und gab sich bei Aufmärschen als verlässlicher Ansprechpartner für die Polizei. Vermutlich genügten auch diesmal seine belastenden Aussagen gegen seinen Komplizen, um noch am selben Tag wieder entlassen zu werden. Krüger wurde erst drei Tage später entlassen, angeblich wegen mangelnder Aussagebereitschaft ...

Doch nicht nur AntifaschistInnen wundern sich schon seit längerem, warum es Borchert immer wieder gelingt, davon zu kommen ohne auch nur eine einzige Strafe tatsächlich verbüßt zu haben. Nicht dass wir daran glaubten, dass Knast oder irgendwelche anderen Strafen auch nur irgendwie von Nutzen wären, dennoch ist es sehr offensichtlich, dass Borchert scheinbar den absoluten Freischein besitzt. Andererseits sind bislang noch nicht alle V-Leute innerhalb der NPD enttarnt worden Und dass es davon jede Menge gibt, die in staatlichem Auftrag ihre faschistische und rassistische Hetze betreiben und dafür auch noch bezahlt werden (oder Haftverschonung erlangen), ist hinreichend bekannt. Schließlich wurde in Schleswig-Holstein bislang erst ein V-Mann des Verfassungsschutzes bei der NPD enttarnt und vielleicht ist es ja noch zu früh, ausgerechnet einen der aktivsten NPD-Funktionäre in Schleswig-Holstein abzuschalten ...

Auf der Internetseite des Nationalen Widerstandes Norddeutschland beklagte das Aktionsbüro Norddeutschland unmittelbar nach den Hausdurchsuchungen, dass »osteuropäische kriminelle Banden« die Tankstelleneinbrüche begangen und zu diesem Zwecke zwei Tage vorher das Auto der beiden Club 88-Aktivisten entwendet hätten. Zu den im März 2003 stattfindenden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein habe das Aktionsbündnis



Demonstration am 2.9.2000 Neumünster - die Staatsanwaltschaft sieht keinen Anhaltspunkt für Volksverhetzung.

1.5.99 Ahrensburg: Borchert leitet eine unerlaubte Demonstration in Ahrensburg.

Im Internet wird die Teilnahme Borcherts an Vollkontaktkämpfen dokumentiert (unten).

Fight Finder - Peter Borchert's Mixed Martial Arts Statistics — Seite 1 von 1

News
Fight Finder
Interviews
Videos
Pictures
Articles
Forum
Links
Contact
Advertise
Online
Store

Name Peter Borchert
Record 1 - 2 - 1
Country Germany

Note: Record is automatically generated, and does not include fights declared "No Contest."

Result	Opponent	Method	Event Title	Date	Pictur
Draw	Klaes Madsen	Draw	FB V5 - Fight Back V5	5-19-2001	No
Win	Henrik Kristensen	TKO (Strikes)	FB V6 - Fight Back V6	11-3-2001	No
Loss	Karim Sorensen	Submission (Armbar)	FB V6 - Fight Back V6	11-3-2001	No
Loss	Anders Dahl	TKO (Strikes)	FB V6 - Fight Back V6	11-3-2001	No

First Name:
Last Name:
Nick Name:

New Search

Nord mit einer Wählergemeinschaft mit dem Namen Liste Club 88 antreten wollen, deren Teilnahme an den Wahlen nun gefährdet sei, da u.a. der Computer Borcherts bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden sei. Auf dem Rechner sowie den ebenfalls beschlagnahmten Datenträgern hätten sich sämtliche für die Wahlzulassung notwendigen Dokumente und Unterlagen befunden. Tatsächlich ist dies jedoch das Einzige, was die geneigte WählerInnenschaft in Neumünster von der angeblichen Liste Club 88 je vernehmen konnte. Von einer Kandidatur »in allen 23 Neumünsteraner Wahlkreisen« (so das Aktionsbüro Norddeutschland) keine Spur. Stattdessen engagierten sich Borchert & Konsorten für den Kommunalwahlkampf ihrer »Kameraden« vom Bündnis Nationaler Sozialisten (auch www-fuer-luebeck.com genannt) in Lübeck. Dort traten ja diesmal gleich zwei Naziparteien zur Kommunalwahl an: das Bündnis Rechts für Lübeck (BRfL), welches bei der letzten Kommunalwahl aus dem Stand 3,6 Prozent der Stimmen erzielen konnte und das »Bündnis Nationaler Sozialisten«, das in erster Linie aus ehemaligen aber inzwischen zerstrittenen Mitgliedern des BRfL besteht. Dabei handelt es sich um jenen Personenkreis, der aus dem Spektrum der »Freien Nationalisten« kommt und vor zwei Jahren den schleswig-holsteinischen Landesverband der NPD übernahm und radikalisierte (siehe dazu den Artikel in diesem Heft).

Dennoch scheint sich Borchert mittlerweile nicht mehr nur Freunde innerhalb der Naziszene zu machen: Auf den einschlägigen Diskussionsforen und Gästebüchern im Internet häufen sich die Kommentare derjenigen, die allmählich genug von Borcherts Eskapaden haben und ihm schädliches Verhalten »für die Bewegung« vorwerfen und offenbar nicht mehr länger gewillt sind, solchen »Führungspersönlichkeiten, die eine Schande für den gesamten Nationalen Widerstand darstellen« hinterher zu laufen oder sich gar mit ihnen solidarisch zu zeigen. Bleibt nur zu sagen: Weiter so, irgendwann fallen alle ...! (mz)



National befreites Neumünster

Niemand stört sich an Nazikonzert in der Innenstadt

Der Club 88 feierte im September mal wieder seinen Geburtstag – dieses Jahr zum sechsten Mal. Nachdem im vergangenen Jahr rund 500 Neonazis zum Club-Jubiläum angereist waren und sich ziemlich drängeln mussten, sollte es diesmal vor vorn herein alles etwas größer werden.

Zunächst meldete man bei der Stadt Neumünster für den 28. September ein Straßenfest mit Live-Musik »unter freiem Himmel« auf der Kummerfelderstraße (rund um das Club-Gelände) an. Dies lehnte die Stadt jedoch aus verkehrstechnischen Gründen ab, zumal ein Jubiläumsfest nicht unter dem besonderen Schutz des Versammlungsrechtes stünde. Prompt meldete Peter Borchert im Namen des Club 88 eine Benefizveranstaltung der flugs ins Leben gerufenen »Initiative für Flutopferhilfe« an. Doch auch hierfür wurde keine Genehmigung erteilt. Nachdem Borchert schließlich mit der Durchführung eines Aufmarsches durch die Neumünsteraner Innenstadt drohte, einigten man sich darauf, dass innerhalb des Club 88 und auf dem dazu gehörigen Hinterhofgelände gefeiert werden dürfe. Des weiteren wollten sich die Neonazis um geeignete Räume für ihre Feier bemühen.

Tatsächlich wurde im Internet schon Wochen vorher zu dem Nazi-Jubiläum, welches diesmal nicht (nur) im Club selbst stattfinden solle, mobilisiert. Von internationaler Live-Musik war die Rede, und dass extra eine Halle angemietet worden sei machte schnell die Runde. In der Woche vor dem Jubiläum wurde dann auch via Internet ganz direkt für ein größeres Konzert zum Club-Geburtstag geworben. Angeblich wüssten die staatlichen Stellen Bescheid und es wurde ganz offen spekuliert, was sich wohl hinter der Beschreibung »Internationale Live-Musik« verberge. Bands wie Noie Werte oder Spreegeschwader waren genauso im Gespräch wie die Nazilieder-Macherin Annett. Noie Werte und Spreegeschwader gehören beide dem Umfeld des verbotenen Nazi-Musik-Netzwerk Blood & Honour an, von dem die Neumünsteraner Behörden vermutlich noch nie zuvor etwas vernommen hatten.

Aufgrund der eindeutigen Internetaufrufe fragte die Ratsfrau Andrea Storke (ehemals Grüne, jetzt parteilos) am Freitag, den 27.09.02 bei der Ordnungsbehörde der Stadt Neumünster nach. Dort hieß es, die Neonazis würden, wie gewohnt, im Club 88 feiern. Auf den Hinweis der Ratsfrau, es sei ihr zu Ohren gekommen, dass ein Konzert mit ca. 800 bis 1.200 TeilnehmerInnen stattfinden sollte, wurde von Seiten der Ordnungsbehörde nur lapidar geantwortet, dass sich die Angelegenheit zerschlagen hätte und man nichts von einem geplanten Konzert wisse.

Folglich scherten sich Polizei und Ordnungsamt (sonst gerne schnell und eifrig bei der Sache) bis zum frühen Samstag Abend nicht darum, dass mittlerweile immer häufiger Gruppen von Neonazis in Neumünster eintrafen oder am Bahnhof herumlungerten und pöbelten. Erst als die anreisenden Nazis vor dem Club 88 mit Stadtplänen ausgerüstet wurden und sich wieder auf den Weg machten, dämmerte den Ordnungshütern, dass es sich wohl doch um mehr als eine »normale« Club 88-Feier handelte. Die VeranstalterInnen hatten derweil ihre Geburtstagparty längst in die Wrangelstraße 34 verlegt. Dort, mitten im Gewerbegebiet Neumünster-Wittorf, hatte man eine Halle angemietet, in der das Konzert dann auch völlig ungestört stattfinden konnte. Zufälligerweise befindet sich in dem selben Gebäude seit längerem ein Bodybuilding-Studio, das unter anderem von Tim Bartling (Ex-



Ganz offensichtlich gehörte es zum Konzept von Polizei und der Stadt Neumünster, einfach abzuwarten und zu hoffen, dass niemand etwas von dem gentlemen-agreement mit den Neonazis bemerkt. Hier: Selbstdarstellung »Clubkalender«.

Konzessionsinhaber des Club 88) und weiteren Neonazis aus Neumünster betrieben und natürlich auch zum Training genutzt wird. Im Laufe des Abends trudelten zwischen 700 und 800 Neonazis aus der gesamten BRD ein. Viele von ihnen reisten mit der Bahn an und wurden dann mit einem Shuttle-Service von PKWs und Kleinbussen zum Konzertgelände gebracht. Etliche von ihnen fuhren mit dem Taxi zum Konzert und ließen sich hinterher wieder von Taxis abholen und zum Club 88 fahren. Dabei zeigten sich mehrere Taxi-Fahrer dazu bereit, Leute auch im Kofferraum ihres PKWs zu befördern. Die Polizei, die gegen 18 Uhr von AnwohnerInnen über das Nazi-Konzert informiert wurde, rückte dann mit 30(!) Beamten an, einigte sich mit den KonzertveranstalterInnen darauf, dass die Fenster des Gebäudes geschlossen gehalten werden sollten, um eine »Außenwirkung total zu unterbinden« (KN,1.10.2002) und beschränkte sich ansonsten darauf, die Zufahrtsstraßen zu dem Gewerbegebiet locker im Auge zu behalten.

Am Konzertort selbst übte sich die Polizei in vornehmer Zurückhaltung. Bis ca. 24 Uhr verzichtete sie vollständig auf Kontrollen von KonzertbesucherInnen oder Fahrzeugen, obwohl sich ohne Ende Anlässe dafür geboten hätten. Ob es sich bei den auftretenden Bands tatsächlich um Blood & Honour-Bands handelte, wurde sicherheitshalber gar nicht erst überprüft – sonst hätte das Konzert auf jeden Fall aufgelöst werden müssen. Sicher aufgetreten sind die Band Terroritorium und die Nazilieder-Macherin Annett, welche Songs der verbotenen Nazi-Band Landser coverte (offenbar sehr zum Leidwesen einiger BesucherInnen). Außerdem wurden die üblichen Nazi-Devotionalien wie T-Shirts, Aufnäher etc. und Tonträger verkauft, der Eintritt für die »private Geburtstagsfeier« betrug 10 Euro. Auch hier Gründe en masse, das Konzert abzubrechen, doch ganz offensichtlich gehörte es zum Konzept von Polizei und der Stadt Neumünster, einfach abzuwarten und zu hoffen, dass niemand etwas von dem gentlemen-agreement mit den Neonazis bemerkt. So ging das Konzert gegen 24 Uhr auch pünktlich seinem Ende zu und ein Teil der Konzert-BesucherInnen fuhr anschließend noch zum Club 88, um dort, bzw. auf den Straßen drum herum noch weiter zu saufen und zu grölen. Bis in die frühen Morgenstunden konnten sich die Neonazis ungehindert in Neumünster bewegen und de facto wurde ihnen die »Einladung« ausgesprochen, doch gerne wieder zu kommen. Ein Nazikonzert dieser Größenordnung am Rande einer Innenstadt durchzuführen, stellt schließlich selbst in den braunsten Hochburgen bislang eine Seltenheit dar.

Das öffentliche Nachspiel in Neumünster gestaltete sich ähnlich grandios: Die örtliche Presse äußerte sich zu dem Nazikonzert ohnehin erst, nachdem das Bündnis gegen Rechts (BgR) eine Presseerklärung hierzu veröffentlicht hatte, in der es der Stadt Neumünster sowie der Polizei schwere Versäumnisse bzw. bewusste Unterlassungen in Bezug auf das Konzert vorwarf. Das BgR forderte die Verantwortlichen außerdem auf, zu erklären, wie das katastrophale Verhalten der Behörden am 28. September zustande gekommen sei. Die Reaktionen von Seiten der Stadt, insbesondere durch den SPD-Stadtrat Humpe-Waßmuth und der Polizei, glänzten daraufhin durch ein Herunterspielen der angeblichen TeilnehmerInnen-Zahl des Konzertes auf ganze 300 Personen, die zudem in privaten (also geschützten ?) Räumen gefeiert hätten und außerdem wäre es eine Frechheit, die auftretenden Bands als dem Blood & Honour-Netzwerk zugehörig zu bezeichnen. Des weiteren wurden mehrere Schilderungen von Neumünsteraner BürgerInnen, wonach Nazis im Bereich des Bahnhofs im Beisein der Polizei Parolen wie »Heil Hitler« und »Sieg Heil« gebrüllt hätten und Berichte über Schlägereien durch KonzertbesucherInnen mit den Worten abgebügelt, man gehe davon aus, dass Bürger, die etwas sehen, zuerst bei der Polizei anrufen, um dies zu melden und nicht bei Mitgliedern des Bündnis gegen Rechts. Demnach könne es solche Vorfälle gar nicht gegeben haben. Und im Übrigen seien keinerlei Straftaten begangen worden. Sowohl in der örtlichen Presse als auch in der Neumünsteraner Ratsversammlung war man sich stets einig, wo der Feind einzig und alleine zu finden sei: beim Bündnis gegen Rechts. Schließlich hätte keiner etwas von dem Konzert bemerkt, käme da nicht immer das Gepöbel von Links ...

(mz)

rundbrief des apabiz e. v. | nr. 10, mai 2003

monitor

Konstruierte Zivilgesellschaft

Hintergrund ➲ Die staatlichen Förderprogramme gegen Rechts

Die Häufung extrem rechter Übergriffe und die Empörung im Ausland hierüber zwangen die Bundesregierung im Sommer 2000 zur Demonstration politischer Handlungsfähigkeit. Den Medienhype überstanden haben aber nur zwei der daraus entstandenen Projekte: das NPD-Verbots-Verfahren und die finanziellen Förderprogramme des Bundes gegen rechts. Deren Bilanz im Jahr drei des »Aufstandes« ist ernüchternd: Beide Projekte waren schlecht vorbereitet und inhaltlich schwach, politisch mehr als fragwürdig und scheiterten bei ihrer Umsetzung an den jeweiligen Ministerialbehörden. Während für das Scheitern des NPD-Verbots-Verfahrens das Bundesinnenministerium verantwortlich zeichnet, nimmt nun auch die Debatte um Sinn und Unsinn der Förderprogramme gegen Rechts zu.

Mit dem paradoxen Konstrukt einer von staatlichen Geldern reglementierten und abhängigen Zivilgesellschaft hat die Bundesregierung das Programm »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« auf den Weg gebracht. Die drei Teile des Programms – Civitas, entimon und Xenos – haben verschiedene Schwerpunkte, zielen jedoch alle auf die Stärkung bzw. Entwicklung demokratischer Gegenkultur ab. Mit dieser Zielsetzung erkennt die Bundesregierung an, dass das Fehlen einer starken, im besten Sinne demokratischen Gesellschaft, die sich extrem rechten, antisemitischen und rassistischen Erscheinungsformen im Alltag sowie in der Politik entschieden entgegenstellt, eine der wesentlichen Ursachen für das Klima ist, das alltägliche Übergriffe und Diskriminierungen ermöglicht. Auch ist die Tatsache, dass Rassismus in »der Mitte der Gesellschaft« entsteht, mittlerweile teilweise anerkannt.



Dorn im Auge: Das Plakat der von Civitas geförderten thüringischen Opferberatungsstelle ABAD über den rassistischen Normalzustand im Lande erregte den Unmut der zuständigen Servicestelle des staatlichen Förderprogramms.

Konsequenzen werden daraus jedoch nicht gezogen. Wenn die Mehrheitsgesellschaft in hohem Maße rassistische, antisemitische und extrem rechte Einstellungen aufweist, braucht es Kräfte, die das thematisieren. Für die Umsetzung erfolgreicher Programme gegen Rechts hieße das, genau diejenigen zu unterstützen, die bislang als zu unbequem und nicht steuerbar gelten und Kritik an Rassismus und Gewalt von staatlicher Seite zuzulassen. Es gibt eine Ebene von Projekten und Initiativen, die der tatsächlichen Bedeutung des Begriffs Zivilgesellschaft entspricht. Antifaschistische und antirassistische Basisinitiativen arbeiten seit langem gegen den Widerstand gesellschaftlicher und politischer Kräfte daran, demokratische Gegenkultur zu stärken. Diese kritischen Kräfte mit Geld und Kompetenz auszustatten und ihnen dadurch die Autorität zu verleihen, die sie dringend benötigen, wäre Aufgabe und Chance der Bundesprogramme gewesen.

Staatlich konstruierte Zivilgesellschaft

In der Projektelandschaft, die das mit der Umsetzung des Programms betraute Bundesmi-

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

•

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die Entwicklung der extremen Rechten. Wir bieten vielfältige Materialien an, die über unterschiedliche Aspekte des Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern.

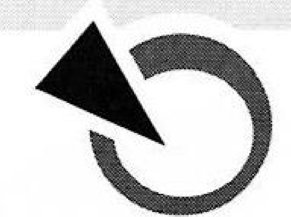
Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs etc. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek sowie antifaschistische Publikationen aus der gesamten BRD, Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog umfaßt derzeit mehr als 25 Vorträge und Seminare aus den Bereichen Judentum und Antisemitismus, Frauen und Rechtsextremismus, Neue Rechte, Burschenschaften, Esoterik und Heidentum, Rechtsextreme Publizistik, Internet, Vertriebenenverbände, Subkulturen und Rassismus.

Sondersammlungen: 1995 haben wir aus den Beständen der Staatsbibliothek Ost mehrere hundert Bücher aus der NS-Zeit übernommen; 1999 kam das Foto- und Redaktionsarchiv der »Deutschen Volkszeitung (DVZ) - die tat« hinzu. Außerdem verwalten wir die Sammlung des Projekts für interdisziplinäre Faschismus-Forschung an der Freien Universität Berlin.

Kontakt: Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und regionalen Erfahrungen interessiert. Wir vereinbaren gerne einen regelmäßigen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

monitor – rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate | fotos: alle rechte liegen bei den fotografen



Neue Mode

Königs-Wusterhausen • Eine neue Modemarke für Nazis kommt aus Königs Wusterhausen. »THOR STEINAR« vertreibt eine Reihe von T-Shirts und Base-Caps mit den Aufdrucken »Asgard«, »Midgard«, »Utgart« und »Thule«. Das Symbol der Marke besteht aus einer Tyr- oder Pfeilrune sowie einer liegenden Sigrune und



ist damit nahezu identisch mit dem Logo des in Kassel beheimateten THULE-SEMINARS. Inhaber der Marke ist der einschlägig bekannte AXEL KOPELKE, der in in dem brandenburgischen Ort den Laden EXPLOSIV betreibt. ◂

Rechter Mord

Frankfurt/Oder • Drei junge Männer aus der rechten Szene haben am 28. April einen alkoholkranken Arbeitslosen zu Tode gequält. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft zerschlugen die Täter dem 25jährigen Bierflaschen auf dem Kopf und versetzten ihm zahllose Tritte und Schläge. Das Opfer verblutete nach wenigen Stunden im Krankenhaus. Die Täter, STEPHAN B. (19) und die Brüder DANIEL (20) und MARCO S. (28), wurden am darauffolgenden Mittwoch festgenommen und legten Geständnisse ab. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen Mordes und schweren Raubes mit Todesfolge. ◂

Rechte Schläger

Neuruppin • Zwei rechte Schläger mussten sich am 28. April vor dem Amtsgericht Neuruppin wegen eines Angriffs auf einen Algerier verantworten. Der 16jährige RONNI W. und der 19jährige MARKO S. hatten den Flüchtling am 18. September 2002 auf dem Bahnhof in Perleberg brutal zusammengeschlagen. Das Gericht verurteilte RONNI W., der zum Tatzeitpunkt erst 15 Jahre alt war, zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten; MARKO S. erhielt drei Jahre und zwei Monate. Zu der Tat provoziert hatte sie angeblich ▸

nisteriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den letzten Jahren aufgebaut hat, stellen derartige Initiativen allerdings eine Minderheit dar. Neben den schwammigen Leitlinien des Programms – eine Aneinanderreihung von Schlagworten ohne Substanz – ist dies vor allem auf die Vergabepolitik des Ministeriums zurückzuführen, die sich immer unverhohlener an totalitarismustheoretischen Ansätzen ausrichtet. Das BMFSFJ sorgt dafür, dass diejenigen Projekte und Initiativen außen vor bleiben, die sich politisch links positionieren. Auch sind diese meist diejenigen, denen die Gelder radikal zusammengestrichen und inhaltliche Vorschriften gemacht werden. So wurden beispielsweise Projekte, die die Innenpolitik von Schily oder den rassistischen Normalzustand in ihrer Region kritisierten, von der für die konkrete Umsetzung zuständigen Servicegesellschaft gegängelt. Initiativen, die den Zusatz antifaschistisch im Namen führen, wurde nahegelegt, diesen zu streichen, da sonst ihr – wie ihnen versichert wurde – inhaltlich hervorragendes Konzept nicht bewilligt würde.

In der Neuauflage der Leitlinien von Civitas werden unliebsame Überraschungen für das Ministerium nun von vorneherein ausgeschlossen: Jegliche Öffentlichkeitsarbeit zu den CIVITAS-Projekten obliegt einzig den Servicestellen. Alle Druckwerke müssen vor Drucklegung der Servicestelle zur Kontrolle vorgelegt werden. Ein derart zensiertes und reglementiertes Engagement widerspricht in jeder Hinsicht der Forderung nach couragiertem und eigenverantwortlichem Verhalten und belegt, wie wenig dieses demokratische Engagement tatsächlich gewollt ist. Je harmloser die Projekte, umso höher ist die Chance einer Förderung.

Zudem wurden explizit unpolitische Träger, denen jegliche Kompetenz und Erfahrung im Themenbereich fehlt, mit der Umsetzung der Programme beauftragt. In den Programmteilen Civitas und entimon gibt es zwar durchaus fachkundige Beiratsmitglieder. Die Beiräte haben jedoch nur eine beratende Funktion. Die Entscheidung, welche Anträge bewilligt werden, trifft alleine das Bundesministerium. Folge: Vielerorts beantragen und erhalten auch solche Initiativen und Sozialbetriebe eine Förderung, die nicht mal in der Lage sind, extrem rechte, rassistische oder antisemitische Argumentationen zu erkennen, wenn sie darauf gestoßen werden. Im Gegensatz dazu scheitern viele kleine Initiativen mit inhaltlich sinnvollen Konzepten an der komplizierten Antragstellung oder der fehlenden Co-Finanzierung.

Die Bundesprogramme gegen rechts stellen sich somit als Versuch dar, den unbequemen Basisinitiativen, die seit Jahren in der antirassistischen und antifaschistischen Arbeit tätig sind, eine zweite Ebene entgegenzusetzen: Eine politisch harmlose, durch das Bundesministerium konstruierte Zivilgesellschaft, die von der Bewilligung eines Ministerialbeamten abhängig ist.

What to do?

Die Kritik daran kann und darf sich nicht in erster Linie an die geförderten Projekte richten. Nicht sie sind das Problem und auch nicht die Initiativen, denen oft die Kompetenz und Erfahrung fehlt, um sinnvolle Projekte durchzuführen. Es gibt viele Projekte, die eine gute, sinnvolle und wichtige Arbeit leisten, obwohl sie von Bundesprogrammen gefördert werden. Der Fehler liegt in den Programmen, die eine Förderung unsinniger und im besten Falle harmloser Projekte überhaupt erst ermöglichen. Nicht die Effizienz der Projekte gilt es zu prüfen, wie es der Bundesrechnungshof jüngst forderte, sondern die der Programme und der Servicegesellschaften.

Die Forderung des Bundesrechnungshofes hat – sowenig inhaltlich sie auch ist – zumindest den Vorteil, dass dadurch eine öffentliche Debatte über den Sinn und Unsinn der Förderpraxis in Gang kommt. Dafür, dass eine eingehendere Analyse der Programme bisher aktiv vermieden wurde, haben wissenschaftliche Beobachter eine Erklärung: »Die als menschenfreundlich daherkommende PR-Aktion könnte sich nämlich als unwirksam erweisen.«[1] Entsprechend wenig beschäftigen sich bisher die Grünen, die maßgeblich an der Auflage der Programme beteiligt waren, mit der verfehlten Umsetzung.

Ausblick

Antirassistische Bildung, Initiativen und Projekte müssten zum festen Bestandteil kommunaler Förderung werden, es muss Schluss sein mit Modellprojekten und Sonderprogrammen.

Auch sollte das Thema fest in den Lehrplänen der sozialwissenschaftlichen Studien- und Lehrgänge verankert werden. ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und LehrerInnen, die sich in ihrer Ausbildung nicht mit dem Themenbereich auseinandersetzen, müssen zwangsläufig scheitern, wenn sie in ihrem beruflichen Alltag damit konfrontiert werden. Erfahrungen in der LehrerInnenfortbildung zeigen oft erschrekkend, welcher rassistische und nationalistische Schwachsinn von denjenigen vertreten wird,

1) Wagner, Ulrich; Christ, Oliver; van Dick, Rolf: »Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit«. In: Journal für die Konfliktforschung 4 (2002).

die prägenden Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen haben.

Vor diesem Hintergrund wäre die Einstellung der Programme gegen Rechts trotz aller Kritik fatal. Allerdings bedürften diese einer kompetenten inhaltlichen Betreuung, weniger bürokratischer Hürden und der Einbeziehung auch politisch unbequemer Kräfte, deren Kompetenz und Erfahrung bisher nur über die Hintertür genutzt werden. Dies ist indes kaum zu erwarten, nachdem der Effekt, den die Programme haben könnten, politisch nicht gewollt ist.

Angesichts der wachsenden Zahl der Übergriffe ist daher die nicht-staatliche Förderung antifaschistischer und antirassistischer Initiativen und Projekten dringend notwendig. Die Stärkung nicht-staatlicher Netzwerke und Stiftungen, persönliches Engagement und Spenden müssen dazu beitragen, die Arbeit dieser Initiativen zu gewährleisten.

Denn dies sind die Kräfte, die auch dann noch da sein, wenn uns die staatlich konstruierte Zivilgesellschaft um die Ohren fliegt oder der staatliche Geldhahn zugedreht wird.

Kathrin Klever

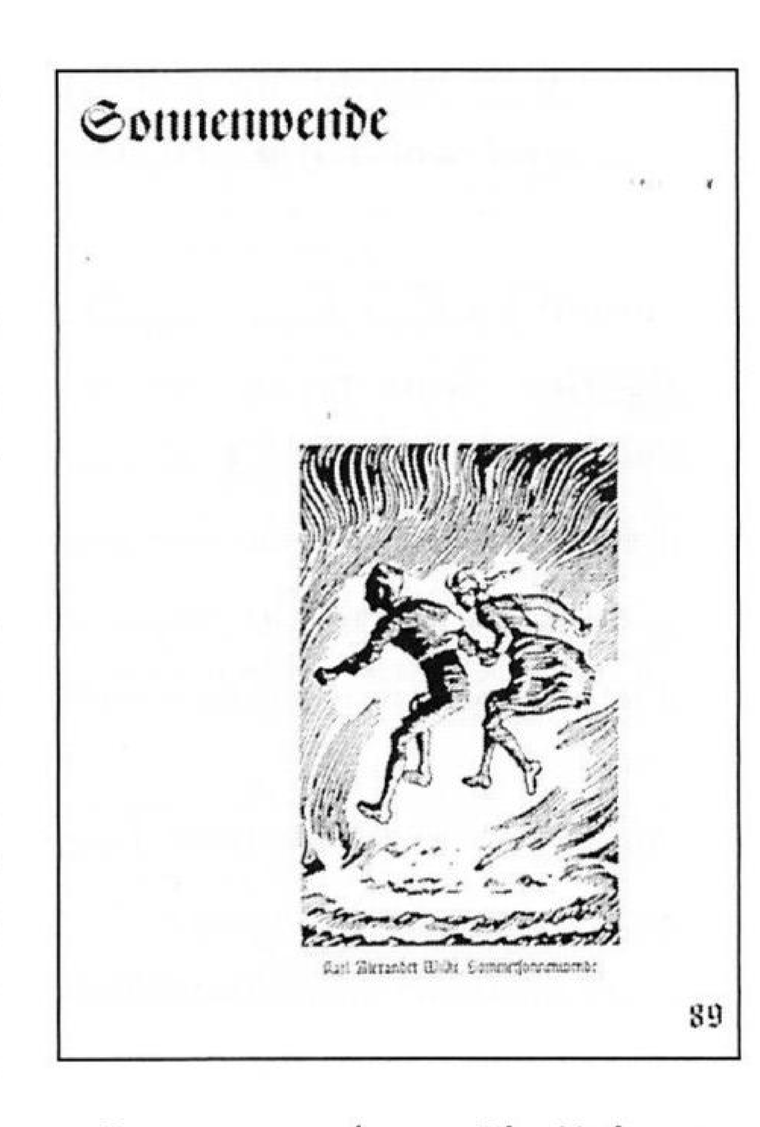
Fürstenberger Heimatschutz

Bericht ➲ Heimatverein gerät weiter ins völkische Fahrwasser

Die Auseinandersetzung um den FÜRSTENBERGER HEIMATVEREIN spitzt sich zu. Nachdem es bereits im Mai vergangenen Jahres schien, dass der ehemalige Wehrsportgruppen-Leiter UWE JÜRGENS mit seinen rechtsextremen Ansichten den Verein dominieren würde (siehe *monitor* Nr.5), erklärten nun im Februar dreizehn Mitglieder ihren Austritt. Unter ihnen befinden sich auch vier »rechtswidrig ausgeschlossene Mitglieder«, wie in einem offenen Brief berichtet wird. Die Vorwürfe der Kritiker: Der Vorstand arbeite undemokratisch und verstoße gegen die Satzung. Und weiter: »Einzelne Mitglieder veröffentlichen (...) unsachliche und rechtsgerichtete Schriften und Beiträge«.

Schon in der Auseinandersetzung um die Ausrichtung des Vereins machte UWE JÜRGENS seinen Hang zu völkischen Traditionen deutlich: »Bisher sind vierundzwanzig, meist junge Mitglieder, dem Verein beigetreten, die sehr gute Vorstellungen mit einbringen: Wanderungen durch sehenswerte Landschaft und zu Stätten der Geschichte; Treffen in Lagern, etwa Sonnenwendfeiern; Volkstanzvorstellungen; Dichterlesungen u.a.«[1]

In den neuen HEIMATBLÄTTERN 2003 des Vereins[2] wird nun – presserechtlich verantwortet durch den Vorstand – ganz offen an völkische Traditionen aus dem Nationalsozialismus angeknüpft. Abgedruckt ist ein sogenanntes »Feuerspiel« zur Sonnenwende, das von THILO SCHELLER stammt. SCHELLER war im NS »Feiergestalter« im Amt des »Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP«, kurz »Amt Rosenberg« genannt. Er verfasste bspw. mehrere Liederbücher für den REICHSARBEITSDIENST.[3] Passend dazu wird eine Feuerrede von MARKUS FERNBACH abgedruckt, Mitarbeiter der neuheidnisch-völkischen Zeitschrift HAGAL. Zur »Mittsommerzeit« darf sich mit HERMANN THIELE ein alt gedienter Referent in rechtsextremen Kulturkreisen äußern. Der langjährige Funktionär der DEUTSCHEN UNITARIER RELIGIONSGEMEINSCHAFT (DUR) war mehrfach mit Vorträgen auf den vom Neonazi JÜRGEN RIEGER veranstalteten HETENDORFER TAGUNGSWOCHEN vertreten.



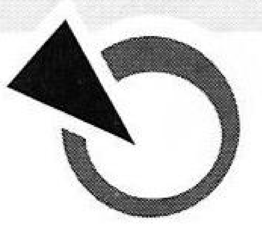
»Sonnenwende« – Die Heimatblätter 2003 des Vereins.

Autorin in den Heimatblättern ist auch die 76jährige WALTRAUT LINTOW, auf deren Gelände in Godendorf Ostern 2002 völkische Feuerspiele abgehalten wurden und das Aktivisten des neonazistischen UNABHÄNGIGEN FREUNDESKREISES (UFK) als Treffpunkt dient. Dafür wirbt der UFK im Internet offen für die von dem »alten BDM-Mädel«[4] betriebene Pension.

Ob es sich bei den von UWE JÜRGENS angesprochenen »jungen Mitgliedern« um Aktivisten des in Neustrelitz und Umgebung tätigen UFK handelt, kann zur Zeit nicht beantwortet werden: Den ehemaligen Vereinsmitgliedern wurde der rechtmäßige Einblick in die Liste der Neumitglieder verwehrt.

Ulli Jentsch

1) UWE JÜRGENS: »Womit befaßt sich der Heimatverein Fürstenberg/Havel?«. Undatiert (ca. Juli 2002).
2) HEIMATVEREIN FÜRSTENBERG (Hg.): »Heimatblätter 2003«.
3) Z.B. THILO SCHELLER: »Singend wollen wir marschieren...«. Liederbuch des Reichsarbeitsdienst. Leipzig, o.J.
4) So schreibt der UFK.



die Tatsache, dass der Flüchtling mit seiner deutschen Freundin unterwegs war. ◂

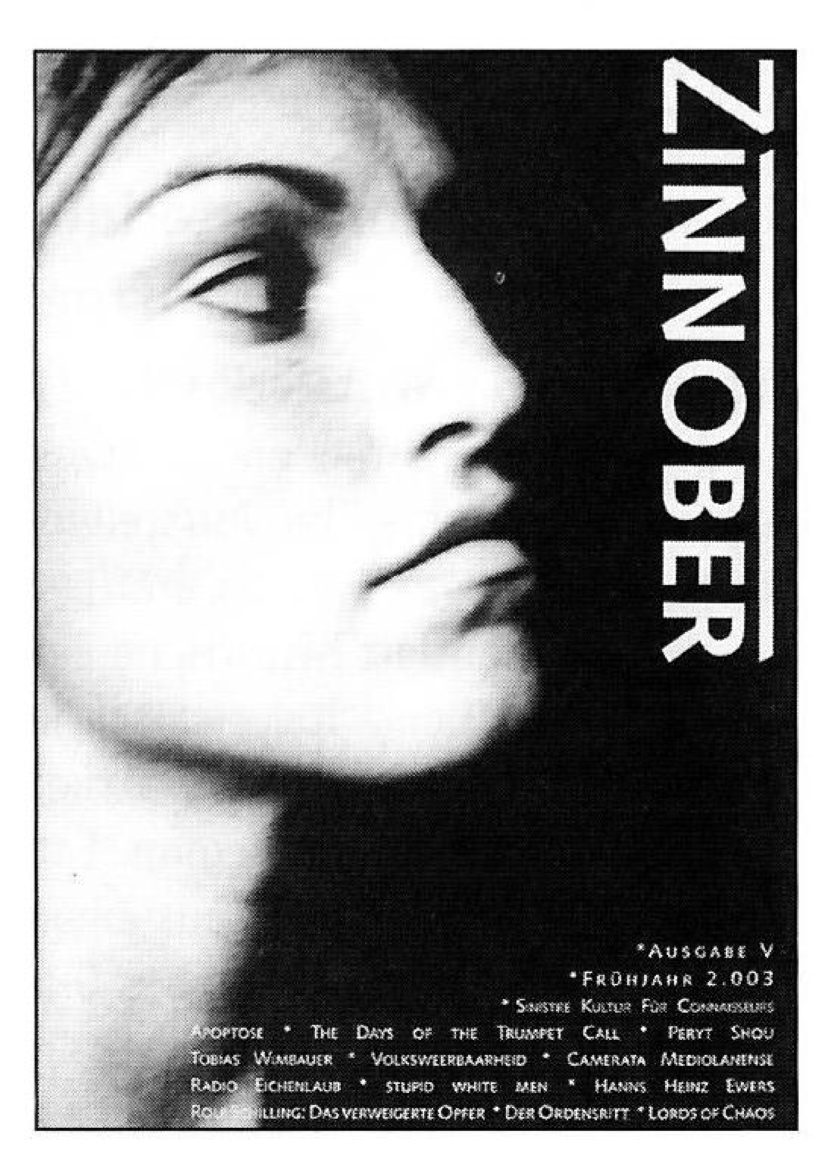
Haider in Berlin

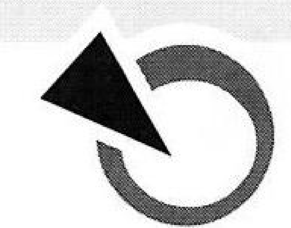
Berlin • Am 18. März trafen sich der ehemalige Berliner Innensenator HEINRICH LUMMER und der österreichische Rechtspopulist JÖRG HAIDER zu einem Abendessen in einem Berliner Lokal. Anlass für die Berlin-Reise Haiders war eine Einladung zum DIENSTAGSGESPRÄCH im RATSKELLER SCHMARGENDORF. LUMMER bezeichnete die Treffen als »rechte konservative Vereinigung von patriotisch-national eingestellten Leuten, vor denen ich auch schon geredet habe«. Organisiert werden die Gespräche von dem Geschäftsmann HANS-ULRICH PIEPER, der Mitte der 90er Jahre mit seinem Austritt aus der FDP einem Parteiausschlussverfahren zuvorkam. Anlass war eine vorherige Kandidatur PIEPERS für die REPUBLIKANER bei den Münchner Kommunalwahlen. ◂

Zinnober im Wandel

Trier • Im Frühjahr ist die fünfte Ausgabe der extrem rechten Gruftie-Zeitschrift ZINNOBER erschienen, die künftig von DOMINIK TISCHLEDER produziert werden wird. Der bisherige Herausgeber STEPHAN POCKRANDT begründet im Vorwort des aktuellen Heftes den Wechsel damit, dass er »nach 10 Jahren als Zeitschriftenmacher einfach ausgebrannt« sei. TISCHLEDER kam vom Magazin BLACK zu ZINNOBER, wo er u.a. bereits mit der wohlwollenden Rezension einer Doppel-CD zu Ehren des rumänischen Faschistenführers CORNELIU CODREANU aufgefallen war. Das neue Postfach der ZINNOBER befindet sich in Trier.

Die neue Ausgabe des Heftes präsentiert in altbekannter Manier ▸





kulturelle und politische Themen der intellektuellen (extremen) Rechten. So findet sich ein Interview mit RAYMOND P. zu dessen Musikprojekt THE DAYS OF THE TRUMPET CALL. GERHARD PETAK, Mastermind des österreichischen Rechtsaußen-Projekts ALLERSEELEN, interviewt TOBIAS WIMBAUER, ERNST-JÜNGER-Fan und u.a. Autor in der JUNGEN FREIHEIT und CRITICON. Hervorgegangen ist ZINNOBER aus dem ebenfalls von POCKRANDT herausgegebenen Magazin SIGILL, das der schwarzen Szene entstammte und als Vorreiter für die Ausbildung eines extrem rechten Teils innerhalb der Gruftszene galt. ◂

Erstes Urteil im SSS-Prozess

Dresden • Im Prozess gegen sieben Mitglieder der neonazistischen SKINHEAD SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) kam das Gericht am 9. April zu einem ersten Urteil. Ein 24jähriger wurde nach der Abtrennung seines Verfahrens wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten verurteilt; der Vorwurf der Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung wurde fallengelassen. Der inzwischen aus der Nazi-Szene ausgestiegene Angeklagte war in den vergangen Jahren an mehreren Übergriffe auf linke Jugendliche beteiligt gewesen. Den übrigen Anklagten wird weiterhin auch die Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Der Prozess gegen die mittlerweile verbotene Gruppierung ist das Ergebnis polizeilicher Ermittlungen aus dem Jahr 2000. Nachdem die SSS als eine der größten deutschen Neonazi-Organisationen jahrelang Strukturarbeit leisten und zahlreiche Übergriffen verüben konnte, kam es im Juni 2000 zu zahlreichen Durchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern. ◂

Wanderausstellung eröffnet

Belower Wald / Wittstock • Am 11. April wurde die Wanderausstellung »Stumme Zeugen – Eine Ausstellung über den Belower Wald...« eröffnet. Das Werk präsentiert historische Eindrücke zum Thema Todesmarsch im Belower Wald, verknüpft mit aktuellen Ereignissen in der Region. Entstanden ist das Projekt aus einem Seminar von SchülerInnen aus Oranienburg und Berlin in der nahegelegenen DGB-Jugendbildungsstätte ▸

Das Jahr 2002 hat eine Vielzahl von Debatten über antisemitische Äußerungen erlebt: von Möllemann über Karsli bis zum neuen Buch Martin Walsers.
Im selben Zeitraum ist die Zahl gewalttätiger Angriffe auf Jüdinnen und Juden sowie auf jüdische Einrichtungen weiter gestiegen. Die Botschaft kommt an: die neuesten Umfragen zeigen eine deutliche Zunahme antisemitischer Einstellungen – vor allem im Westen.

Chronischer Judenhass

Bericht ➲ Antisemitische Angriffe und Einstellungen nehmen zu

»Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.« Dieser antisemitischen Stereotype stimmten im April vergangenen Jahres 28 Prozent der befragten Bundesbürger zu.[1] Das erschreckende Detail dabei: Im Westen der Republik stieg die Zustimmung von 14 Prozent im Jahr 1998 auf 31 Prozent – ein vergleichsweise einmaliger Sprung. Gleichzeitig nahm die Zahl antisemitischer Angriffe im vergangenen Jahr weiter zu: Im ersten Quartal 2002 stehen 127 Vorfälle zu Buche, im zweiten Quartal schon 319. Insgesamt weist die offizielle Statistik 1.257 antisemitische Straftaten aus. Auch in Berlin wurden nach inoffiziellen Angaben der Polizei im vergangenen Jahr mehr als 100 antisemitische Delikte registriert.[2] Dabei sind zwei Aspekte auffällig: zum einen die erneute Verwendung von Sprengstoff, zum anderen die regionalen Serien in Nordbrandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.



Antisemitische Einstellungen und Straftaten nehmen zu: Die Synagoge in Berlin-Kreuzberg nach einem Anschlag im Jahr 2000.

Am 16. März 2002 verübten unbekannte Täter einen Sprengstoff-Anschlag auf den jüdischen Friedhof in Berlin-Charlottenburg. Nennenswerte Ermittlungsergebnisse der Polizei hierzu gibt es nicht. Nur einen Verdächtigen konnte die Polizei schon nach kurzer Zeit ausschließen: EKKEHARD WEIL, Hauptverdächtiger eines Sprengstoff-Anschlags vom Dezember 1998, saß nach Angaben der Ermittlungsbehörden zur Tatzeit in Haft.

In Nordbrandenburg und Mecklenburg-Vorpommern kam es Anfang und Ende des Jahres zu auffälligen Serien antisemitischer Schändungen. So wurden am Wochenende des 23./24. Februar drei Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern schwer beschädigt. Die unbekannten Täter hinterließen in allen Fällen Schweineköpfe. Im September wurde das Museum und die Gedenkstätte für die Opfer des Todesmarsches im Belower Wald durch einen Brandanschlag zerstört (siehe Meldung). Es folgen Schändungen in Grevesmühlen, Bützow und Fürstenberg. Gedenkstättenleiter Günter Morsch: »Die Häufung bestimmter Formen rechtsradikal-motivierter Delikte in diesem Jahr lässt uns befürchten, dass zumindest einige der rechtsextremistischen Anschläge längerfristig geplant waren oder vielleicht sogar in einem Zusammenhang stehen.«[3]

Im November wurden an drei Orten in Uecker-Randow volksverhetzende Transparente gefunden. An einer Straßenbrücke in Torgelow stand »Erwehrt euch der jüdischen Weltpest«. Am jüdischen Denkmal in Löcknitz hing die Parole »Stoppt das Finanzjudentum«. Vor dem jüdischen Friedhof in Ueckermünde rief ein weiteres Transparent zum Kampf gegen die »jüdische Weltbolschewisierung« auf. Am 17. November wurde ein Mahnmal für Opfer des KZ Sachsenhausen in Leegebruch zerstört. Es erinnerte an Zwangsarbeiter der Heinkel-Werke in Leegebruch.

Eine ausführliche Chronologie über antisemitische Übergriffe im Jahr 2002 gibt es unter http://www.apabiz.de.

Ulli Jentsch

1) Elmar Brähler, Oskar Niedermayer: »Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002«. Berlin 2002.
2) Berliner Zeitung vom 25. März 2003.
3) Maerkische Allgemeine vom 15. November 2002.

Attac Polen: Achtlosigkeit oder braune Querfrontstrategie?

Hintergrund ➲ Bei Attac Polen mischt die extreme Rechte mit und es scheint nur wenige zu stören

Der Vorwurf der rechten Unterwanderung steht seit der Gründung von ATTAC POLEN im Frühjahr 2001 im Raum. Bereits damals zogen sich Beteiligte wegen der Präsenz von Rechten zurück. Im Dezember 2001 wiesen Vertreter von drei polnischen Zeitungen – darunter das Antifa-Magazin *Nidgy Wiecej* (Nie wieder) – in einem Brief an ATTAC POLEN und Attac Frankreich auf die Verzahnung der polnischen Attac-Führung mit der Rechten hin.

Im Zentrum der Vorwürfe steht die enge Vernetzung der Attac-Führung mit der Zeitschrift OBYWATEL (BÜRGER). ATTAC POLEN bringt keine eigene Zeitung heraus, aber etliche Attac-Mitglieder sitzen in der OBYWATEL-Redaktion, unter ihnen der Vorsitzende MAJEJ MUSKAT. In der Öffentlichkeit wird OBYWATEL deshalb als Attac-Organ wahrgenommen. Und über OBYWATEL sehen die Kritiker Attac mit der rechtsextremen Szene verknüpft – personell und inhaltlich.

Bei OBYWATEL handelt es sich offenbar um ein neu-rechtes Querfrontprojekt: Neben linken



In der Kritik: Der polnische Arm von attac.

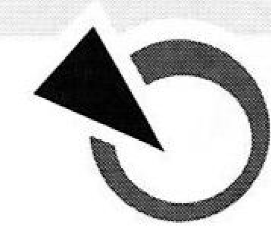
Inhalten tauchen immer wieder Artikel rechter Autoren auf. So ist in der Ausgabe vom Januar 2003 ein Artikel des Führers der russischen NATIONAL-BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI zu lesen, der darin für ein Zusammengehen der Neuen Linken und der Neuen Rechten im Kampf gegen das »System« plädiert. Auf der Attac-Website wiederum finden sich zahlreiche Artikel der OBYWATEL-Redaktion oder des neu-rechten OBYWATEL-Autors JAROSLAW TOMASIEWICZ.

Mit Chefredakteur REMIGIUSZ OKRASKA und dem ständigem Autor TOMASIEWICZ prägen zwei wichtige Ideologen der polnischen Rechten das Profil von OBYWATEL. OKRASKA ist zwar mittlerweile aus Attac ausgetreten, doch wer von ihm lesen will, wird nach wie vor auf der Attac-Website fündig. Das Attac-Gründungsmitglied TOMASIEWICZ gibt an, sich von der extremen Rechten getrennt zu haben. Dies trifft für die extrem rechten Gruppen zu, in denen er sich in den 90ern bewegt hat. Dafür ist TOMASIEWICZ heute einer der wichtigsten Vertreter der Neuen Rechten in Polen. Seine Artikel sind in den Zeitungen und auf den Websites des gesamten rechtsextremen Spektrums zu finden, wie z.B. in WARUN – NOWA PRAWICA (NEUE RECHTE). WARUN wiederum wirbt auf ihrer Website für MICETRAP'S TOP 88 SITE, einen Nazi-Versand aus den USA, der in seiner Linkliste auch deutsche KAMERADSCHAFTEN aufführt.

TOMASIEWICZ verteidigt sich damit, dass er sich doch für Multikulturalität und ethnische Minderheiten einsetze. Das sehen wohl viele in Polen auch so, ihnen entgeht aber, dass der »Ethnopluralismus«, den er vertritt, eine ethnische Homogenität bzw. Reinheit beinhaltet. In der VEREINIGUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG ETHNISCHER KULTUREN gehört TOMASIEWICZ zu den zentralen Personen; zusammen mit OKRASKA stellt er die Redaktion ihres Organs ZARKORZENIENIE (VERWURZELUNG). Die Politik der Vereinigung fußt auf der neu-rechten Ideologie des ALAIN DE BENOIST und vertritt die strikte Trennung ethnischer Gruppen, berichtet der *Report Antisemitism Worldwide* der Tel Aviver Universität. Die Vereinigung operiere an den Rändern der extremen Rechten, kooperiere aber auch mit einem anarchistischen Magazin.

Attac funktioniert als Netz und hat auf internationaler Ebene nur begrenzte Interventionsmöglichkeiten. Der deutsche Flügel hält es zudem auf dem Hintergrund der deutsch-polnischen Geschichte für brisant, von außen einzugreifen. Doch auch er kann nicht über OBYWATEL und personelle Verknüpfungen hinwegsehen. Und dann widersprechen Aussagen, wie diese aus der Gründungsphase von ATTAC POLEN, schlichtweg den Prinzipien der internationalen Antiglobalisierungsbewegung: »Das Konzept von Vaterland, Staat, Nation und vor allem Patriotismus sind bedroht. (...) Wir erklären, dass die Verteidigung der ökonomischen und politischen Souveränität eine notwendige Voraussetzung für die Mitgliedschaft in unserer Vereinigung ist.. Wir betonen, dass ATTAC eine polnische Vereinigung ist, die zuallererst polnische Interessen verteidigt (...)«.

Harm Meinertshagen



Flecken-Zechlin, das zehn Tage nach einem rechtsextremistischen Brandanschlag auf das Todesmarsch-Museum bei Wittstock stattfand. Die TeilnehmerInnen setzten sich daraufhin nicht nur historisch mit dem Todesmarsch auseinander, sondern führten auch Straßeninterviews zu dem Anschlag in Wittstock.
Die nächsten Stationen der Ausstellung sind Berlin und Oranienburg. Mehr Informationen zu der Ausstellung sowie zu weiteren Wochenendseminaren in der DGB-Jugendbildungsstätte zum Thema Belower Wald, Todesmarsch und Rechtsextremismus gibt es bei akimjah@web.de. Anmelden können sich Einzelpersonen und Jugendgruppen. ◂

Nur Jugendsünden?

Berlin / Hamburg • Das Berliner Landgericht hat eine Zivilklage auf Unterlassung von JOST BERSTERMANN gegen das Internetprojekt http://www.nadir.org abgewiesen. Der Leiter der Personalabteilung der MG Technologies AG mit Sitz in Frankfurt a.M. fühlte sich in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt, da ein seit fünf Jahren auf den Seiten von *nadir* archivierter Beitrag seinen politischen Lebenslauf dokumentiert. BERSTERMANN war zu Beginn der 80er Jahre Führungskader der NPD-Jugend JUNGE NATIONALDEMOKRATEN und soll sich später bei den REPUBLIKANERN in Osnabrück engagiert haben. Der Beitrag, gegen den BERSTERMANN nun prozessierte, erwähnt einen Auftritt von



JN

EINLADUNG !

BUNDESLAGE

23.7.-1.8.1982

ür Alle, die Ferien haben oder sich Urlaub nehmen könne
lle, denen Lagerleben Spaß macht; für alle Jungen Natio
raten, die Politik und Lagerfeuer verbinden wollen; für
ie sich im Kameradenkreis erholen wollen und für Alle,
raschungen lieben, organisiert der Bundesvorstand in Zus
arbeit mit dem LV-Niedersachsen dieses nicht gewöhnlich

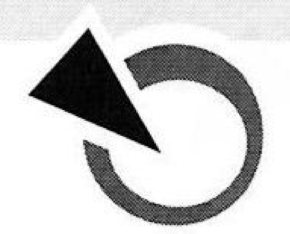
Die Leitung des Bundeslagers werde ich selbst in die Ha
Mir zur Seite stehen die Kameraden Thor v. Waldstein,C
Jost Berstermann, Uwe Klün und Ulrich Schwetasch.

in Stichworten: Wecken, Frühsport, Wasch
Nachtruhe, Wecken, Frühsport, Wa
Wecken, Frühs

ihm im Oktober 1997 bei der schlagenden Landsmannschaft MARCHIA BERLIN in Osnabrück. ◂

NPD: Strukturwandel in Berlin-Brandenburg

Berlin • Auf dem 12. ordentlichen Landesparteitag des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg am 2. März wurde die Spaltung in zwei eigenständige Landesverbände ▸



beschlossen. Nach jahrelanger Strukturarbeit unter der Führung des Landesvorsitzenden Mario Schulz sah der Landesvorstand seine Parteigliederungen nun ausreichend für die Trennung gewappnet. Personelle Veränderung im Landesvorstand fanden nicht statt.

Der gemeinsame Landesverband war 1991 gegründet worden, da es in Brandenburg an den notwendigen Strukturen für einen eigenen Landesverband gefehlt hatte. ◂

Nazis international

Saarbrücken • Ende März trafen sich 96 Neonazis aus Deutschland, Österreich, Kroatien, Frankreich, Italien und der Schweiz in Saarbrücken zur 2. Europakonferenz europäischer Nationalisten. Anwesend waren u.a. Mitglieder der Jeunesses Identitaires (Frankreich), des revisionistischen Nuovo Ordine Europeo und der Forza Nuova (beide Italien). Natürlich durfte auch der unvermeidliche Horst Mahler als Vertreter des Deutschen Kollegs nicht fehlen. Verabschiedet wurde eine Resolution zum Irak-Krieg, welche nicht nur den Boykott der »anglo-amerikanischen Aggressoren« durch die Vereinten Nationen, sondern auch als »letzte Zwangsmaßnahme« den »militärischen Beistand« für die Iraker forderte.

Zum Vorbereitungsausschuss für die Konferenz sollen der NPD-Auslandsbeauftragte Gerd Finkenwirth, der NPD-Europabeauftragte Peter Marx, Chris Beverly (BNP, London), Emmanuel Brun d'Auberginose (Brüssel) und Elena Nicola (Triest) gehört haben (vgl. Deutsche Stimme, Nr.10, 2002, S.14).

Für die musikalische Unterhaltung sorgten Jörg Hähnel (Berlin) und Docteur Merlin (Paris). ◂

Trauerfall NPD

Berlin • Bereits am 17. Dezember vergangenen Jahres ist der 45jährige NPD-Funktionär Lutz Heuer nach einem schweren Unfall verstorben. Heuer war seit Februar 2002 stellvertretender Landesvorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg sowie Landesorganisationsleiter und Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Berlin-Nord.

Der aus Berlin-Moabit stammende Heuer war bereits seit 1984 Mitglied in der NPD. Im Januar 2001 überwies er im Namen der Partei pressewirksam 08,15 DM auf das Konto der ▸

Berlin kann inzwischen auf eine über 20jährige Rechtsrockgeschichte zurückblicken: Mit der Gründung der Band Kraft durch Froide (KdF) im Jahre 1982 entstand nicht nur die Berliner sondern auch die deutsche Rechtsrockszene. Mit Landser kommt eine weitere bedeutende Band aus Berlin, die auch außerhalb Deutschlands als »Kultband« verehrt wird. Eine Reihe von weiteren Musikprojekten aus der Stadt – wie Macht und Ehre, Legion of Thor, Deutsch-Stolz-Treue oder Spreegeschwader – waren bzw. sind wichtiger Bestandteil der extrem rechten Musikszene. Darüber hinaus sind die Gruppen fest im neonazistischen Netzwerk von Labels, Versänden, Ladengeschäften und Organisationen verankert.

Im Dienst von Bewegung und Partei

Profil ➲ Die Berliner Rechtsrock-Band Spreegeschwader

Gründungsmitglieder von Spreegeschwader im Jahre 1994 waren die Berliner Alexander Gast und Alexander-Willibald Bahls. Nach der Verstärkung durch den Bassisten Rico Sonnenburg erfolgte die erste Veröffentlichung auf dem Bremer Hammerskin-Label Hanse Records. Die aktuelle Besetzung besteht aus den beiden Gründungsmitgliedern und dem Neuzugang »Motte«. Neben weiteren eigenen Veröffentlichungen beteiligten sich die Berliner mit Beiträgen an verschiedenen nationalen und internationalen Samplern, so z.B. für Blood & Honour (B&H) Frankreich und B&H Brandenburg. Alexander Gast brachte außerdem ein Solo-Album namens »Spirit of 88 – White Power Skinheads« auf dem Label des NPD-Funktionärs Jens Pühse heraus. Nach der Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften erfolgte die Veröffentlichung einer entschärften Version auf dem gleichen Label.

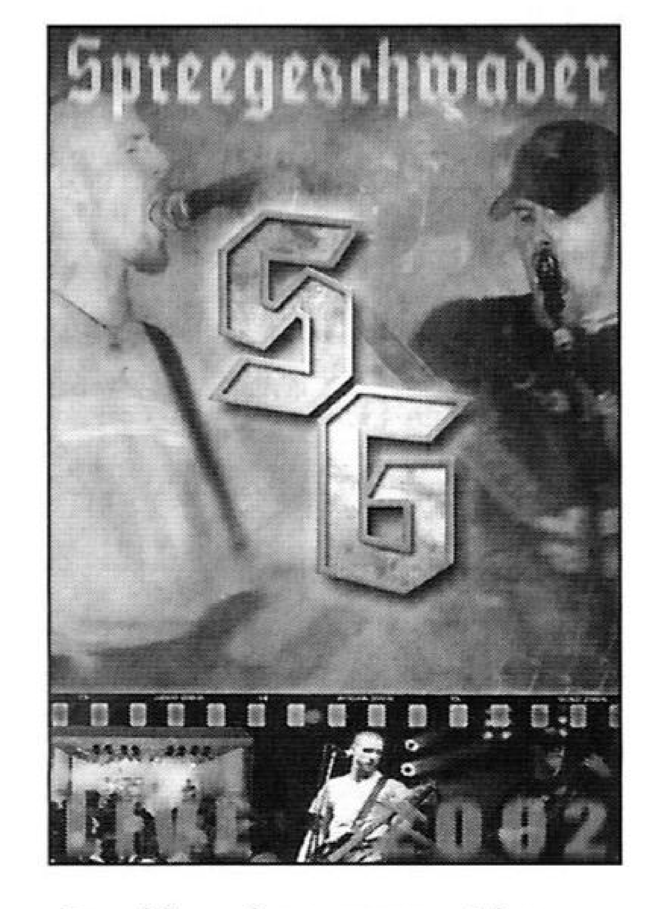
Aus dem Booklet der Best-of-CD »Reichshauptstadt« von Spreegeschwader

Zur Verbreitung von Merchandising-Artikeln von Spreegeschwader gründete die Band den Joe-Hawkins-Versand, der maßgeblich von Alexander Gast geführt wird. Zudem arbeitete Gast zeitweilig im inzwischen geschlossenen Naziladen Halloween in Berlin-Charlottenburg und heute in Hennigsdorf, wo Lars Georgi – Inhaber des TTV-Versandes – den Laden On The Streets betreibt. Das Angebot ist neonazistisch ausgerichtet und beinhaltet u.a. das Merchandising von Spreegeschwader und Landser.

Weiterhin sind Gast und Bahls durch ihr gewalttätiges Vorgehen gegen Andersdenkende bekannt. So muss sich letzterer derzeit bspw. zusammen mit einer Reihe von Aktivisten der Berliner Kameradschaft Germania wegen eines gemeinschaftlichen Angriffs auf Punks in Stolpe vom 10. Juli 1998 vor Gericht verantworten. Im Gegensatz zu einigen Mittätern (siehe *monitor* Nr.8) steht seine Verurteilung noch aus.

In den vergangenen Jahren entwickelte sich Spreegeschwader nicht nur musikalisch weiter. Auch ihr politisches Wirkungsfeld hat die Band im Laufe der Zeit ausgedehnt. War die Gruppe zu Beginn vor allem dem Hammerskin-Spektrum und später B & H verhaftet, engagiert sie sich nun auch vermehrt für die NPD. So veranstaltete der NPD-Landesverband Sachsen am 7. September 2002 ein Konzert für Hochwasseropfer aus den Reihen der Partei, bei dem Spreegeschwader als eine der bekanntesten Bands auftrat. Eine Aufnahme dieses Auftritts brachte die Band im Frühjahr 2003 als erstes Live-Album bei Wotan Records heraus.

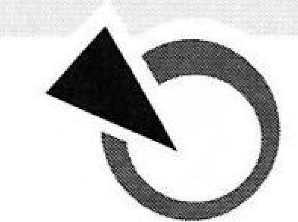
Weiterhin spielte die Gruppe beim Pressefest der NPD-Zeitschrift Deutsche Stimme im niedersächsische Königslutter im August 2002; ein für den 5. April 2003 geplantes Konzert anlässlich einer Saalveranstaltung der NPD Berlin mit dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt in Brandenburg musste aufgrund einer polizeilichen Sperrung des Veranstaltungsortes ausfallen.



Booklet der ersten Live-CD, die auf 1488 (sic) Exemplare limitiert ist.

Spreegeschwader verfügt somit über eine Reihe von Kontakten über die Grenzen von Berlin und Brandenburg hinaus und muss als fester Bestandteil der neonazistischen Rechtsrockszene und der politischen Strukturen angesehen werden.

Patrick Schwarz



Sammelband zum »Ostfeldzug«

Rezension ➲ Quinkert, Babette (Hrsg.): »Wir sind die Herren dieses Landes – Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion«. VSA Verlag, Hamburg 2002. 255 S.

Seit der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung findet der Themenkomplex des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion breite Beachtung. Die Fakten dieses Krieges sind lange bekannt, viele Standardwerke zum »Ostfeldzug« und seiner Wirkungsgeschichte nach dem Krieg liegen vor. Dennoch wird die Diskussion gerade um den Krieg gegen die Sowjetunion stark unter dem Aspekt politischer Instrumentalisierung und blanker Realitätsverweigerung seiner Akteure geführt.

Der in Rede stehende Sammelband will einen Überblick zu Ursachen, Verlauf und Wirkungsgeschichte dieses Krieges geben. Eröffnet wird er von Dietrich Eichholz mit einer knappen, lesenswerten Darstellung der deutschen Kriegsziele in der Sowjetunion in Bezug auf Rohstoffe, Arbeitskräfte und Wertschöpfung. Der russische Historiker Wischlow setzt sich detailliert mit der im deutschen Diskurs immer wieder vorgebrachten Präventivkriegthese auseinander und weist nach, dass die sowjetische Militärführung im Jahre 1941 keine Planungen für einen Angriffskrieg gegen Deutschland hatte. Weiteren Aspekten wie Judenvernichtung, Besatzungspolitik und sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland sind Beiträge gewidmet. Herausragend ist der Beitrag von Bernd Bonwetsch zur Rezeptionsgeschichte des »Großen Vaterländischen Krieges« von der Spätphase des Stalinismus bis zur Breschnew-Zeit, der Einblicke in die ideologische Überformung und Indienstnahme des Sieges über den Faschismus in der Sowjetunion gibt.

Der Herausgeberin, Promovendin am Institut für Antisemitismusforschung in Berlin, ist ein solider Sammelband gelungen. Christian Grünert

---

Weltkrieg regelmäßig vertieft

Rezension ➲ Röhr, W. (Hrsg.): »Bulletin für Weltkriegs- und Faschismusforschung«. Wissenschaftliche Halbjahresschrift. Edition Organon, Berlin. Ca. 150 S., 10 Euro.

Ob emotionalisierende Fernsehsendungen oder Bücher, ob Stalingrad oder Bombenkrieg: Der Zweite Weltkrieg ist ein Boomthema, wenn es nur um deutsche Schicksale geht. Doch entgegen des medialen Eindrucks gibt es auch Publikationen, die komplexe historische Zusammenhänge nicht vereinfachend behandeln, ohne beschwerlich zu lesen und teuer zu sein. Eine begleitende Berichterstattung findet zudem in den historiographischen Periodika statt. Doch wegen der abzudeckenden Themenvielfalt können thematische Vertiefungen nur exemplarisch vorgenommen werden.

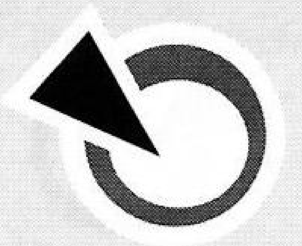
Anders beim Bulletin. Hier ist der Name Programm. Die Zeitschrift erscheint in Kooperation mit der *Berliner Gesellschaft für Weltkriegs- und Faschismusforschung*, bei deren Mitgliedschaft es sich in der Mehrheit um teilweise namhafte, evaluierte Wissenschaftler der ehemaligen DDR handelt. Die Gesellschaft organisiert regelmäßig Kolloquien zu Forschungsproblemen im Themenbereich. Dabei sucht man bei der Auswahl der Einzelthemen die geschichtspolitischen Diskurse der Öffentlichkeit zum Nationalsozialismus zu berücksichtigen. So erschien das Bulletin 1997 mit einem Schwerpunkt zum Thema Wehrmacht, in dem die Diskussion um die erste Fassung der Wehrmachtsausstellung bilanziert wurde. Weitere Hefte erschienen u.a. zu Zwangsarbeit und deutscher Okkupationspolitik im Zweiten Weltkrieg. Die letzten Ausgaben waren der juristischen Aufarbeitung des NS in der DDR und den Außenlagern des KZ Ravensbrück gewidmet. Diese ausführliche Erörterung von Einzelthemen ist eine Stärke der Zeitschrift. Weniger Beachtung finden hingegen die ideologischen Mächte des Nationalsozialismus, zweifellos eine Lücke.

Fraglos bearbeiten die Autoren ihre Themen mit wissenschaftlicher Akribie. Im Bulletin spiegelt sich aber deutlich auch die mangelnde Verbindung zu heutigen wissenschaftlichen Kontroversen. Von erfrischend zu lesenden Ausnahmen wie Karl Heinz Roth oder Rolf Surmann abgesehen, fehlt es vielen Beiträgen an einem Zugriff auf Debatten vor allem jüngerer westdeutscher Historiker. Dies rührt vom Ausschluss vieler das Bulletin bestimmender Autoren aus den Universitäten und Forschungsprojekten in der Bundesrepublik her. Hier ist der Zeitschrift eine inhaltliche Öffnung und die Kooperation mit dem linken Wissenschaftsnachwuchs zu wünschen. So könnte das Bulletin helfen, theoretische Leerstellen auch in der Diskussion historischer Hintergründe des Rechtsextremismus zu füllen. Für AntifaschistInnen lohnt die Lektüre des Bulletins dennoch, um die Orientierung im Diskurs um den NS nicht zu verlieren. Christian Grünert

Stiftungsinitiative für ehemalige Zwangsarbeiter und forderte gleichzeitig Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter ein. ◂

Nazis gegen den Krieg

Bundesweit • In der gesamten Republik fanden in den vergangenen Wochen zahlreiche Aktionen der extremen Rechten zum Krieg statt.
In Heidelberg gelang es etwa 2000 Gegendemonstranten am 19. April eine Neonazi-Demontration unter dem Motto »Amis raus« zu verhindert. Zu der Veranstaltung waren etwa 100 Personen aus dem Spektrum NPD und FREIE NATIONALISTEN angereist. Als Redner waren CHRISTIAN WORCH und HORST MAHLER geplant.
In Berlin führten am 11. April etwa 30 Personen aus dem NPD-Spektrum sowie des NATIONALEN WIDERSTANDES BERLIN-BRANDENBURG eine Solidaritätskundgebung vor der irakischen Botschaft durch. Bereits im März veranstalteten die gleichen Gruppierungen mehrere eigene Anti-Kriegs-Demonstrationen, z.B. am 20. März mit 150 Teilnehmern in Berlin-Lichtenberg.
Auf einer Anti-Kriegs-Kundgebung des bürgerlichen Spektrums am 4. April im brandenburgischen Fürstenwalde kam der NPD-Bundesvorsitzende UDO VOIGT zu Wort. Unterstützt wurde sein Redebeitrag von etwa 30 Neonazis mit Anti-Kriegs-Transparenten. Die aktive Beteiligung an dieser Kundgebung sorgte in der lokalen Presse und bei den Veranstaltern für Diskussionen. Die NPD ist im Fürstenwalder Stadtparlament mit zwei Abgeordneten vertreten.
In Hanau veranstalteten NPD und FREIE NATIONALISTEN am 28. März eine »Nationale Friedensdemonstration« unter dem Motto »Schluss mit der US-Tyrannei – Für die Freiheit der Völker«. Etwa 250 Personen aus dem neonazistischen Spektrum beteiligten sich an dem Aufmarsch.
Unter der Führung des Hallenser Neonazis-Aktivisten SVEN LIEBICH beteiligten sich zahlreiche Neonazis an bürgerlichen Friedensdemonstrationen in Halle und Magdeburg. Neben der Verteilung von Flugblättern wurden politische Gegner bedroht und gefilmt. Die Ergebnisse ihrer ANTI-ANTIFA-Arbeit werden unter anderen im Internet publik gemacht. Ein wirkungsvolles Vorgehen der Veranstalter gegen die wiederholte Teilnahme der Neonazis an den Veranstaltungen blieb aus. ◂



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

▸ Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

▸ Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

✂ -

▸ Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich ______Euro (mind. 5 Euro).

▸ Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

○ einen Dauerauftrag eingerichtet.

○ einmalig ______Euro überwiesen.

Kontonummer: ____________

Bank und BLZ: ____________

____

Name/Organisation: ____________

____

Adresse: ____________

____

e-mail: ____________

Unterschrift: ____________

○ Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspender erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Michael Klundt, Samuel Salzborn, Marc Schwietring, Gerd Wiegel: »Erinnern, verdrängen, vergessen«. Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e.V., Giessen 2003.*

Im Mittelpunkt des Buches stehen die Frage der Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart und die damit verbundenen Deutungskämpfe bzw. geschichtspolitische Interpretationen.

• *Peter Novick: »Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord«. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 2001.*

Ein Beitrag zu der Diskussion um das Thema Auseinandersetzung mit dem Holocaust. Dabei geht es hier konkret um den Vergleich der Aufarbeitung von Amerikanern und Deutschen und den Unterschied zwischen der wissenschaftlichen Herangehensweise und den kollektiven Erinnerungen.

• *Jean-Michel Chaumont: »Die Konkurrenz der Opfer. Genozid, Identität und Anerkennung«. Zu Klampen Verlag, München 2001.*

Wie das vorherige Buch beschäftigt sich der Autor mit dem Historikerstreit um den Holocaust, diesmal aus europäischem Blickwinkel. Sein brisantes Resultat ist, dass eine absolute Einzigartigkeit der Judenvernichtung die gerechte Verteilung der Anerkennung unter den unzähligen Opfer von Verfolgung und Vernichtung verhindern würde.

• *Kerstin Freudiger: »Juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts«. Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2002.*

Die Autorin hat auf der Basis von Urteilsanalysen NS-Prozesse untersucht.

• *Eric Friedler, Barbara Siebert, Andreas Kilian: »Zeugen aus der Todeszone. Das jüdische Sonderkommando aus Auschwitz«. Zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002.*

Es kommen überlebende jüdische Häftlinge zu Wort, die als Arbeitssklaven in unterschiedlicher Form am Massenmord mithelfen mussten.

• *Walter Gyßling: »Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933 und Der Anti-Nazi: Handbuch im Kampf gegen die NSDAP«. Donat Verlag, Bremen 2003.*

Der Autor war Archivar des BW (Büro Wilhelmstraße), der Propagandastelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.), und schildert die Rolle dieser jüdischen Organisation, in der er als Nichtjude tätig war, im Kampf gegen Hitler und die NSDAP.

• *Martha Schad: »Frauen gegen Hitler. Schicksale im Nationalsozialismus«. Heyne Verlag, München 2002.*

Die Autorin befasst sich mit Frauen, die aus unterschiedlicher Motivation im Widerstand waren. Dabei geht sie über den politisch motivierten Widerstand wie den der kommunistischen Gruppen oder der Weißen Rose hinaus.

• *Andreas Marneros: »Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters«. Scherz Verlag, Bern 2002.*

Der Autor analysiert als Psychiater das Thema rechtsradikale Gewalt und die deutsche Gesellschaft und entwickelt Ansätze zur Bekämpfung der Gewalt.

• *Alice Brauner-Orthen: »Die neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen«. Verlag Leske + Buderich, Opladen 2001.*

Unter dem Begriff NEUE RECHTE sammeln sich intellektuelle Zirkel und publizistische Organe, die sich der Ideen der Weimarer Konservativen Revolution bedienen und daraus ein programmatisches Konzept entwickelt haben. Die Autorin untersucht ihre Entwicklung von den Siebzigern bis heute, wobei sie u.a. auf die Rolle der Frau, der Neuen Medien, der Verbindungen national und international und die Perspektiven eingeht.

• *El Awadalla: »Heimliches Wissen – Unheimliche Macht. Sekten, Kulte, Esoterik und der rechte Rand«. Folio Verlag, Wien 1997.*

Eine Recherche über die Sektenszene in Österreich und ihre globalen Vernetzungen. Dabei wird neben den wirtschaftlichen Interessen, die hinter den religiösen Anliegen stehen, besonders das nahe Verhältnis zum politisch rechten Rand offen gelegt.

• *Hans-Henning Scharsach, Kurt Kuch: »Haider. Schatten über Europa«. Verlag Kiepenhauer & Witsch, Köln 2000.*

• *Jörg Friedrich: »Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940 bis 1945« Propyläen Verlag, München 2002.*

• *Rainer Hildebrandt: »... die besten Köpfe, die man henkt«. Verlag am Checkpoint Charlie, Berlin 2003.*



Nazidemonstration und Konzert nicht ganz ungestört

Polizeiaufmarsch in Neumünster

Neumünster hat sich in den letzten Jahren zu einem beliebten Aufmarschort für Neonazis entwickelt. Da die norddeutschen Neonazis auch ab und zu in ihrer Region Stärke zeigen müssen und die schleswig-holsteinische Polizei als auch die Stadt Neumünster bereits mehrfach bewiesen haben, dass sie Nazidemonstrationen sowie Nazikonzerte ohne Schwierigkeiten durchführen lassen, bietet sich hier Gelegenheit Politik und Unterhaltung miteinander zu verbinden. So trafen sich am 5. April 2003 in Neumünster etwa 350 Neonazis um zunächst durch die Stadt zu marschieren und anschließend ein Nazikonzert zu besuchen. Die Demonstration verlief keineswegs wie geplant und auch das Konzert konnte nicht zu Ende geführt werden.

Anlass der Demonstration war die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. Anmelder war der NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert. Aufgerufen und mobilisiert wurde jedoch nicht über die NPD, sondern vom Aktionsbündnis Norddeutschland. Dieses stellte auch die Lautsprecheranlage, nachdem im Vorfeld die Lautsprecheranlage der Bundes-NPD verweigert wurde.

Auch die antifaschistische Szene in Neumünster war auf die Demonstration vorbereitet. Trotz der langen Vorbereitungszeit war es jedoch nicht möglich, sich auf eine gemeinsame Gegenaktion zu einigen. So setzte sich die Spaltung der antifaschistischen Kräfte auch diesmal fort: Eine Demonstration des Bündnis gegen Rechts, die zeitlich der Nazidemonstration vorgelagert war, eine Kundgebung von Gruppierungen um die Gewerkschaft verdi und eine dezentrale Aktionsplanung autonomer antifaschistischer Gruppen liefen mehr oder weniger parallel zueinander ab.

An der Demonstration beteiligten sich zwischen 500 und 800 Personen, die Kundgebung blieb mehr oder weniger unspektakulär und unbeachtet. Die dezentralen Aktionen führten zu einigem Durcheinander bei Polizei und Nazis. Schon während des Eintreffens der ersten Nazis wurde einer Gruppe von Anreisenden ein körperlicher Platzverweis erteilt.
Einer größeren Gruppe von AntifaschistInnen gelang bereits vor Beginn der Nazidemonstration zu deren Versammlungsplatz. Sie wurde von Polizeikräften abgedrängt und versuchte später immer wieder am Rande der Demonstrationsroute ihrem Unmut über die hetzerische Propaganda Ausdruck zu verleihen. Weitergehende Aktionen, wie Blockaden waren nicht möglich, da die Polizei mit einem Riesenaufgebot von ca. 1300 Polizisten die Stadt ›besetzt‹ hatte.

Nachdem die Demonstration im Wesentlichen Störungsfrei verlaufen war, nahm die Polizei noch 94 AntifaschistInnen in einiger Entfernung von der Demonstrationsroute fest. Die Polizei behauptete, und dies wurde von der Presse dann auch so übernommen, es sei zu Angriffen auf Polizeibeamte gekommen. Diese Begründung für den Polizeieinsatz war jedoch komplett erfunden. Etwa 200 Personen hatten sich ruhig vor dem AJZ versammelt, als die Polizei plötzlich einen Kessel bildete. Einige Personen konnten fliehen, einige durften gehen, ein System war bei diesem Polizeieinsatz nicht zu erkennen. Alle 94 Personen wurden abtransportiert und in eine Autobahnpolizeistelle verbracht. Es bleibt die Vermutung, daß die Polizei damit hauptsächlich beabsichtigte, möglichst viele AntifaschistInnen von der Straße zu bekommen und weitere Kräfte zu binden, um das ihr bekannte Nazikonzert ungestört über die Runden zu bekommen.

Nach dem Ärger im Vorfeld hatte man gespannt abgewartet, wie viele Nazis sich nunmehr an der Demonstration beteiligen würden. Vertreten waren letztlich jedoch alle Spektren des Lagers der »Freien Nationalisten«. So versammelten sich neben ca. 150 Personen aus der Region ganze Gruppen aus Hessen (Kassel) dem Ruhrpott, Bielefeld, Mecklenburg-Vorpommern, Göttingen, Northeim, sowie kleinere Gruppen aus anderen Bundesländern. Die Beteiligten stammen größtenteils aus dem Umfeld Christian Worchs. Daneben waren noch ca. 20 Personen aus Dänemark und Schweden anwesend.

Im Anschluss an die Demonstration versammelten sich etwa 400 Nazis in einer Lagerhalle im Stadtteil Gadeland. Dort sollte das geplante und auch angemeldete Konzert mit der englischen Band White Law und Ultima Ratio stattfinden. Der Eigentümer der Halle war über diese Nutzung getäuscht worden. Im Gegensatz zu ihrer offiziellen Verlautbarung unterbrach die Polizei das Konzert nicht vor Beginn, sondern in dessen Verlauf. Grund für das Einschreiten dürfte sein, daß sehr offen mit indizierten CDs gehandelt wurde und die Stadt eine Wiederholung während der Ausstellungsdauer mit entsprechendem negativen Image befürchtete. Es kam dann zunächst zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Polizei und Neonazis; kurze Zeit später wurde die Halle dann freiwillig geräumt.

Obwohl Borchert und seine Kameraden sowohl die Demonstration als auch ihr Konzert zumindest überwiegend ungestört durchführen konnten, wurde ihre Freude getrübt. Selbst in Städten wie Neumünster und selbst bei einer zersplitterten antifaschistischen Bewegung ist es also Möglich, den Nazis in ihrem Wirken zu stören. Für die Zukunft sollte dies ein Ansporn sein.



Wikingertage in Schleswig

alles ruhig an der Waterkant?

Im August war es wieder soweit, die neunten Wikingertage fanden auf den Königswiesen in Schleswig statt. Vom 2.8 bis zum 4.8 2002 lockte das »Festprogramm« mit Wikingerdorf und Schauspiel fast 50.000 Besucher auf die Königswiesen. Die Veranstalter sprachen auch in diesem Jahr von einem »familienfreundlichen und friedlichen Fest«.

Dass die Veranstalter die Friedfertigkeit eines solchen Festes in ihrer Presseerklärung besonders hervorheben müssen liegt daran, dass es auf den vorherigen Wikingertagen immer wieder zu ungebetenen Besuchen und Ausschreitungen durch Neonazis kam. Zuletzt wurden im Jahr 2000 Eingangs- und Personenkontrollen sowohl durch einen Sicherheitsdienst als auch durch die Polizei durchgeführt, und zumindest auf den ersten Blick erkennbare Nazis von den Königswiesen abgewiesen. Als eine größere Gruppe von Nazis darauf eine Spontandemo durch die Schleswiger Innenstadt machen wollte, wurden alle Beteiligten in Gewahrsam genommen, und da die Haftkapazitäten in Schleswig nicht ausreichten, nach Flensburg verbracht.

Wer ein solches Verhalten der Veranstalter und der Polizei gegenüber den Neonazis auch in diesem Jahr erwartete, wurde enttäuscht! Schon am frühen Nachmittag konnte beobachtet werden, wie nach und nach kleinere Grüppchen von Nazis von dem Ordnerdienst an den Eingängen durchgelassen wurden und sich auf dem Festgelände verteilten. Teilweise wurden sogar Nazis, die T-Shirts mit Aufschriften wie »Ruhm und Ehre« und »Blood and Honour-Combat 18« trugen, durchgelassen. Die deutsche Sektion der Neonazi-Organisation Blood &Honour, deren Hauptbetätigungsfeld in der Organisation von Nazi-Konzerten und dem Vertrieb von neonazistischen CDs, Videos und T-Shirts liegt, wurde im September 2000 vom deutschen Innenministerium verboten. Als ein Polizeibeamter der auf den Königswiesen stationierten Polizeigruppe auf die Anwesenheit von Nazis mit diesen T-Shirts

Abgesperrt -

während der Wikingertage soll kein Gedenkkreuz den Besuchern die Laune verderben, insbesondere nicht den Altnazis von der »Artgemeinschaft«

Bild unten: »Artgemeinschaft«-Mitglieder unterwegs; mit dabei: Jürgen Rieger (Mitte, mit Bart)



hingewiesen wurde, erwiderte dieser dass er von einem »Verbot« dieser Organisation nichts wisse, und dass die »Glatzen« ja mit ihren Freundinnen kämen und daher kein Handlungsbedarf bestehe. Schon am Abend konnte mensch in einer Pressemitteilung der Polizei lesen, dass 80 Nazi-Skins aus den neuen Bundesländern angereist wären, aber an den Eingängen abgewiesen wurden. Mit dieser Pressemitteilung sollte wohl klar gemacht werden dass die Nazis aus dem »bösen Osten« kämen. Kein Wunder, denn die schleswig-holsteinische Nazi-Szene tummelte sich zu diesem Zeitpunkt schon auf den Königswiesen!

Die »Artgemeinschaft« zu Besuch

Aber nicht nur Nazi-Skinheads tummelten sich an diesem Samstag auf den »Königswiesen«. Auch ein »Betriebsausflug« der Heidnischen Nazi-Sekte Artgemeinschaft unter der Leitung des Hamburger Rechtsanwaltes und Nazi-Kaders Jürgen Rieger konnte mitverfolgt werden. Die Artgemeinschaft welche ihren Name nicht, wie zu Hoffen wäre, aus dem Fakt herleitet, dass es sich um eine aussterbende »Art« von Alt-Nazis handele, sondern sich als eine Art »Elite« sieht, die mit ihren rassistischen Ansätzen und ihrer Blut-und-Boden-Ideologie dem nationalsozialistischen«Ariertum« entspringt. Das Spektrum ihrer Mitglieder reicht vom Alt-Nazi bis hin zum militanten Neonazi. Dass eine solche Organisation die Wikingertage als geeigneten Ort für eine ihrer Gruppenausfahrten nutzt, zeigt, dass die Festivitäten keinerlei offene Distanz zu völkisch-rassistischen Denkmustern aufweisen, so dass auch diese Altnazis sich auf den Königswiesen ganz unter »ihresgleichen« anerkannt fühlten



Das Gedenkkreuz

Die »Königswiesen« sind aber nicht nur durch die Wikingertage bekannt, sondern erlangten am 13. September 2000 eine traurige Berühmtheit, als Malte L. aus Köln von einer Gruppe Neonazis genau auf diesen »Königswiesen« zu Tode getreten wurde. An der Stelle wo dieser Mord begangen wurde steht seit Oktober 2000 ein Holzkreuz mit einer Messingtafel, das an das grausame Verbrechen durch Neonazis erinnern soll. Aber genau dieses Kreuz wurde durch eine Absperrung von dem Festgelände abgetrennt. Ein Versuch, sich dem Holzkreuz zu nähern wurde von einem Mitarbeiter des davor gelegenen Axt-Wurfstandes mit der Drohung verboten, den Security-Dienst zu holen.

Ist das Gedenk-Kreuz ein vom Veranstalter nicht zu akzeptierendes »Symbol« das den Massenwahn um Wikinger, Germanentum und Gottheiten stört? Oder ist es den StadtvertreterInnen der Stadt Schleswig einfach unangenehm, dass 50.000 Besucher daran erinnert werden könnten, dass es auch eine Neonazi-Szene in Schleswig gibt, die in der Lage war, und auch weiterhin in der Lage ist einen Menschen zu töten?

Und dieses Jahr?

Eines ist wohl klar: Das Gelände der Königswiesen gehört erst einmal dem Andenken an Malte L. Und wenn die Veranstalter sowie die Polizei es nicht schaffen die nächsten Wikingertage im Jahre 2004 nazifrei zu gestalten, wird wohl den schleswig-holsteinischen AntifaschistInnen etwas dazu einfallen!

(art)

Nazis auf Antikriegs-diskussion in Lütjenburg

Aufmerksamen *Enough is enough*-LeserInnen dürften die Namen **Jens Lütke** und **Peter von der Born** nicht unbekannt sein. Kurz zur Erinnerung: Dies sind aktive Kader der NPD und der »Freien Kameradschaften«, mit guten Verbindungen zum Club 88 in Neumünster und anderen Nazistrukturen. In der Vergangenheit gab es (teils militante) Auseinandersetzungen mit ihnen in der Kieler Fußgängerzone, als sie dort Flugblätter verteilten. Am Donnerstag, den 23.1. fand in Lütjenburg eine Podiumsdiskussion zum Irakkrieg mit Experten, VertreterInnen bürgerlicher Parteien und FriedensaktivistInnen statt. Nichtsahnend bauten SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) und Friedensforum den Infotisch im Veranstaltungsraum auf und begannen, den »Anti-Kriegs-Psychotest« der SDAJ an die ca. 200 BesucherInnen zu verteilen. Friede und Eintracht wurden jedoch gestört, als **Peter v. d. Born**, **Jens Lütke** und vier weitere Nazis auftauchten, verstreut im Saal Platz nahmen und sich unauffällig verhielten. Völlig überrascht von der Situation, wurde mit den VeranstalterInnen vom Friedensforum gesprochen und überlegt, was zu tun sei; sie wurden über die Situation informiert und aufgefordert, die Faschisten des Raumes zu verweisen. Dies wurde jedoch nicht von allen so geteilt. Schließlich machte der Moderator vor Beginn der Veranstaltung auf die Präsenz der Nazis aufmerksam und kündigte an, diese bei eventuellen Verstößen mit Hilfe der Polizei des Saales zu verweisen. Natürlich gaben sich die Nazis die Blöße nicht; besteht ihre Taktik doch darin, die anständig diskutierenden Demokraten zu spielen und AntifaschistInnen als gewalttätig zu diffamieren. Die Dorfpolizisten, die später erschienen, sahen (natürlich) keinen Grund zum Eingreifen. Diese Strategie ging auch voll auf: Als SDAJ-Genossen mit Unterstützung vereinzelter anderer (junger) Gäste Sprechchöre gegen die Nazis anstimmten, wurden sie von Publikum und Teilen des Podiums aufgefordert, dies zu unterlassen. Die Wirtin des Saales (die Veranstaltung fand in einem Soldatenheim statt!) kündigte sogar an, die protestierenden AntifaschistInnen des Saales zu verweisen, sollten die Sprechchöre unsererseits nicht aufhören. So nahm die Veranstaltung ihren Lauf und die Nazis, immerhin etwas eingeschüchtert, traten auch nicht offensiv auf. Nur **Jens Lütke** konnte es sich nicht verkneifen, seinen antiamerikanischen und antisemitischen Dreck in Frageform geschickt zweimal in der Debatte anzubringen. Auch wurde von den Nazis fotografiert und sie entblödeten sich nicht, ihren Schund in Flugblattform nach der Veranstaltung an den Mann/die Frau zu bringen. (Kostproben: (Irak-Krieg) »Der neue Holocaust«, »Mr. President – befiehl, wir folgen«). Auch wurde natürlich fleißig gegen Israel und die amerikanische »Oneworld«, die angeblich das deutsche Volk versklave, gehetzt. Als Verfasser wurde eine »Initiative gegen den Globalisierungs-Terror« genannt, als »Unterstützerforum« traten auf dem Flugblatt auf u.a. eine »Autonome (sic!) Gruppe Flensburg«, »Weiße Wölfe Rendsburg«, die NPD Kiel sowie der Club 88. Auch wenn es uns nicht gelungen ist, das Friedensforum davon zu überzeugen, dass eine Debatte mit Faschisten nicht möglich ist, so ist es uns immerhin gelungen, **Lütke & Co.** als Nazis zu brandmarken und sie zu irritieren. Auch in Zukunft (Tag X, lokale Anti-Kriegs-Veranstaltungen) werden diese Subjekte versuchen, unter dem Mantel der Kriegsgegner aufzutreten und ihre Propaganda gegen die angebliche »Unterjochung Deutschlands unter die USA«, gegen Israel, die angebliche »jüdische Weltverschwörung«, »US-Globalisierung« etc. unter die Leute zu bringen.

VERSPERREN WIR IHNEN DEN WEG! KEINE PLATTFORM FÜR NAZIS – NIRGENDWO! GEGEN KRIEG, FASCHISMUS UND RASSISMUS!

SDAJ Kiel

Prozess gegen Antifaschisten in Elmshorn

Die Kreisjugendrichterin Lutz hat in einem Prozess im AmtsgerichtElmshorn am 23. Januar dieses Jahres einen jugendlichen Antifaschisten aus Uetersen zu einem 2-wöchigen Jugendarrest wegen gefährlicherKörperverletzung verurteilt. Der Antifaschist war am Rande eines Schützenfestes in Tornesch im Sommer 2002 von acht Faschisten verfolgt, angegriffen und fast umgebracht worden. Er wehrte sich mit einem Nothammer, mit dem er einen der Faschos am Kopf verletzte. Dieser (ebenfalls aus Uetersen stammend) zeigte ihn daraufhin wegen gefährlicher Körperverletzung an. Die Richterin schloss sich der Anzeige an und begründete die Verhängung des Jugendarrestes damit, dass es schließlich eine Provokation des Antifaschisten gewesen sei, sich auf das Schützenfest zu begeben, da er doch vorher gewusst habe, dass sich auf diesem auch viele Nazis treffen würden. Der Antifaschist wird in Revision gehen. Wir unterstützen dies, solidarisieren uns mit dem Verurteilten und werden es nicht hinnehmen, sondern öffentlich machen und bekämpfen, wenn RichterInnen das faschistische Konzept der »national befreiten Zonen« übernehmen und die vom Nazi-Terror Betroffenen verurteilen.

AntifaschistInnen aus Elmshorn, Itzehoe und Uetersen

»Laut gegen rechte Gewalt« in Ludwigslust

In Ludwigslust fand jetzt die letzte Veranstaltung der Reihe »Laut gegen rechte Gewalt« statt, die Anfang des Jahres in Neumünster gestartet wurde und durch mehrere Bundesländer ging. Durch das Elbe-Hochwasser musste die Veranstaltung terminlich nach hinten verschoben werden, so dass das geplante Musikprogramm nicht mehr komplett auf die Bühne zu bringen war. Bei dem Reggae-Ska-Soul-Programm hätte man sich bestimmt auch an Seeed und Rantanplan erfreut, doch so musste man »nur« mit den Brothers Keepers feat. Bantu (der Song »Adriano« heimste natürlich den meisten Applaus ein) und Patrice Vorlieb nehmen. Die rund 300 BesucherInnen waren jedenfalls begeistert. Zwischen den Auftritten gab es Infos von der Bühne über die Organisationen, die sich besonders in Mecklenburg-Vorpommern den Nazis und dem Rassismus entgegenstellen. So wurde besonders die wichtige Arbeit des Betreuungs- und Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt »Lobbi« vorgestellt, aber auch die verschiedenen Schüler-Antifas »Schüler gegen Rechts« samt ihrer pfiffigen Zeitung *Fesche Lola* (Bravo!! – die Red.). Beide Initiativen waren auch mit Infoständen präsent, was auch für den Verein »Demokratie und Toleranz« und die »Amadeu-Antonio-Stiftung« (Berlin) gilt, die die Musiktour ins Leben gerufen hat. Gezielt hatte man sich Ludwigslust als Veranstaltungsort ausgesucht, weil der Neonazi-Mob dort (und in der näheren Umgebung) immer engmaschigere Strukturen aufbaut und Kaderleute platziert. Nicht von ungefähr rühren die ständigen Gedenkstättenschändungen in dem benachbarten Wöbbelin, bei denen die Polizei irgendwie nie Täter ermitteln kann.

Knast wegen Brandanschlag

Vier Nazi-Skinheads sind Ende Januar vom Landgericht Rostock wegen schwerer Brandstiftung zu Haft- und Jugendstrafen verurteilt worden. Sie hatten im Juli einen Brandsatz in das Rostocker Ausländerwohnheim »Sonnenblumenhaus« geworfen. Außerdem demolierten sie mehrere Imbisse und Geschäfte, die von Asiaten betrieben wurden. Ein 21-Jähriger soll vier Jahre und sechs Monate ins Gefängnis, ein 24-Jähriger für ein Jahr und sieben Monate. Zwei 15 und 16 Jahre alte Angeklagte erhielten je zwei Jahre Jugendstrafe. In einem Fall wurde diese zur Bewährung ausgesetzt, im anderen soll dies in einem halben Jahr überprüft werden. Die Täter begründeten ihre Tat damit, dass sie »ein wenig Spaß« haben wollten und ihnen langweilig gewesen sei. Der Vorwurf des versuchten Mordes wurde fallen gelassen. Das Gericht attestierte den Männern eine »dumpfe ausländerfeindliche Einstellung«. Einer wurde als Mitläufer eingestuft. Während der Verhandlung waren Briefe bekanntgeworden, die der Angeklagte Stefan N. (21) aus der Untersuchungshaft schrieb. In einem Schreiben an seine Mutter erklärte er: »Es tut mir leid, dass ich so bin wie ich bin – rechtsradikal!« An einen Freund schrieb Stefan N., er habe ausschließlich Freunde aus der rechten Szene, in der er sich seit neun Jahren bewege. Die faschistische Gesinnung offenbarte sich auch im Zimmer des 15-Jährigen, wo die Beamten Bilder von »Hitler und Hess und Hakenkreuze« fanden.

Sexuelle Belästigung und Heil-Hitler-Rufe:

Ende Oktober musste sich ein rassistischer Skinhead vor dem Amtsgericht in Norderstedt verantworten: dem 18 Jahre alten Angeklagten, der auf ein umfangreiches Vorstrafenregister zurückblicken kann, wurde vorgeworfen, am 31. Januar Rädelsführer einer Schlägerei in der De-Gasperi-Passage gewesen zu sein. Eine »Rauferei« innerhalb der Clique, in der sich der Angeklagte befand, war eskaliert: Er drosch den Kopf seines Kumpanen gegen die Schaufensterscheibe eines Supermarktes. Zwei Wachmänner des Herold-Centers griffen ein, der Angeklagte rastete aus, wurde von den Wachmännern zu Boden gezwungen und bepöbelte sie mit »Verpisst Euch, Ihr Ausländer« und weiteren rassistischen Sprüchen. Auch Zurufe seiner Begleiter, endlich aufzuhören, brachten ihn nicht zur Vernunft. »Der ist eben so, wenn er getrunken hat«, so der misshandelte Freund, der als Zeuge vor Gericht auftrat, aber angesichts des Angeklagten seine bei der Polizei gemachten Aussagen widerrief und sich angeblich nicht mehr erinnern konnte. Als die Sicherheitsbeauftragten den Angeklagten frei ließen, trat dieser einem Wachmann mit seinem Springerstiefel ins Bein.

Anschließend ging er selbst zur Polizei und zeigte den Wachmann, der ihn zu Boden gedrückt hatte, an. Dieses Verfahren wurde eingestellt.

Gegenüber dem Angeklagten wurden Richter und Staatsanwalt indes deutlich und verlasen die Straf-»Karriere« des Hauptschulabgängers ohne Abschluss, der nach vielen Jobs arbeitslos und hoch verschuldet ist, wieder bei seinen Eltern wohnt und eine schwangere Verlobte hat: Mehrfach Körperverletzung im alkoholisierten Zustand, sexuelle Belästigung, Heil-Hitler-Rufe, Absingen des Horst-Wessel-Liedes, Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts. Wegen Körperverletzung, Volksverhetzung und Beleidigung gab es dieses Mal sieben Monate und eine Woche, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, sowie 500 Euro Geldbuße.

Lied-Texte eindeutig faschistisch

Wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organe und Volksverhetzung hat das Amtsgericht Neumünster Mitte Oktober zwei Männer im Alter von 24 und 37 Jahren zu Geldstrafen verurteilt. Die beiden hatten am 18. Dezember 2001 nachts in der Wohnung des 37-Jährigen im Neumünsteraner Vicelinviertel so laut Musik mit faschistischen Texten gehört, dass Nachbarn wegen der Ruhestörung die Polizei riefen. Wegen eines angekippten Fensters im Wohnzimmer habe man damals schon vor dem Haus auf der Straße sehr deutlich hören können, dass die Lied-Texte eindeutig rechtsradikal gewesen seien, sagte vor Gericht eine Polizistin, die im Dezember vor Ort war. Nach ihrer Aussage hatten beide Angeklagte die Texte laut mitgesungen. Der Vorsitzende Richter zitierte während der Verhandlung Textausschnitte der beschlagnahmten CDs, in denen unter anderem offen zur Ermordung von Juden aufgerufen wird. Der 24-Jährige hatte die CDs, die wegen ihres verfassungswidrigen Inhaltes auch auf dem Verbotsindex stehen, damals zu seinem Nachbarn mitgebracht. »Ich hör` so was ab und zu, aber ich gehör` nicht zur rechten Szene«, behauptete der Energieanlagenbauer. Sein Nachbar, der als Kraftfahrer für eine Spedition arbeitet, gab an, die CDs »nur aus Neugier« abgespielt zu haben. »Sonst höre ich so was nicht und ich distanziere mich auch von diesem Unfug«, erklärte der 37-Jährige vor Gericht. Der Richter bewertete das – ohne weitere Nachforschungen anzustellen – als glaubhafte Distanzierung vom rechten Gedankengut und ließ es in seinem Fall bei einer Geldstrafe von 1.800 Euro bewenden. Der 24-jährige damalige Eigentümer der CDs wurde zu einer Strafe in Höhe von 3.500 Euro verurteilt. Zu Gunsten der Angeklagten ging der Richter nicht von dem Tatbestand einer Störung des öffentlichen Friedens aus. Hätte er das getan, hätten die beiden Männer bei der Urteilsbemessung mindestens drei Monate Haft bekommen müssen.

Hamburg: Kino-Spots für Burschenschaft

Wer sich im Oktober in einem der Hamburger Cinemaxx-Kinos einen Film ansah, bekam zuvor neben der üblichen Werbung einen Spot der Deutschen Burschenschaft zu sehen. Unter diesem Namen sind mehrere studentische Männerbünde zusammengefasst, die den Rechtsaußenflügels des Verbindungs(un)wesens an deutschen Hochschulen stellen.

Der Sprecher der Cinemaxx AG, Arne Schmidt, räumt ein, dass den Kinobetreibern selbst unwohl beim Ausstrahlen von Werbung für die Burschenschaften ist. Theaterleiter hätten Bedenken angemeldet. Dennoch habe die Cinemaxx AG die Spots akzeptiert, um einen Prozess zu vermeiden. Die Deutsche Burschenschaft habe zuvor bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern das Ausstrahlen derselben Werbung eingeklagt. Im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist die Cinemaxx allerdings ein privatwirtschaftliches Unternehmen und nicht zur inhaltlichen Ausgewogenheit verpflichtet. Eingekauft wird die Kinowerbung nicht von der Cinemaxx selbst, sondern von einem Werbemittler. Laut Schmidt gibt es auch inhaltliche Richtlinien, so dass beispielsweise keine Zigarettenwerbung vor Kinderfilmen gezeigt werden darf. Mit dem Spot wirbt die Burschenschaft um neue Mitglieder.

Urkundenfälschung: NPD-Funktionär verurteilt

Die NPD hat sich 2001 die Zulassung zur Landtagswahl in den Wahlkreisen Reutlingen und Münsingen-Hechingen mit gefälschten Unterschriften erschlichen. Wegen Urkundenfälschung verurteilte das Reutlinger Amtsgericht Ende Oktober 2002 den Geschäftsführer des Landesverbandes der NPD, **Janus Nowak**, zu einer Geldstrafe von 5.000 Euro. Weil die Partei in den Wahlkreisen Reutlingen und Münsingen-Hechingen nicht die erforderlichen Unterschriften von 150 Unterstützern erhielt, manipulierte sie nach Ansicht der Richter die Wahlformulare und schaffte so die Zulassung zur Landtagswahl 2001. Den beiden Angeklagten, **Nowak** und **Frank Marschner** (Offenbach), könnten die Fälschungen nicht eindeutig nachgewiesen werden, so die Richter. **Nowak** habe allerdings gewusst oder zumindest billigend in Kauf genommen, dass die Formulare für den Wahlkreisleiter nicht in Ordnung waren. Den zweiten Angeklagten sprach das Gericht frei.

Vom Vorwurf der Wahlfälschung sprach der Richter den Funktionär zwar frei, die Staatsanwaltschaft Tübingen will jedoch in Berufung gehen. Der leitende Oberstaatsanwalt Hans Ellinger sagte, es gelte, die Rechtsfrage grundsätzlich zu klären, ob die Urkundenfälschung auch als Wahlfälschung zu werten sei.

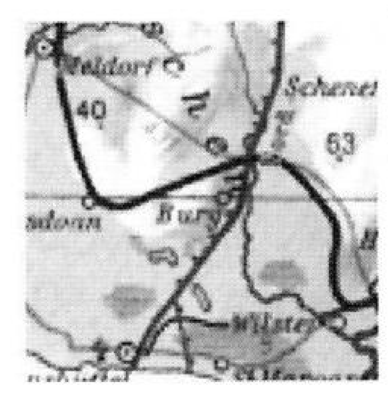


Nachrichten aus der Region

Schon gehört



Zwei bekannte Nazischläger aus Neumünster mussten sich im Oktober vor dem Amtsgericht wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten. **Mike Hachmann** (30) und **André Harnack** (24) waren angeklagt, am 16. April 2001 bei einem Streit ihr Opfer brutal zusammengeschlagen zu haben. Das ganze hat sich in der Diskothek »Sky« und direkt davor abgespielt. Die Naziskins stellten sich als Opfer dar und beriefen sich auf Notwehr. **Harnack** wurde aber schließlich nach Zeugenaussagen als Täter überführt. Die Quittung: Acht Monate Haft, ausgesetzt zu zwei Jahren Bewährung. **Hachmann** war dem zweiten Verhandlungstermin ferngeblieben, so dass sein Verfahren abgetrennt wurde. Es ist stadtbekannt, dass das »Sky« sich eines den Nazi-Skinheads zuzurechnenden Personenkreises bedient, um Türsteherdienste und Security zu verrichten. Auseinandersetzungen sind da programmiert, zumal männlichen Besuchern mit ausländischem Aussehen zumeist der Zutritt verweigert wird. Der »Sky«-Betreiber leugnet Verbindungen zum Neonazi-Dunstkreis, dagegen sprechen eigene Beobachtungen, zum Beispiel, was die Person **Tim Bartling** angeht, der sich zuletzt mit Kameraden ganz auf seine Kampfsportaktivitäten konzentriert hat und nur deshalb nicht mehr mit dem »Club Heil Hitler« in Verbindung gebracht wurde.



Wegen Volksverhetzung stand der 23-jährige **Tim Schattowitz** aus Burg vor dem Amtsgericht Meldorf. Im März gab es in seinem Verlag eine Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion der Polizei. Man wollte gezielt Bücher mit antisemitischen Hetztiraden sicherstellen, was dann auch erfolgte. Immerhin in 2.500 bzw. 8.000 Exemplaren hatte **Schattowitz** verlegerisch verantwortlich agitiert. Schattowitz wollte sich damit herausreden, dass es sich um Nachdrucke gehandelt habe, die schon über Jahre auf dem Markt erhältlich gewesen seien. Seinen Leserkreis ordnete er unumwunden dem »rechten Spektrum« zu. Im Prozess berichtete der wortgewandte Dithmarscher auch über sein Wirken in der NPD und in deren Jugendorganisation JN.

Vor dem Amtsrichter zeigte sich der Angeklagte reumütig: »Ich bin da blauäugig rangegangen. Ich würde solch ein Buch nicht noch mal auflegen.« Juristisch wähnte er sich aus dem Schneider, weil er jedem Buch einen Zettel beigepackt haben will, auf dem er sich von dem Inhalt distanzierte und darauf hinwies, dass die Werke nur dokumentarischen, wissenschaftlichen oder bibliophilen Zwecken dienen dürften. Aus Sicht von Staatsanwaltschaft und Gericht soll dies plausibel gewesen sein, sodass das Verfahren eingestellt wurde. Der Verlag ist im Laufe der Ermittlungen in die Insolvenz gegangen.



Wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung musste sich der Ludwigsluster NPD-Aktivist **Klaus Bärthel** am 18. November mit zwei weiteren Beschuldigten vor dem Amtsgericht Ludwigslust verantworten. Die Schweriner Staatsanwaltschaft, die im Juni Anklage gegen die drei Männer erhoben hatte, gab gestern den Termin für den Prozessauftakt bekannt.

Die Angeklagten sollen im vergangenen Jahr in der rechtsextremen Zeitschrift *Zentralorgan* zu Übergriffen auf Ausländer aufgerufen haben (wir berichteten). Wie Oberstaatsanwalt Hans-Christian Pick mitteilte, wird den Beschuldigten vorgeworfen, rund 2.000 Exemplare mit dem Titel »Nationalbefreite Zonen – Kameraden beschafft sie euch« verkauft und verteilt zu haben.

Bärthel leitet den Verlag und war bereits in Hamburg für die Titelzeile »Juden raus ... aus Österreich« zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Vor vier Jahren zog der 63-jährige Rentner von Hamburg nach Mecklenburg-Vorpommern. Er gilt als Aktivist der rechten Szene. Bei den Mitangeklagten handelt es sich den Angaben zufolge um einen 35-jährigen Mann aus dem Raum Ludwigslust und einen 32-Jährigen aus dem Raum Hamburg.

Extreme Rechte: Bundestagswahl bei 1,8 Prozent

Insgesamt gut 1,8 Prozent der Zweitstimmen haben *REP*, *NPD* und *PRO* bei der Bundestagswahl auf sich vereinigen können. Davon entfielen 215.232 auf die *NPD* (0,4 %), 280671 auf die *REP* (0,6 %) und 400.476 auf Schills *Partei Rechtstaatliche Offensive* (PRO). Hinzu kommen noch einige zehntausend Stimmen für Kleinstparteien wie die *Christliche Mitte* oder die *Bürgerbewegung Solidarität*.


Das beste Ergebnis erzielte die NPD in Sachsen mit 1,4 Prozent der Zweitstimmen, was ein leichter Zuwachs ist. Im Wahlkreis 159 (Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis) kam die NPD auf 2,2 Prozent, wobei drei Gemeinden aus dem Einzugsbereich der Skinheads Sächsische Schweiz mit 9,4 Prozent (Reinhardtdorf/Schöna), 8,4 Prozent (Kurort Rathen) und 4,6 Prozent (Königstein) besondere Beachtung verdienen. Dort lagen die Erststimmenprozente sogar noch über den genannten Zahlen. Dies gilt auch für Sebnitz mit 5,1 Prozent Erststimmen. In Brandenburg erreichte die NPD 1,5 Prozent der Stimmen. Auch wenn es insgesamt nicht für die Wahlkampfkostenerstattung reichte, muss dennoch beachtet werden, dass die NPD ihre Zweitstimmen im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 fast verdoppelt hat. Die Parteiführung der neofaschistischen Partei hat aus dem Ergebnis den Schluss gezogen, die Strukturen in den kommenden Jahren insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern auszubauen. Zugleich rief sie REP und DVU zu einem engeren Zusammengehen auch bei Wahlen auf.

Ergebnisse der Parteien rechts von CDU/CSU in Norddeutschland Bundestagswahl 2002*

Wahlkreis	REP	NPD	PRO (Schill)
Schleswig-Holstein			
1 – Flensburg / Schleswig	0,1 (0,4)	0,2 (0,1)	0,8
2 – Nordfriesland / Dithm.-Nord	0,1 (0,2)	0,2 (0,2)	1,0
3 – Steinburg / Dithm.-Süd	0,1 (0,2)	0,3 (0,2)	1,6
4 – Rendsburg / Eckernförde	0,1 (0,2)	0,2 (0,2)	1,1
5 – Kiel	0,2 (0,5)	0,4 (0,1)	1,3
6 – Plön / Neumünster	0,2 (0,4)	0,3 (0,2)	1,3
7 – Pinneberg	0,1 (0,3)	0,2 (0,1)	2,4
8 – Segeberg / Stormarn-Nord	0,1 (0,5)	0,2 (0,1)	2,0
9 – Ostholstein	0,1 (0,3)	0,3 (0,1)	1,0
10 – Hzgt. Lauenburg / St`m-Süd	0,1 (0,6)	0,3 (0,2)	2,4
11 – Lübeck	0,2 (0,7)	0,4 (0,3)	1,4
Hamburg			
19 – Hamburg-Mitte	0,2 (0,7)	0,3 (0,1)	4,6
20 – Hamburg-Altona	0,1 (0,5)	0,2 (0,1)	3,4
21 – Hamburg-Eimsbüttel	0,1 (0,5)	0,1 (0,1)	3,5
22 – Hamburg-Nord	0,1 (0,4)	0,1 (0,1)	2,9
23 – Hamburg-Wandsbek	0,1 (0,6)	0,3 (0,2)	4,9
24 – Hamburg-Berged./Harburg	0,2 (0,7)	0,3 (0,1)	5,5
Mecklenburg-Vorpommern			
12 – Wismar-NW-Mecklenburg	0,2 (0,4)	0,5 (0,6)	2,0
13 – Schwerin – Ludwigslust	0,1 (0,4)	0,8 (0,6)	1,7
14 – Rostock	0,1 (0,3)	0,5 (0,9)	1,4
15 – Stralsund – N`vorpommern	0,3 (0,7)	0,9 (1,4)	1,9
16 – Greifswald – O`vorpommern	0,4 (0,7)	1,2 (1,4)	1,5
17 – Bad Doberan - Güstrow	0,4 (0,4)	0,7 (0,8)	1,6
18 – Neubrandenburg - Strelitz	0,4 (0,9)	1,1 (1,3)	1,5 *

* Ergebnisse von 1998 in ( )

Die REP verloren gegenüber der Bundestagswahl 1998 1,3 Prozent der Stimmen. Selbst in der früheren Hochburg Baden-Württemberg konnte sie nur 1,1 Prozent der Stimmen erringen. Allerdings bekommt die extrem rechte Partei Wahlkampfkostenerstattung in Höhe von 950.000 Euro ausgezahlt. Die REP, die noch über eine Vielzahl kommunaler Abgeordneter in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg verfügen, wollen sich nun auf die Landtagswahl in Bayern im kommenden Jahr sowie die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg konzentrieren. Aufgrund der verschlechterten Finanzlage müssen dort aber jetzt Geschäftsstellen auf Kreisebene geschlossen werden. Der Parteivorsitzende Rolf Schlierer wurde Anfang November auf einem Parteitag im bayerischen Deggendorf erneut in seinem Amt bestätigt, obwohl es trotz der Kaltstellung von Christian Käs weiterhin Kritik an Schlierers Amtsführung gibt. Insbesondere der Abgrenzungskurs gegenüber NPD und DVU ist noch immer umstritten; einer engeren Zusammenarbeit verweigert sich Schlierer jedoch weiterhin; dringendere Aufgaben sieht er in der »Schaffung einer eigenen medialen Basis« und in der »Gewinnung eines politikfähigen Funktionspersonals«.



Bundestagswahlkampf der NPD in Kiel, von oben:

Kundgebung Rathausplatz am 21.9.2002;

Flugblattaktion ein einem Kieler Randbezirk am 14.9.2002;

Flugblattaktion Kieler Innenstadt am 20.9.02, die kurzfristig von AntifaschistInnen beendet wurde;

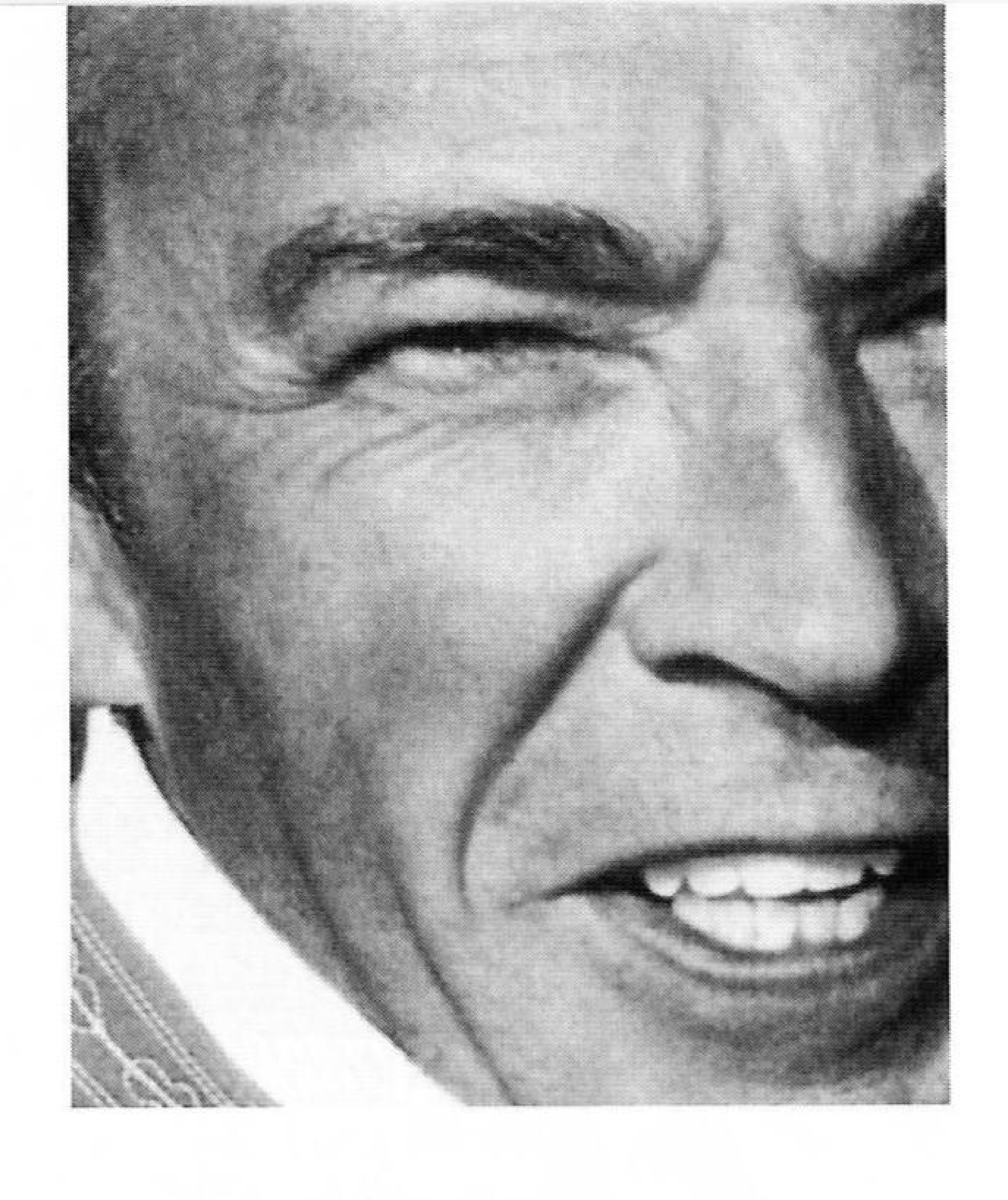
Nächtliche Flugblattaktion vor dem Kieler CAP 21.9.02.

Wahl 2002

In Schleswig-Holstein konnte die NPD fast überall prozentual zulegen, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau. Allerdings hat sie die REP, die im Norden organisatorisch de facto nicht mehr vorhanden sind, überholt.

In Mecklenburg-Vorpommern hat die NPD an Zuspruch etwas verloren. Dies liegt daran, dass sie ihren aufwendigen Wahlkampf von 1998 dort nicht wiederholt hat und bei ihren Aktivitäten auch nicht so stark von den „Kameradschaften" unterstützt wurden. Bei den zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen hat sie im Schnitt auch verloren, im Raum Ludwigslust allerdings zugelegt. Dort ist einer der Schwerpunkte neonazistischer Agitation. Auf vergleichsweise hohem Niveau sind auch die Ergebnisse im Uecker-Randow-Kreis (1,5 bzw. 2 Prozent) sowie in Ostvorpommern (1,2 bzw. 1,8 Prozent).

Insgesamt ist das Abschneiden der Parteien rechts von CDU/CSU durch verschiedene Faktoren zu erklären: der polarisierte Wahlkampf zwischen Stoiber und Schröder, die fortgesetzte Uneinigkeit der extremen Rechten und die Besetzung zentraler Themen wie Einwanderung und »Ruhe und Ordnung« durch die sogenannte gesellschaftliche und politische Mitte sowie das Fehlen einer rechten Führer-Figur. Angesichts des Fortbestehens von rassistischen und nationalistischen, sozialdarwinistischen und antisemitischen Einstellungen kann sich die randständige Lage der extremen Rechten rasch ändern.



Erdrutschsieg für ÖVP

FPÖ am Ende ?

5,9 Millionen wahlberechtigte ÖsterreicherInnen konnten am 24. November über die neue Regierung abstimmen. Deutlicher als erwartet ging die ÖVP unter Wolfgang Schüssel als Siegerin aus der Wahl hervor. Sie gewann 15,4% dazu und kann nun rechnerisch mit allen übrigen im Nationalrat vertretenen Parteien – SPÖ, Grüne und FPÖ – koalieren. Die grössten politischen Übereinstimmungen bestehen nach wie vor mit der FPÖ. Den Sturz der FPÖ von einstmals 26,9% auf nun 10,2% sehen die meisten BeobachterInnen als dauerhaften Rückschlag für Haider und die FPÖ.

Kurz vor dem Wahltermin lagen rot-grün und schwarz-blau in den Umfragen noch etwa gleich auf. Die Neuwahlen waren angesetzt worden, nachdem es in der FPÖ aufgrund inhaltlicher Differenzen zu Streit gekommen war. Als Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und Finanzminister Karl-Heinz Grasser im August die FPÖ-Parteilinie verließen und gegen eine versprochene Steuerreform sowie für eine bedingungslose EU-Osterweiterung eintraten, kippte die Parteibasis unter Anleitung Haiders die beiden aus ihren Ämtern. Wolfgang Schüssel nutzte die Gunst der Stunde und rief mit Hilfe der Sozialdemokraten Neuwahlen aus. Der rasante Verfall der Rechtskoalition ist nur zum Teil selbstzerstörerischen Aktionen zuzuschreiben. Aus Brüssel kam nach der Wahl 1999, in der die FPÖ nach den Sozialdemokraten (SPÖ) und knapp vor der ÖVP zweitstärkste Kraft geworden war, die indirekte Aufforderung, Haider möge weder ein Amt in der Regierung noch eines an der Parteispitze bekleiden. Schüssel blieb es vorbehalten, diese Botschaft seinem Duz-Freund Haider zu vermitteln. Dieser trat denn auch als FPÖ-Chef zurück. ÖVP-Chef Schüssel hatte vor drei Jahren selbstgerecht verkündet, er werde den politischen Berserker Haider schon bändigen. Bernhard Görg, früherer ÖVP-Chef der Hauptstadt Wien, hatte damals als einziger im Volksparteivorstand gegen die FPÖ/ÖVP-Koalition gestimmt. Sein Argument: Eine Regierung sei keine Resozialisierungsanstalt.

In den FPÖ-internen Auseinandersetzungen wurde auf dem Sonderparteitag im burgenländischen Oberwart mit 92,2 Prozent der Delegiertenstimmen zunächst Mathias Reichhold mit dem Parteivorsitz betraut, aber nach kurzer Zeit von Haiders Leuten abgesägt. Haider-AnhängerInnen hatten verlangt, der Kärntner Regierungschef müsse auf der Liste der KandidatInnen einen der vorderen Plätze bekommen. Dies hatte Reichhold verweigert; Haider zog sich daraufhin zunächst aus den Wahlkampf-Aktivitäten zurück. Im Land Kärnten, in dem Haider Regierungschef ist, wurde Reichhold auch nicht auf den Wahlplakaten abgebildet. Nach nur 40 Tagen an der FPÖ-Spitze warf er das Handtuch; offizielle Begründung: Herzrhythmusstörungen. In der Folge wurde Herbert Haupt, ein Gefolgsmann Haiders, zum Parteivorsitzenden gekürt; zugleich wurde der Ruf nach Haider als Retter in der Not immer lauter. So sagte etwa der niederösterreichische Parteisekretär Franz Marchat, Haider sei der einzige, »der in der schwierigen Situation das Ruder noch einmal herumreißen könnte«.

Schließlich war Anfang November klar, dass Haider auf Listenplatz 15 kandieren würde - auf einem derzeit aussichtslosen Platz. Dennoch kommentierten die Zeitungen, dass die »legendären Verzichtserklärungen vorgereihter Mandatare bereitliegen, sollte Haider wieder Heimweh nach Wien haben«. Auf den vorderen Listenplätzen treten durchgängig Haider-Getreue FPÖ-Aktivisten an. Der Papierindustrielle Prinzhorn wiederholte die Position, dass die FPÖ »den sozial Benachteiligten, den kleinen Leuten, helfen« wolle und versuchte damit erneut, verbreitete Vorbehalte und Kritik in der Bevölkerung gegen das (politische) Establishment in eine Unterstützung der FPÖ umzumünzen.

Schon vor der Wahl hatte Haider weitreichende Änderungen für die FPÖ angekündigt. Sollte die Partei bei den Nationalratswahlen weniger als 15 Prozent der Stimmen erhalten, so hatte er angekündigt, »mit einigen Getreuen die Partei wieder übernehmen« zu wollen. Im Wahlkampf gab er gerne das »einfache Parteimitglied«; tatsächlich aber bekam er von der Partei Spesengeld in Höhe von beinahe 700 Euro täglich.

Gegen die parteiinterne Opposition wie gegen den Regierungschef Schüssel (»treulos«) teilte Haider kräftig aus. Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, Karl-Heinz Grasser (Finanzminister) und den ehemaligen FPÖ-Fraktionschef Peter Westenthaler wolle er »nie mehr in einer FPÖ« sehen, sagte Haider dem Nachrichtenmagazin *Profil*. Sie seien »Schwächlinge«, die »einer Partei, der sie alles zu verdanken haben, davonlaufen«. Ausserdem deutet er an, Riess-Passer, Grasser und FPÖ-Verteidigungsminister Scheibner hätten sich bei der Beschaffung von Abfangjägern kaufen lassen. In der Partei kursierten zudem anonyme Dossiers, die Riess-Passer, Grasser und den ehemaligen FPÖ-Spitzenmann Peter Westenthaler in die Nähe der »Scientology Sekte« rückten. Zugleich versuchte Haider den WählerInnen eine Stimmabgabe für die FPÖ mit dem Argument schmackhaft zu machen, dass nur dies rot-grün bzw. eine Rückkehr zu den »alten rot-schwarzen Zuständen« verhindern könne.

Nationalratswahl in Österreich

Partei	in % 2002	Mandate 2002	in % 1999	Mandate 1999	in % 1995
SPÖ	36,9	69	33,4	65	38,1
ÖVP	42,27	79	26,9	52	28,3
FPÖ	10,16	19	27,2	53	21,9
Grüne	8,96	16	7,1	13	4,8

Schüssels (Wahlkampf-)Strategie zielte darauf ab, möglichst viele der bisherigen FPÖ-WählerInnen zur ÖVP hinüberzuziehen. Dies gelang: Von den 850.000 WählerInnen, die die FPÖ verlor, gaben 602.000 nun der ÖVP ihre Stimme. Im Vergleich zur letzten Nationalratswahl verlor die FPÖ überdurchschnittlich viel bei den ArbeiterInnen (von 45% auf 18%), den Selbständigen (von 33% auf 11%) und bei männlichen Wählern (von 32% auf 12%). Ein wichtiger Aspekt des ÖVP-Vorgehens war die Besetzung klassischer FPÖ-Themen; so verschärfte die Schüssel-Partei ihren Kurs gegen Flüchtlinge und sicherte sich so Sympathien beim FPÖ-Anhang. Als großer Coup Schüssels gilt das erfolgreiche Werben um Finanzminister Grasser, der in Österreich über die FPÖ-AnhängerInnen hinaus hohe Sympathiewerte erhält. Diesem hatte der Regierungschef das Angebot gemacht, nach der Wahl in einer von der ÖVP getragenen Regierung dieser als »unabhängiger« Finanzminister anzugehören. Grasser hat zugesagt, will aber nicht aus der FPÖ austreten, sondern seine Mitgliedschaft ruhen lassen. Grassers Entscheidung (»Die Republik hat mich gerufen«) wurde von führenden FPÖ-Politikern wie Haider oder Haupt als »Verrat« bezeichnet. Schon zuvor hatte Haider mit antisemitischem Unterton über Grasser gesagt, dieser wolle »ja einen Job in den USA und braucht offenbar das Wohlwollen der Ostküste, da kann ihm eine araber-freundliche Politik ja nicht hilfreich sein« (Grasser hatte Haiders Irak-Reisen scharf kritisiert).

Das Wahldesaster hat die Krise der FPÖ verschärft. Zunächst trat Haider als Kärntner Landeshauptmann zurück; kurz darauf widerrief er diesen Schritt unter Berufung auf das Drängen von Parteimitgliedern nach sechsstündiger Vorstandssitzung. Uneinigkeit besteht jedoch hinsichtlich des weiteren Verhaltens: während Haider sich zunächst für eine Regeneration der FPÖ in der Opposition aussprach, schloss er sich später der Ansicht anderer Spitzenfunktionäre der Partei an, die eine Fortsetzung der Koalition mit der ÖVP befürworteten. Selbst Finanzminister Grasser soll weiter für die FPÖ Minister sein.

Unmittelbar nach der Wahl hatte eine Säuberungskampagne in der FPÖ eingesetzt, die zu Lasten der Haider-Kritiker in der Partei ging. Sie reichte bis hinunter in die Gemeinderäte, wurde jedoch schon zwei Tage später gestoppt, weil die innerparteilichen Proteste gegen diese Massnahme erheblich waren. Während nun die FPÖ-Landesgruppen Niederösterreich und Salzburg die Parteiausschlüsse aufrecht erhalten, erwägt die Vorarlberger FPÖ nach Aussagen ihres Vorsitzenden Gorbach die Abspaltung von der Partei. Auch die Gerüchte, beim FPÖ-Sonderparteitag Anfang Dezember werde ein Haider-Gegner für das Amt des Vorsitzenden kandidieren verstummen nicht. Für die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP dürfte bedeutender sein, ob die FPÖ-Abgeordneten aus Sicht der ÖVP zuverlässig eingebunden werden könnten. Für eine Mehrheit wären 13 der 19 FPÖ-Abgeordneten nötig; zehn der 19 gehören aber zu den sog. »Knittelfeldern«, die den Putsch gegen Ries-Passer u.a. durchführten.

Schließlich sieht sich die FPÖ einer durch aufwendige Wahlkämpfe und teure Themen-Kampagnen verursachten Finanzkrise gegenüber: sie verliert drei Fünftel der bisherigen Parteienfinanzierung, d.h. gerechnet auf eine Legislaturperiode fehlen ihr über 20 Millionen Euro. Dies kann sich noch verschärfen, wenn die FPÖ auch in den Landtagswahlen schlecht abschneidet, so im März in Niederösterreich. Dort steht Ernest Windholz an der Sitze der FPÖ – ein getreuer Haider-Hardliner, der den SS-Treueschwur »Unsere Ehre heißt Treue« öffentlich verbreitete.

Trotz ihrer schweren Wahlniederlage bemüht sich die FPÖ intensiv darum, wieder in die Regierung aufgenommen zu werden. Welche Forderungen auch immer die ÖVP aufstellt, die Blauen reden von einem »hohen Maß an Übereinstimmung« oder gar davon, dass diese Vorschläge »ohnehin zum größten Teil aus den Denkfabriken der FPÖ« stammten. Eine Koalition mit der FPÖ bekäme Schüssel praktisch zum Nulltarif - aber mit einem unwägbaren Risiko: Keiner legt die Hand dafür ins Feuer, dass die innerlich zerrütteten Freiheitlichen nun zu jenem stabilen Regierungspartner würden, den Schüssel will und den Bundespräsident Thomas Klestil verlangt.

Seit Wochen nun schon führt der ÖVP-Chef mit den anderen drei Parlamentsparteien »Sondierungsgespräche«; mit wem er aber koalieren will - mit den Sozialdemokraten, der FPÖ oder den Grünen -, das hat er bisher nicht einmal in Ansätzen sichtbar gemacht. Wie auch immer die Koalitionsverhandlungen ausgehen werden; viele Kolumnisten reden davon, dass in Österreich dem Rechtspopulismus der Boden entzogen worden sein. Ob das so ist, wenn etwa die ÖVP ihre Hetze gegen Flüchtlinge (»populistisch«) verschärft, sei dahingestellt. Die Krise der FPÖ ist unübersehbar, ob sie sich nicht doch erholt, aber nicht ausgemacht.

Konrad Fellbach

Griechenland:

Deutsche Kriegsverbrechen und die Spuren in der Gegenwart

Floria und Kandanos sind zwei kleine Bergdörfer auf Kreta – zwei von vielen Orten – in denen Bewohner und Bewohnerinnen während Invasion und Besatzungszeit (1941 – 1945) von deutschen Wehrmachts- und SS-Einheiten ermordet wurden.

An diesen Orten sind immer noch Spuren zu finden, die bis in die Gegenwart führen, aber nicht nur auf der Seite derjenigen, die Opfer der Angriffe wurden, sondern auch auf der Seite der Täter. Es wird eine Traditionspflege betrieben, die eine Verdrehung des Verhältnisses von Opfern und Tätern verfolgt, die eigenen kriegerischen Handlungen verherrlicht, die Verbrechen verharmlost. Das »offizielle« Deutschland hat bis heute zu den in Griechenland begangenen Verbrechen ein ignorantes und selbstherrliches Verhalten gezeigt, sich der Verantwortung entzogen und mit abenteuerlichen juristischen Konstruktionen und wirtschaftlicher Nötigung die Verfolgung der Täter durch die Justiz verhindert.

Langgezogene Schatten werfen sich auf die Straße, die sich durch die kahle kretische Berglandschaft, der Lefkí Óri, schlängelt. In Floria, einem kleinen Dorf, mitten auf der Insel, erklingt kretische Musik aus dem Innenraum eines Cafenions, davor, auf kleinen, grün gestrichenen Stühlen sitzen drei Männer, trinken Kaffee, lassen ihre Finger mit dem Kompoloi, einer Art Gebetskette, spielen.

Ein Wohnmobil mit deutschem Kennzeichen rollt die Straße herunter und hält einige Meter entfernt. Ein älteres Paar steigt aus, überquert die Straße, steigt eine Steintreppe hinauf, um ein Monument zu betrachten, liest und fotografiert. Die Steine zeigen ein Wehrmachtskreuz, die Inschrift spricht vom deutschen Vaterland und ermordeten deutschen Soldaten. Es ist ein deutsches Ehrenmal, das 1941 von den Nazis gut sichtbar aufgestellt wurde.

Das Paar wendet sich den drei Gedenksteinen auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu. Auf diesen Gedenksteinen stehen die Namen der Dorfbewohner, die 1941 in den Kämpfen gegen die Wehrmacht oder bei von diesen begangenen Verbrechen, in der Sprache der Militärs »Vergeltungsaktionen« genannt, ermordet wurden. Einige Nachnamen stehen ein, zwei, dreimal drauf. Diese Gedenksteine wurden dem deutschen Kriegsehrenmal als eine Art Antwort gegenübergestellt.

Die deutschen Touristen betreten nach Betrachtung der Denkmäler das Cafenion, setzen sich an einen Tisch und bestellen etwas zu trinken.

Im April 1941 hatte die Wehrmacht ohne Kriegserklärung von Bulgarien aus das griechische Festland überfallen. Die Invasion deutscher Truppen wurde von der NS-Führung entschieden, nachdem die italienischen Truppen und faschistischen Bündnispartner an der bulgarisch-griechischen Grenze aufgrund des erfolgreichen Widerstandes der griechischen Armee zurückweichen mussten. Im Mai 1941 folgte mit einer Luftlandeoperation deutscher Fallschirmjägertruppen der Überfall auf die Insel Kreta. Mit der militärischen Invasion und der Unterwerfung Griechenlands wurde das Ziel der Vertreibung der britischen Truppen, dem Bündnispartner der griechischen Armee aus dem östlichen Mittelmeerraum und die Eroberung des griechischen Territoriums aus militärstrategischen Gründen verfolgt. Griechenland und Kreta sollten als Nachschub- und Absprungbasis für militärische Operationen in Nordafrika und als Rückendeckung für den im Sommer 1941 geplanten Überfall auf die Sowjetunion genutzt werden. Außerdem wurde während der Okkupationszeit von den deutschen Besatzern ein Raubzug an Menschen, Rohstoffen und Material begangen.

Gegen den erbitterten Widerstand gingen die Wehrmachts- und SS-Einheiten mit brutalen Mitteln gegen Partisanen und Zivilisten vor, die als Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen bezeichnet wurden.

Lebendige Traditionspflege

Deutsche Ehrenmäler auf Kreta sind nicht Ausdruck einer zu Stein gewordenen Geschichte, es sind Orte, an denen jährlich von deutschen Traditionsverbänden und Bundeswehrangehörigen der gefallenen deutschen Soldaten gedacht wird. Diese Traditionsfeiern, das Auftauchen und die Haltung der uniformierten und auch zivil gekleideten Deutschen wird von einigen Bewohnern als Provokation und Respektlosigkeit wahrgenommen. Es gibt aber auch den Bürgermeister der Dörfer Floria und Kandanos, der wiederum an den Feiern teilnimmt und zusammen mit den Traditionalisten auf beiden Strassenseiten Kränze niederlegt.

Auf die Frage nach den Beweggründen für die Teilnahme an derartigen Feiern, ist in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Bürgermeister keine erklärende Antwort zu finden. Die Existenz und die Toleranz gegenüber dem Ehrenmal wird religiös begründet. Das Ehrenmal würde als eine Art Totenstätte anerkannt werden, so die Erklärung von zwei Bewohnern.

In der Zeitschrift des Kameradenkreises der Gebirgsjäger *Die Gebirgstruppe* werden die Feiern dem entgegen als Akte der Versöhnung und Völkerverständigung dargestellt.

»Denn die Erinnerung ist nicht bloss eine Fotografie, nicht die Momentaufnahme eines gewaltätigen Ereignisses, das vor siebenundfünfiz Jahren seinen Abschluss fand. Unsere Erinnerung ist ein Film von siebenundfünzigjähriger Dauer. Ein Film über den deutschen Umgang und Nicht-Umgang mit diesem gewaltätigen Augenblick, mit der grausamsten Zeit der deutschen Geschichte. Ein Film, der täglich weitergedreht wird in wechselnder Regie und simultan in quälender Zeitlupe vor- und rückwärts auf unser Leben projiziert wird.«
Argyris N. Sfountouris



Die deutschen Touristen sind inzwischen wieder in ihr Wohnmobil gestiegen und zum nächsten Ort weitergefahren. Der junge Kellner räumt den Tisch ab und steckt die auf dem Tisch liegenden Münzen ins Portemonnaie. Die an den Straßenseiten stehenden Steine schimmern in der Abenddämmerung. Es klackern die Kompolois zwischen den Fingern der ansonsten bewegungslos sitzenden Männern.

Ist das das mikrokosmische Abbild des seit Jahrzehnten zwischen Griechenland und der Bundesrepublik bestehende Verhältnisses bezüglich der Aufarbeitung der Morde und der Zerstörung, bei dem ökonomische Interessen und Abhängigkeiten gegen Verfolgung, Anklage der Verbrechen und gegen Entschädigungszahlungen aufgerechnet und ausgespielt werden?

In der Nähe des NATO-Stützpunktes *Soúdabay*, an der Nordküste Kretas, liegt der deutsche Soldatenfriedhof Malème, ebenfalls ein zentrales Ausflugsziel deutscher TouristInnen und natürlich auch von Faschisten und Traditionalisten ist. Der Soldatenfriedhof, Pflegestätte des Volksbundes der deutschen Kriegsgräberfürsorge, erstreckt sich über einen Berghang, der von den Nazis Höhe 107 genannt wurde und auf dem im Mai 1941 im Rahmen der Luftlandeoperation *Unternehmen Merkur* über 9 000 deutsche Fallschirmjäger landeten, um die Insel zu besetzen.

Auch an diesem Ort findet jährlich der sogenannte Kretagedenktag statt. So versammelten sich zum 60. Jahrestag der »Schlacht um Kreta« im Mai 2001 auf dem Soldatenfriedhof Maleme Veteranen, Angehörige vom Kameradschaftskreis der Gebirgstruppe und vom Bund der Deutschen Fallschirmjäger (BDF) – Verbände, zu deren Mitgliedern auch aktive Bundeswehrangehörige zählen – und liessen sich zwischen den über 4.000 Grabplatten, vereint mit den Kameraden, fotografieren. Alliierte Fallschirmjägertruppen stellten zur Feier des Tages die Luftlandeoperation nach, die noch heute als militärische Glanzleistung und Symbol soldatischer Kühnheit verherrlicht wird, ignorierend, dass es der Beginn einer blutigen, zerstörerischen und mörderischen Invasion war, aber auch – in soldatischer Vaterlandsverirrung – unbeirrt der über 4.000 deutschen Soldaten, die nach erfolgter Landung, im Kampf gegen die Widerstand leistende griechische Bevölkerung starben.

Am Eingang des Soldatenfriedhofs informieren Ausstellungstafeln über die kühnen, gefallen jungen Soldaten, über die Tragik dreier Brüder, über die Teilnahme von Prominenten wie z.B. der junge Max Schmeling und über die Opfer und Schrecken von Kriegen. Eine geschichtsrevisionistische Anordnung, die das Täter- Opferverhältnis ignoriert, keine Täter kennt.

In den vom Präsidenten des BDF unter der Überschrift *»Trauer, Gedenken und Versöhnung«* gesprochenen »Leitgedanken« zum Kretagedenkfeiertag 2002, wird die ermordete griechische Bevölkerung mit keinem Wort erwähnt. Das Gedenken wird im Erinnern an die gefallenen deutschen Soldaten, an ihre Kühnheit und ihre anständige Pflichterfüllung zeremoniert.

Einige Kilometer weiter, in der Nähe der Stadt Chania, auf einem Hügel, vereinzelt von Wohnhäusern umgeben, ragt am Ende einer Treppe das Denkmal der deutschen Fallschirmjäger in den Himmel. Ein mächtiger, etwa 8 Meter hoher Sockel aus Stein, der 1941 von den Nazis errichtet wurde. Jahrzehnte hockte auf dem Sockel der niederstürzende Adler, das Symbol deutscher Fallschirmjägertruppen, mit einem Hakenkreuz in den Krallen. Das Hakenkreuz wurde in den 90ern Jahren entschärft, der Adler kam im Jahr 2001 zu Fall und auch Teile der auf den Marmortafeln ehemals zu lesenden Inschrift: »Euch Toten gehört der Dank, die ihr fern der Heimat getreu eurem Fahneneid das Leben gabet unserm Großdeutschland«, wurden



herausgeschlagen. »Es kann sicherlich nicht als Zufall angesehen werden, das dabei ausgerechnet der Text »unsrem Großdeutschland« ausgelöscht wurde.« äussert der Verein Kameradschaft Fallschirmjäger – Denkmal die Vermutung einer gezielten antifaschistischen Aktion auf der ihm eigenen Homepage.

Der 1949 gegründete BDF hatte das Grundstück 1971 für 30 Jahre von der Stadt Chania gepachtet, 2001 lief der Pachtvertrag aus. Der weitere Bestand ist noch unklar, die Kameradschaft Fallschirmjäger – Denkmal ruft auf ihrer Internetseite zur Unterstützung für den Erhalt des Ehrenmal auf, das »die außergewöhnliche Einsatzbereitschaft, Mut und Leistung der deutschen Fallschirmjäger bezeugt.«

Der niederstürzende Adler ist auch das Symbol der saarländischen Luftlandebrigade 26, zusammen mit dem Sinnspuch: »Suum cuique« – »Jedem das Seine«: der Spruch, der auch über dem Eingang am ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald angebracht war. Die 26. Luftlandebrigade, die in den letzten Jahren auch einige Auslandseinsätze im Rahmen der Krisenreaktionskräfte absolviert hat, fliegt jedes Jahr mit einer Bundeswehrmaschine nach Kreta, um das Ehrenmal zu pflegen.

Der Adler ist nicht die einzige positive Bezugnahme. Auf dem öffentlichen Gelöbnis im saarländischen Merzig 1995 wurde auch die erste Strophe des alten Fallschirmjägerliedes »Rot scheint die Sonne...« gesungen, das schon im Nationalsozialismus die Truppen bei ihren Einsätzen begleitete. Und in einer Hochglanzbroschüre der Luftlandebrigade 26 mit dem Titel Fallschirmjäger – ganze Kerle wird mit der sportlichen und militärischen Höchstleistung der Fallschirmjägertruppen in Vergangenheit und Gegenwart geworben.

Ihre Schlagkräftigkeit demonstrierten Wehrmachtsveteranen im Schulterschluss mit Bundeswehrsoldaten im Juni 2002 bei dem jährlichen Pfingstreffen im bayrischen Mittenwald. Als AntifaschistInnen am Vorabend der grossen Feier das Abendessen eines Kameradschaftskreises unterbrachen und ein Gedenken an die von deutschen Wehrmachts- Einheiten ermordete griechische Bevölkerung einforderten, reagierten die ausgebildeten Kämpfer, mit gezielten Kniestössen und Fausthieben, die älteren setzten Krückstöcke schnell als Schlagstock ein.

Zu dieser vom Kameradschaftskreis der Gebirgsjäger veranstalteten Traditionsfeier kommen jährlich mehrere Tausend Veteranen und Bundeswehrsoldaten aus Deutschland und Österreich; Höhepunkt ist die Kranzniederlegungen auf dem Hohen Brendten, an der sich die Bundeswehr offiziell beteiligt.

Verweigerung der Aufarbeitung und leere Gesten der Versöhnung

Für die vielen Opfer in der griechischen Bevölkerung hat es von Seiten deutscher PolitikerInnen bisher keine offizielle Entschuldigung und auch keine Anerkennung der Verbrechen z.B. in symbolischer Form einer finanziellen Entschädigung gegeben. Lediglich 1960 wurde aufgrund einer politischen und diplomatischen Konfliktsituation eine Zahlung von 115 Millionen getätigt. Diese Zahlung richtete sich jedoch ausschliesslich an die Opfer so genannter rassistischer Verfolgung. Die Entschädigung an Opfer von Kriegsverbrechen wurde mit Verweis auf das Londoner Schuldenabkommen auf den Zeitpunkt eines endgültigen Friedensvertrages verschoben. Nach 1989 und dem Zustandekommen des 2-plus-4-Abkommens verweigerte die Bundesrepublik die Verhandlungen über Entschädigungszahlungen, sprach weiterhin von notwendigen Kriegshandlungen oder betonte die guten zwischenstaatlichen Beziehungen und den dadurch bereits gezogenen Schlusstrich.

»Uns erinnernd, wehren wir täglich eine böse Ahnung ab, dass die Geschichte der Menschheit möglicherweise nichts anderes als ein schwarzes Loch sei, das alle menschliche Erfahrung gnadenlos in sich hinein saugt«

Argyris N. Sfoundouris

Die Täter wurden mit widersprüchlichen juristischen Konstruktionen vor einer Strafverfolgung geschützt. Es war u.a. die nach 1945 vor dem Hintergrund der bipolaren Weltpolitik schnell zurück gewonnene wirtschaftliche Machtstellung, die es der Bundesrepublik erlaubte, die Frage der Kriegsverbrechen und deren Anerkennung gegen die Gewährleistung von Wirtschaftshilfe an das von der Okkupationszeit und des als dessen Folge ausgebrochenen Bürgerkrieges (1945-1949) geschwächte Griechenland auszuspielen. Die personellen Kontinuitäten im Justizbereich und die Bestrebungen der Reintegration der Bundesrepublik in die westliche, kapitalistische Welt und die damit verbundene Remilitarisierung waren die Hintergründe dafür, dass kein Interesse an einer Strafverfolgung der deutschen Verbechen in Griechenland existierte, kein politischer Druck bestand und sich einige Politiker vielmehr engagierten, um die alten Offiziere nicht im Gefängnis, sondern in den militärischen Reihen der neugegründeten Bundeswehr sehen zu können.

Im Nürnberger »Geiselmordprozess« 1948 waren vor dem amerikanischen Militärtribunal noch Kriegsverbrecherprozesse verhandelt worden, die die Okkupationsverbrechen in Griechenland zum Gegenstand hatten und bei denen acht der zwölf Generäle zu Freiheitsstrafen verurteilt und die so genannten Sühnemaßnahmen als Kriegsverbrechen eingeordnet wurden. Die Verurteilten wurden jedoch im Zuge der Amnestiewelle im Jahre 1951 wieder aus der Haft entlassen.

In der Bundesrepublik wurden ausschließlich zwei Prozesse geführt, die beide mit Freispruch endeten. Bei allen anderen ermittlungsverfahren wurde entweder die juristischen Logik aus der NS-Zeit weitergeführt, indem die Taten als Handlungen im Rahmen der Kriegsführung definiert wurden oder sie wurden mit dem Verweis auf eine Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) aus Verjährungsgründen eingestellt. Der BGH hatte im Oktober 1969 entschieden, die vom Bundestag beschlossene Verlängerung (und 1979 endgültige Aufhebung) der Verjährungsfristen bei Mord für die Taten auszuschliessen, die auch in der NS-Zeit strafrechtliche Relevanz gehabt hätten und bei denen davon auszugehen war, dass die Verfolgung »durch ein Eingreifen hoher Hand« nicht verhindert worden wäre.

Mit diesem Urteil bezog sich der BGH positiv auf die NS-Justiz und schuf für die schwersten Verbrechen die Straffreiheit, indem eine Verjährungshemmung nicht eintrat, sondern die alte Verjährungsfrist von 20 Jahren bei Mord zur Geltung kommen konnte.

Unter dem Leitmotiv »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« hat sich der Bund der deutschen Fallschirmjäger der Versöhnung über den Gräbern verschrieben, so der Präsident in seinen Leitgedanken zum »Kretagedenktag« 2002. Diese Worte, bekannt auch durch den Namen jener Stiftung, die zur Regelung der Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen 55 Jahre nach Beendigung der NS-Zeit gegründet wurde, scheinen im deutschen Versöhnungsdiskurs zum Synonym für Uneinsichtigkeit und Nichtanerkennung der begangenen Verbrechen, für eine die Ursache nicht beseitigende Aufarbeitung zu werden.

Erinnerung, Verantwortung, Zukunft. Was in der Zukunftsperspektive der saarländischen Luftlandebrigaden liegt, wird u.a. anhand der militär- und kulturgeschichtlichen Weiterbildung deutscher Kommandeure auf Kreta deutlich, bei der sich »verantwortliche Führer der Fallschirmjägertruppe vor Ort mit der eigenen Militärgeschichte (...) befassen«. Wesentlicher Bezugspunkt und Lehrstoff ist die Luftlandeoperation im Mai 1941!

Fallschirmjäger und Gebirgsjäger gehören auch heute zu den Elitetruppen der Bundeswehr. Als Bestandteil der Krisenreaktionskräften (KRK) und des Kommando Spezialkräfte (KSK) werden sie auch in der für 2003 geplanten EU-Interventionstruppe zum Einsatz kommen. Unter deutscher Führung, denn das Einsatzführungskommando der EU-Truppe soll seinen Sitz in Potsdam haben. Angesichts der Bedeutung des nach 1945 gestrickten Musters juristischer und ideologischer Konstruktionen, die die begangenen Verbrechen im Paragraphenmantel und mit juristischer Diktion versehen als Kriegshandlungen legitimierten, bekommt der auf einer Homepage über das Kommandos Spezialkräfte zu findende Satz: »Keiner sieht sie kommen. Keiner weiß, daß sie da sind. Und wenn ihre Mission beendet ist, gibt es keinen Beweis dafür, daß sie jemals da waren.« noch einmal eine ganz besondere Lesart!

Das Wort Versöhnung wird auch von deutschen Politikern und Repräsentanten gern im Kontext der Aufarbeitung der NS-Geschichte in den Mund genommen. Der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, wies auf den inhaltsleeren Klang des Wortes Versöhnung hin und kritisierte das ausbleibende Erinnern. Und Erinnern, so der Schriftsteller und Überlebende aus Distomo Agryris Sfountouris setzt die Wahrnehmung der Geschehnisse in ihrer ganzen Wahrheit voraus. Dass dies bis heute nicht geschehen ist, manifestiert sich in den Versöhnungsgesten deutscher Politiker, die in den letzen Jahren begangen wurden.

»Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären«

Adorno



Begangen ohne sich dadurch unter Handlungsdruck zu setzen und die z.T. als Ausdruck von Zynismus und Ignoranz und geschichtsfälschende Darstellungen zu bewerten sind. So liess am 10. Juni 1996 der damalige Bundespräsident Roman Herzog eine Marmortafel mit dem Spruch » Wer es zulässt, dass anderen die Freiheit geraubt wird, verliert am Ende die eigene Freiheit. Wer es zulässt, dass anderen die Würde genommen wird, der verliert am Ende die eigene Würde« aufstellen. Doch nicht etwa in deutschen Städten, sondern am Mausoleum in Distomo, dem Ort, an dem der am 10. Juni 1944 von deutschen Besatzungstruppen ermordeten 218 Bewohnern des Dorfes gedacht wird. Einem Ort, an dem von deutschen Soldaten nicht Freiheitsberaubung, sondern Mord und Zerstörung in unvorstellbaren Ausmaß an der Bevölkerung begangen wurde.

Im Oktober 1997 hatte ein griechisches Amtsgericht die Bundesrepublik zu einer Zahlung von 60 Millionen Mark an einige Kläger aus Distomo verurteilt. Die Bundesrepublik rief daraufhin das den Areopag, das oberste griechische Gericht in Athen an, doch dieser bestätigte das erstinstanzliche Urteil. Doch die Bundesrepublik ignorierte den Entscheid, verweigerte eine Zahlung und bezeichnete das Verfahren als völkerrechtswidrig. Um die Forderungen der Opfer einzutreiben reagierte ein griechischer Anwalt im Jahr 2000 mit der symbolischen Aktion der Zwangspfändung deutschen Staatseigentums in Griechenland, so z.B. die des athener Goethe-Instituts. Es sind über 50.000 Individualklagen von NS-Opfern deutscher Okkupationsverbrechen, die bei griechischen Gerichten anhängig sind. Doch im September 2002 entschied nun der einberufene Sondersenat des Areopags, dass die Individualklagen gegen die BRD wegen der Verletzung der Staatenimmunität abgewiesen werden können. Auf Entschädigungszahlungen werden die Opfer weiter warten müssen.

Im Februar 2001 wurden in einer stürmischen, finsteren Nacht, die Marmortafeln mit der uneinsichtigen Inschrift am Mausoleum in Distomo entfernt! »Gewiss war in diesen Naturgewalten und im Willen der Toten die lange gestaute und endlich ausgelassene Wut der noch lebenden Opfer von Distomo wirksam« (Argyris N. Sfountouris).

Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger
– Pfingsten 2003 in Mittenwald

Sonnabend, 7.6.03, 10.00 Uhr – 17.00 in Mittenwald **Öffentliches Hearing**
zu den Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger, zum Traditoinsverständnis der Bundeswehr, zu den Entschädigungsforderungen der Opfer und zur Nichtverfolgung der Täter

Referenten: Argyris Sfountouris (Überlebender des Distomo-Massakers, Athen),
Aristomenis Syggalakis (Nationalrat zur Forderung deutscher Kriegsschulden, Athen),
Ludwig Baumann (Wehrmachtsdeserteur, Hamburg),
Prof. Schminck-Gustavus (Historiker, Bremen).
Prof. Dr. Ludwig Elm (Jena),
Peter Gingold (VVN-BdA u. Auschwitz-Komite

Demonstration gegen das Pfingstreffen, Sonnabend 7.6.03 18.00 Uhr in Mittenwald

Mahnwache und weitere Aktivitäten, Sonntag, 8.6.03, ab 9.00 Uhr in Mittenwald

Für Interessierte aus Norddeutschland gibt es einen Bus,
der am Freitag, den 6.6. abends aus Bremen nach Mittenwald und am Sonntag, den 8.6.
abends wieder zurückfahren wird.
Weitere und ständig aktualisierte Informationen sind unter folgender Adresse zu finden:
http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald/

Wie in Deutschland wieder einmal die Täter zu Opfern umgelogen werden - oder:

»Bombenkrieg gegen die Deutschen«

Nach der Debatte um den Untergang der Wilhelm Gustloff, um die so genannten Heimatvertriebenen und um Stalingrad haben die bürgerlichen Medien, allen voran der *Spiegel* ein neuerliches angebliches »Tabuthema« aufgegriffen, dass wie die *Spiegel*-Redaktion richtigerweise erkennt, bis dahin eine »Sache von Rechten und Revanchisten«[1] war. War der Anlass der bei Debatte um Stalingrad ein Jahrestag mit einer runden Zahl und im Fall der Gustloff ein mit historischen Fakten verbrämte Novelle (Im Krebsgang von Günther Grass), ist es diesmal das Buch *Der Brand* von Jörg Friedrich. Und wie schon bei den zuvor genannten Debatten wird die Thematik in einer Art und Weise dargestellt, dass nicht nur die Rechten behaupten können, sie wären die wahren Opfer des Zweiten Weltkrieges. Die Methodik ist in solchen Fällen meistens die Gleiche; historische Fakten die nicht ganz ins Bild des Deutschen als Opfer passen werden wahlweise verdreht, weggelassen oder so marginalisiert dargestellt, dass der oder die geneigte LeserIn sich das gewünschte Ergebnis zurecht legen kann. So wurde im Fall der Wilhelm Gustloff in den meisten Publikationen darauf verzichtet zu erwähnen, dass das Schiff aufgrund seines grauen Tarnanstriches und der ebenfalls für militärische Schiffe üblichen abgeschalteten Beleuchtung im Dunkel der Nacht nicht als ein mit Zivilisten beladenes Schiff erkennbar war.

In der *Spiegel*-Titelgeschichte[2] zu Stalingrad wurde zwar auf mehren Seiten die Niederlage der sechsten Armee beschrieben, auf die naheliegende Frage was eben diese sechste Armee in Stalingrad denn wollte kamen die Autoren freilich nicht.

Auch wird die Tatsache, dass die Niederlage der Deutschen in Stalingrad der Anfang vom Ende des Zweiten Weltkrieges war die etwa eine Million sowjetischer Soldaten und Zivilisten mit dem Leben bezahlten nur unzureichend gewürdigt.

Jetzt soll mit der Debatte über die Bombardierung deutscher Großstädte das nächste so genannte »Tabuthema« angegangen werden. Wobei von »Tabuthema« wohl kaum gesprochen werden kann, aber auch dies ist Teil der Methode dieser Debatten. Schließlich kennt fast jede oder jeder Berichte von Überlebenden von Bombardierungen und darüber hinaus ist es seit Jahren Dauerthema in konservativen und rechten Kreisen.

Angeklagt werden die Luftangriffe des »allied bomber command« unter anderem, weil sie überwiegend gegen Zivilisten gerichtet waren. Nur wird dabei Ursache und Wirkung verwechselt- denn verantwortlich für jeden zivilen oder nicht zivilen Toten des Zweiten Weltkriegs sind und bleiben die Deutschen, die diesen Krieg begannen. Auch entstammt die Idee von Luftangriffen auf Zivilisten um diese zu demoralisieren deutschen Köpfen. Allein bei den Angriffen auf Rotterdamm, Warschau und London starben ungefähr 60.000 Menschen. Nach der Bombardierung von Coventry machte in Deutschland fortan die Wortschöpfung »coventrieren« die Runde.

Dass das erhoffte Ziel der alliierten Luftangriffe, nämlich die Deutsche Bevölkerung zu einem Aufstand gegen Hitler zu bringen am Fanatismus der Deutschen scheitern sollte, kann man den Alliierten nun wirklich nicht vorwerfen.

Darüber hinaus ist die Wortwahl, gerade in Friedrichs Buch mehr als nur zweifelhaft. Da werden Luftschutzkeller zu »Krematorien«, Bomberflotten zu »Einsatzgruppen« und die Toten zu »Ausgerotteten«. Eine Terminologie die an die Beschreibung des Holocaust erinnert und so auch noch versucht eine historische Einmaligkeit vorzutäuschen, die die Zerstörung von Hamburg, Lübeck und Berlin nicht war. Allein auf dem Weg durch die Sowjetunion zerstörte die Wehrmacht siebzehntausend Ortschaften.

Die Debatte um die alliierten Luftangriffe ist also nur ein weiterer Beitrag einen Schlussstrich unter die Schuld der Deutschen zu ziehen und hierzulande das Gefühl zu verbreiten, dass die Deutschen die wahren Opfer des zweiten Weltkrieges waren. Aber es bleibt dabei: Deutsche Täter waren keine Opfer.

1 Spiegel, 2/03, S. 5.
2 Spiegel, 51/02

Leserbrief

Bezugnehmend auf den Artikel »BNP rules Oldham« in der Eie Nr. 17/2002

Zur Erinnerung: In dem Interview der *Enough is enough* mit Graeme Atkinson, einem Korrespondenten der englischen Antifa-Zeitung *Searchlight* ging es u.a. um die Wahlen in England, den Wahlkampf der BNP (British National Party) und die antifaschistische Gegenwehr.

Als Bild auf der ersten Seite des Artikels wird ein antifaschistisches Flugblatt der Kampagne gegen die BNP gezeigt. Die Überschrift lautet: *»Gang Rapist leads BNP election campaign« (Gruppenvergewaltiger führt BNP Wahlkampagne)*, am Ende des Flugblattes ist ein schwarzer Block, in dem in großen Buchstaben zu lesen ist: *Rapist, drug dealers, hooligans and perverts. The BNP has them all. Is this really the party for you? (Vergewaltiger, Drogendealer, Hooligans und Perverse. In der BNP gibt es sie alle. Ist das wirkliche die richtige Partei für Sie/Dich?).*

Es gab anscheinend politische Differenzen über die politische Ausrichtung der Kampagne. *Searchlight* ging es nach eigenen Aussagen nicht darum zu erklären, wer die BNP ist, sondern darum, sie zu schädigen.

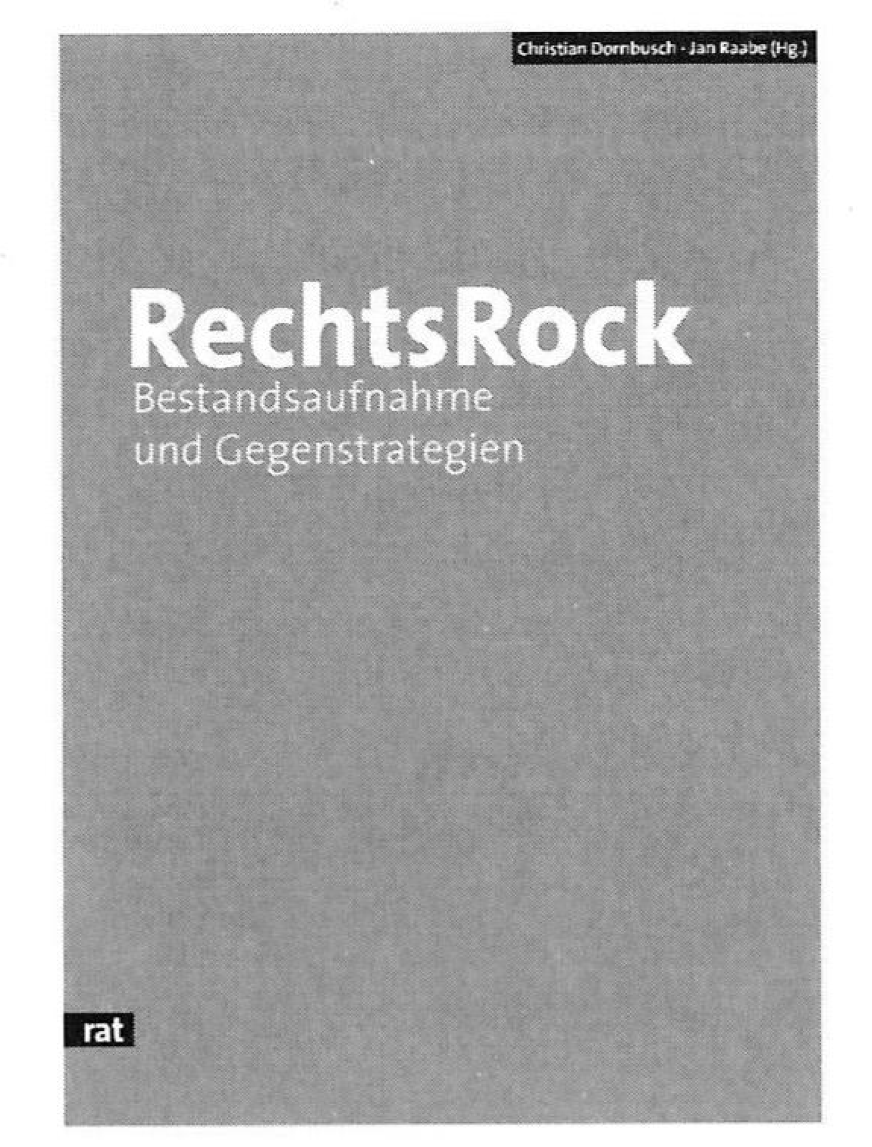
Soweit die Darstellung. Vor allem den auf dem Plakat benutzen Slogan finde ich politisch fatal (und könnte genauso gut auch von Nazis oder der Bildzeitung stammen). Alles Böse und vermeintlich Unmoralische wird dem Gegner unterstellt. Mit solchen Plakaten werden übelste Ressentiments in der Bevölkerung angesprochen und bedient. Das gesellschaftlich vorherrschende Bild von angeblich »Perversen« wird übernommen – einer Bezeichnung, die je nach »Geschmack« z.B. auch für Schwule, Transen oder sonstige von der Hetero-Norm abweichende Menschen benutzt wird. Auch die Begriffe Drogendealer und Hooligans sind ideologisch so geprägt, dass es falsch ist, sie ohne genauere Erklärung zu benutzen. Auch wenn z.B. der Vorwurf der Gruppenvergewaltigung gegen einen Nazifunktionär stimmt, sollten doch die grundsätzlichen Argumente gegen Nazis im Vordergrund einer Kampagne stehen, wie deren Rassismus, Herrenmenschenglaube, Sexismus, deren Ideologie von lebensunwertem Leben, etc.

Was für ein Ziel soll diese Kampagne haben? Strafverschärfungen für »Kriminelle« und »Perverse«? Die Menschen, die auf eine solche Kampagne anspringen sind auch eine Gefahr für ihre Mitmenschen, wenn sie nicht BNP wählen. Ziel einer Antifa-Kampagne gegen eine faschistische Partei sollte die Thematisierung deren rassistischer und menschenverachtender Politik sein und sollte dagegen Vorstellungen von Solidarität zwischen Menschen gegen Diskriminierung und Unterdrückung stellen.

Mich wundert, dass solche Äußerungen in diesem Interview von der Enough kritik- und kommentarlos hingenommen werden. Was denkt ihr über die Ziele und Methoden dieser Kampagne gegen die BNP?

Nur noch nebenbei: Ich habe durchaus noch mehr Widersprüche zu den Antworten von Atkinson, wie etwa, dass das Ziel der Kampagne wäre, Menschen davon abzuhalten, die BNP zu wählen – egal wo sie stattdessen ein Kreuz machten. Das Ziel wäre es, die Leute zur Stimmabgabe zu bewegen, das Wahlrecht sei immerhin mühsam erkämpft worden. Aber das will ich aus Zeitmangel an dieser Stelle nicht begründen.

O.P.



RechtsRock

Buchbesprechung

RechtsRock
Herausgegeben von:
Christian Dornbusch,
Jan Raabe
rat – reihe antifaschistischer texte /
unrast verlag, 2002,
24 Euro

Es gibt Bücher, die Neuland erschließen, die einem den Blick auf bisher Unbekanntes eröffnen. Und es gibt Bücher, die bieten einen abschließenden Überblick und ermöglichen somit eine Bewertung. *RechtsRock* gehört sicherlich zu der zweiten Kategorie.

Warum sollten sich Menschen, soweit sie nicht in der lokalen Antifa organisiert sind oder sich als Lehrer, Sozialarbeiter oder Staatsanwälte mit Skinheads auseinanderzusetzen zu haben ein Buch lesen, in dem auf mehr als fünfhundert Seiten das Thema RechtsRock von allen Seiten erläutert und zerpflückt wird? Wer den RechtsRock als schlecht gespielte Musik politischer Wirrköpfe abtut, die gegebenenfalls kriminalisiert werden müssen, der kann sich die Zeit, die Mühe und das Geld sparen. Wer aber Interesse daran hat zu erfahren, in welche Richtung sich Teile unserer Gesellschaft entwickeln, für den ist die Lektüre dieses Buches unverzichtbar. Die *Shell-Studie* hat festgestellt, dass der größte Teil der deutschen Jugend die in dieser Gesellschaft verwirklichten Werte akzeptiert und versucht diese für sich persönlich umzusetzen; junge Frauen sind heute deutlich selbstsicherer, junge Männer kompensieren die hierdurch bei ihnen entstehende Unsicherheit in zunehmendem Maße durch die aggressive Abwehr vermeintlich Schwächerer. Parallel hierzu hat sich in den letzten 15 Jahren in Deutschland eine Musikszene entwickelt, die stark von extrem rechter Ideologie geprägt ist. Diese Szene hat längst den Kern der militanten neofaschistischen Skinhead-Szene verlassen und Einfluss auf einen großen Teil der Jugendlichen gewonnen. Naturgemäß verflachen bei einer solchen Verbreiterung die ursprünglichen Erscheinungsformen und Inhalte innerhalb der Modeenwicklung, bleiben jedoch rudimentär erhalten. Nicht nur modische Details, die ursprünglich der Skinhead-Szene entsprangen finden sich heute daher als feste Bestandteile der Jugendmode, auch inhaltlich bestehen heute kaum klare Abgrenzungen der mehrheitlichen Jugendlichen, gegenüber extrem rechten Positionen. Hierbei ist insbesondere zu beachten, dass trotz subkultureller Erscheinungsformen der RechtsRock-Szene, wie beispielsweise der Skinhead- oder Darkwave-Mode, diese den zentralen Werten der Gesellschaft nicht entgegenläuft. Statt dessen werden diese Werte aufgenommen und auf die Spitze getrieben.

Im Gegensatz zur Punk-Szene oder den Autonomen löst diese Bewegung daher auf dieser Ebene keine Abwehrreaktion aus. Abgelehnt wird höchstens die subkulturelle Erscheinungsform. Wenn die »Jungs« daher um im Bild zu bleiben, mit Texten oder Verhalten »übers Ziel hinausschießen« bleiben sie dennoch Teil der Gesellschaft und ernten dementsprechen das Verständnis ihrer Umgebung. Nur auf dieser Basis lässt sich die überwiegende Nichtreaktion der Gesellschaft auf rassistische, völkische und antisemitische »Exzesse« erklären (dass der kurze »Antifa-Sommer« der Republik hier keine Kehrtwende eingeleitet hat ist deutlich zu erkennen).

Darüber hinaus führt die weitere Verbreiterung des RechtsRock auch dazu, dass die subkulturellen Elemente, die zur Entwicklung der Szene absolut notwendig waren, nun mehr und mehr an Bedeutung verlieren. So lange die Szene sehr klein und isoliert war, wurden das grelle Outfit und die laute Provokation als Identifikationsmittel benötigt. Aus der Abgrenzung entstanden die engen Freundeskreise, das Gefühl etwas besonderes zu sein. Mit der Verbreitung der Szene zur (Jugend-) Bewegung ist diese Abgrenzung nicht mehr notwendig, nein zum Teil sogar unerwünscht. Uns so lauschen nun auch Jugendliche, die nur durch winzige Assesoirs ihre Zugehörigkeit zur Szene zur Schau stellen genauso zu Landser-Songs und Hetzballaden während dies vor einigen Jahren noch ausschließlich »Glatzen« vorbehalten war. Die selbe Tendenz führt dazu, dass auf dem letztjährigen Heß-Marsch in Wunsiedel nunmehr ein großer Teil der anwesenden Jugendlichen vom ersten äußerlichen Erscheinungsbild her überhaupt nicht als Nazis zu erkennen waren, ihre Gesinnung aber um so deutlicher durch Entsprechende T-Shirt-Aufdrucke wie »Masterrace«, »Walküre« oder »Braune Musik Fraktion« zum Ausdruck brachten. Und so gibt die Entwicklung der RechtsRock-Szene Hinweise auf die Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft: während die rassistische, völkisch-nazistische Ideologie dieser Musik vor einigen Jahren noch unter dem Deckmantel einer Subkultur auftreten musste, und sich so, getarnt als Jugendprotest kleine Freiräume erkämpfte, ist sie mittlerweile zum modisch-schicken Assesoir derjenigen Jugendlichen geworden, die die Werte dieser Gesellschaft vollständig verinnerlicht haben.

Als wir vor zwei Jahren zusammen mit dem *Antifaschistischen Infoblatt* und dem internationalen antifaschistischen Magazin *Searchlight* das Buchprojekt *White Noise* vorlegten, konnten wir in weiten Teilen eine klare Struktur der deutschen und internationalen RechtsRock-Szene darstellen. Insbesondere die personellen Verbindungen aber auch die gesellschaftspolitische Bedeutung des Phänomens RechtsRock

vermochten wir klar einzuordnen und zu belegen. Wir stellten fest, dass es sich beim RechtsRock um einen Bestandteil der Erlebniswelt eines sich von einer rassistischen extrem rechten Szene zu einer Bewegung veränderten Teils der Gesellschaft handelt.

In anderen Bereichen, wie der genauen zahlenmäßigen Festlegung der RechtsRock-Produktionen, Auflagen, der Bedeutung einzelner Vertriebswege etc. blieben wir damals zwangsläufig vage und ungenau – die Recherche war noch nicht so weit, als dass wir hier klare Aussagen hätten treffen können. Auch mussten wir bestimmte Fragestellungen ausblenden. Zu einer ideologiekritische Bewertung der Texte der RechtsRock-Produktionen, aber auch für eine hinreichende Bewertung der Darkwave- und Black-Metal-Szene fehlte uns zu diesem Zeitpunkt sowohl die Materialdichte als auch die Kompetenz.

Mit dem nun vorgelegten Buch werden diese Lücken geschlossen und die Kernaussagen weiterentwickelt. Neben einer Bestandsaufnahme der bestehenden RechtsRock-Szene werden Überlegungen für Gegenstrategien dargestellt und diskutiert und mit einem umfangreichen Verzeichnis- und Registerteil sowohl die Recherchebedürfnisse von Spezialisten befriedigt als auch Grundinformationen für diejenigen an die Hand gegeben, die sich hilflos einer ihnen völlig unbekannten Flut von Sprach- und Kleidungscodes ausgesetzt sehen, sobald sie in Kontakt mit den subkulturell erscheinenden Elementen der RechtsRock-Szene kommen.

Das Buch gibt zunächst einen nahezu vollständigen Überblick über die bundesdeutsche, und soweit in Bezug zu dieser stehend, die internationale RechtsRock-Szene. In den Jahren 1984 bis 1989 erschienen pro Jahr durchschnittlich 4 LPs bzw. CDs auf denen überwiegend deutsche RechtsRock-Bands vertreten waren. Von 1990 bis 1998 steigerte sich diese Zahl auf jährlich 140 Veröffentlichungen und fiel bis 2001 wieder auf 77 Veröffentlichungen ab. Die Höchstzeit der Tonträgerveröffentlichungen fiel also mit den Verboten militanter extremer rechter Organisationen wie der Nationalen Liste (HH), der Nationalistische Front, der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und der Wiking Jugend und der darauf folgenden dezentralen Neuorganisation zusammen. Durch die staatliche Repression, die sich ausschließlich auf diese Organisationen richtete, wurde der Aufbau dieser dezentralen Strukturen begünstigt. Auch die staatliche Herangehensweise, die Auseinandersetzung mit dem Organisierten Neofaschismus vollständig zu entpolitisieren, begünstigte diese Entwicklung.

Im weiteren beschäftigt sich das Buch mit den Strukturelementen der RechtsRock-Bewegung. Ausführlich werden Fanzines, also mehr oder weniger professionell produzierte »Fan-Magazine« – zum Teil lediglich handkopiert, zum Teil aufwendig produziert mit zigtausender Auflage – Websites, Musikproduktionen und -vertriebe vor- und dargestellt. Dabei erfolgt nicht nur eine wertende und darstellende Beschreibung mit Erläuterungen und politischen Analysen im Hauptteil, die von zahlreichen Beispielen, also CD-Covers, Fanzine-Titeln und Fotos illustriert wird. Abgerundet und tatsächlich vervollständigt wird dieser Teil durch den 140 Seiten umfassenden Register- und Verzeichnisteil, der das Buch für alle Interessierten unverzichtbar macht. 78 der gebräuchlichsten Symbole, Slogans bzw. Schlüsselbegriffe – beginnend mit Zahlenkürzeln wie 14 words, 18, 88 bis zum Zahnrad des NS Reichsarbeitsdienstes, das heute beispielsweise bei den Hammerskins häufig in Gebrauch ist – werden ausführlich erläutert und anhand aktueller Verwendungsbeispiele dargestellt. Nach Namen sortiert werden über 500 Bands oder Einzelinerpreten mit Herkunftsort und ggf. Gründungsjahr vorgestellt, die sich entweder selbst als Teil der RechtsRock-Szene bezeichnen oder sich mit geringen Abgrenzung innerhalb dieser Szene bewegen. Die kaum überschaubare RechtsRock-Musikproduktion wird durch eine Kurzdarstellung von 70 Labels (aufgenommen wurden alle deutschen und international bedeutungsvolle Labels auf denen innerhalb der letzten 18 Jahren mehr als zwei CDs produziert wurden) politisch, personell und strukturell übersichtlich dargestellt. Ebenso vollständig werden die über 300 deutschsprachigen RechtsRock-Fanzines aufgelistet. Stand der Auflistung ist der 30.1. 2002, was bei der Dynamik der Szene für zukünftige Analysen zu berücksichtigen sein wird. Aufgrund der Umfassenden Auflistung dürfte trotz dieser Dynamik ein Umfassender Blick gewährleistet sein.

Ausführlich dargestellt wird auch die Darkwave- und Black-Metal-Szene, in der extrem rechte Ideologien, überwiegend intellektuell verbrämt, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, vollständig akzeptiert von einer an die hunderttausende reichende Szene maßgeblichen Einfluss gewonnen haben. Die öffentliche Gleichsetzung von Nazimusik mit Skinhead-Rock dazu, daß im Bereich des Darkwave Tabus praktisch nicht bestehen. So kommentiert das neonazistische Skinhead-Fanzine *Der Lokalpatriot* komentiert daher ein Konzert zweier Darkwave-Bands im Jahr 1996 wie folgt: »Sehr nett waren die Fahnen anzusehen, die auf der Bühne gehisst bzw. über das Schlagzeug gelegt wurden, sowas würde zur Erstürmung von jedem Blood and Honour-Konzert führen, ungerecht das.«



Abobestelladresse:

Abobestellungen an:
rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Ein Abo kostet 13,- € für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.

enough@nadir.org · www.enough.nadir.org